



20. Sitzung

Donnerstag, 22. Januar 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	1075	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/628:	
Fortsetzung der Tagesordnung	1075		
Aktuelle Stunde	1075	Überarbeitung des Wegegesetzes (Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL)	
Fraktion der GAL:		– Drs 19/1782 –	1084
Hamburgs neue S-Klasse: Die Stadtbahn kommt		Klaus-Peter Hesse CDU	1084, 1086
Martina Gregersen GAL	1075, 1081	Ole Thorben Buschhüter SPD	1086
Hans Lafrenz CDU	1076, 1083	Horst Becker GAL	1087
Karin Timmermann SPD	1077, 1083	Christiane Schneider DIE LINKE	1088
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1078, 1083		
Anja Hajduk, Senatorin	1078	Beschluss	1088
Klaus-Peter Hesse CDU	1080		
Anne Krischok SPD	1082		
Fraktion DIE LINKE:		Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:	
Einkassiertes Wahlrecht zurückholen – Volksbegehren "Faires Wahlrecht" vor dem Start		Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der HSH Nordbank (Selbstbefassungsangelegenheit)	
(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		– Drs 19/1709 –	1088
		Dr. Peter Tschentscher SPD	1088, 1100, 1108
		Rüdiger Kruse CDU	1090
		Jens Kerstan GAL	1091, 1103

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1093, 1105	Beschlüsse	1126
Dr. Michael Freytag, Senator	1096		
Thies Goldberg CDU	1101, 1109	Antrag der Fraktion der SPD:	
Uwe Grund SPD	1107		
Kenntnisnahme	1109	Herstellung verfassungskonformer Verhältnisse im Maßregelvollzug – Änderung des Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetzes (HmbMVollzG)	
Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:		– Drs 19/1899 –	1126
Qualifiziert und nicht mehr chancenlos – Potenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen, fördern und nutzen		Jana Schiedek SPD	1126
– Drs 19/1904 Neufassung –	1109	Harald Krüger CDU	1127
		Linda Heitmann GAL	1129
		Christiane Schneider DIE LINKE	1130
		Dr. Andreas Dressel SPD	1131
Nebahat Güclü GAL	1109, 1116	Beschlüsse	1132
Aygül Özkan CDU	1111		
Bülent Ciftlik SPD	1113	Gemeinsame Beratung	
Mehmet Yildiz DIE LINKE	1115	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dietrich Wersich, Senator	1115	Eingaben	
Bettina Machaczek CDU	1117	– Drs 19/1770 –	1132
Beschluss	1117	Bericht des Eingabenausschusses:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Eingaben	
Kultur für alle		– Drs 19/1771 –	1132
Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs 19/1896 –	1117	Eingaben	
dazu		– Drs 19/1772 –	1132
Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Kultur für alle		Eingaben	
– Drs 19/2046 –	1117	– Drs 19/1773 –	1132
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1117, 1125	Beschlüsse	1132
Robert Heinemann CDU	1120		
Elke Badde SPD	1121	Sammelübersicht	1133
Dr. Eva Gümbel GAL	1122		
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	1123	Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1636:	
Wilfried Buss SPD	1124	Verkleinerung der Freizone Hamburg (Senatsmitteilung)	
Dr. Karin von Welck, Senatorin	1124	– Drs 19/1973 –	1133
Beschlüsse	1125	Norbert Hackbusch DIE LINKE	1133
Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:		Jens Kerstan GAL	1133
Sonntagsöffnung von Bibliotheken			
– Drs 19/1906 –	1126		

Beschlüsse	1134	a) 102. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Erweiterung von Grünanlagen – Golfplatz – nordwestlich der Straße Poppenbütteler Berg in Poppenbüttel)	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		b) 87. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Erweiterung von Grünanlagen – Golfplatz – nordwestlich der Straße Poppenbütteler Berg in Poppenbüttel) (Senatsantrag)	
Personalsituation an den Polizeikommissariaten	1134	– Drs 19/1291 –	
Kennntnisnahme ohne Besprechung	1134		
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		– Drs 19/1681 –	1135
Kohlekraftwerk Moorburg – Was bedeutet die Genehmigungsentscheidung für Hamburg?		Beschluss	1135
– Drs 19/1474 –	1134	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1751:	
Besprechung beantragt	1134	Entwurf Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes (Senatsantrag)	
Senatsmitteilung:		– Drs 19/1912 –	1135
Berichterstattung über die Organisationsuntersuchung der Hamburg Port Authority, Anstalt des öffentlichen Rechts (HPA)		Beschlüsse	1135
– Drs 19/1753 –	1134	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Kennntnisnahme	1134	Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts	
Senatsmitteilung:		– Drs 19/1894 –	1135
Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-WRRL)		Antrag zurückgezogen	1135
– Drs 19/1816 –	1135	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Kennntnisnahme	1135	Hamburger Bundesratsinitiativen für einen Mindestlohn und rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen	
		– Drs 19/1895 Neufassung –	1135
		Beschlüsse	1135
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1093:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
		Der internationale Frauentag am 8. März wird in Hamburg ein gesetzlicher Feiertag	
		– Drs 19/1898 –	1136
		Beschlüsse	1136

Antrag der Fraktion der SPD:

**Girokonto für alle Bürgerinnen
und Bürger**

– Drs 19/1900 Neufassung – 1136

Beschluss 1136

Antrag der Fraktion der SPD:

Aktenvorlage Elbphilharmonie

– Drs 19/1903 Neufassung – 1136

Beschluss 1136

Antrag der Fraktion der CDU:

**Rechnungsprüfung der Freien
und Hansestadt Hamburg**

– Drs 19/1908 – 1136

Beschluss 1136

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Auch heute beginne ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie richten sich an den Kollegen Voet van Vormizeele.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Herr Voet van Vormizeele, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen alles Gute für das kommende Lebensjahr. Es gibt keinen schöneren Ort, den Geburtstag zu verbringen als hier.

Wir setzen nun die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der GAL-Fraktion. Es lautet:

Hamburgs neue S-Klasse: Die Stadtbahn kommt.

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist der Fall. Die Abgeordnete Gregersen bekommt es.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An den 31. Oktober 1978 kann ich mich persönlich noch sehr genau erinnern,

(*Michael Neumann SPD:* Da waren Sie noch ein Kleinkind!)

nicht nur, dass es der Geburtstag meines Vaters war, wir sind noch einmal mit der gesamten Familie mit der letzten Straßenbahn in Hamburg nach Niendorf gefahren und haben etwas getan, was schon mein Vater als Junge tat. Wir haben alle noch einmal einen Groschen auf die Gleise gelegt und ihn plattfahren lassen. Dieser plattgewalzte Groschen liegt immer noch bei mir zu Hause. Die Straßenbahn ist seit nunmehr 30 Jahren leider aus dem Hamburger Stadtbild verschwunden.

(*Wilfried Buss SPD:* Der Groschen auch!)

Andere Städte wie München, Zürich oder Mailand hielten hingegen an den Straßenbahnen und Trams fest und modernisierten sie über die Jahre hinweg. Wenn man an dieses alte, rumpelnde, ratternde Ding denkt mit den harten Holzbänken und das vor Augen hat, dann war das Modernisieren auch dringend notwendig. Doch mit den antiquierten Modellen von damals haben die modernen Stadtbahnen und Trams von heute überhaupt nichts mehr zu tun. Sie sind leise und bequem, sie haben Panoramafenster, sie sind barrierefrei, sie

sind umweltfreundlich und sie sind verhältnismäßig günstig. Man muss es einmal vergleichen. Für die vier Kilometer Strecke in die HafenCity kann man 20 bis 30 Kilometer Stadtbahnnetz bauen. Davon haben wesentlich mehr Menschen einen Nutzen, als von einer Haltestelle.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN – *Michael Neumann SPD:* Sehr gut!)

Aber auch, wenn man den Umweltaspekt aufgreift, verbraucht jeder Bus, der in Hamburg fährt, mindestens 46 Liter Diesel pro 100 Kilometer, XXL-Busse noch wesentlich mehr. Von daher ist auch hier die Stadtbahn ein Gewinn.

Das waren auch die Gründe, warum viele Städte wie zum Beispiel Bremen oder Dresden darauf setzten, ihr Netz noch zu erweitern. In vielen Städten wurde ab den Neunzigern die moderne Stadtbahn aber auch ganz neu eingeführt, wie zum Beispiel in Saarbrücken, Manchester, Sheffield, Birmingham, Denver, Dallas, Houston oder Sydney.

(*Michael Neumann SPD:* Istanbul auch!)

Als sich in Straßburg zum Beispiel täglich 70 000 Autos stauten, da war klar, dass es so nicht weitergehen kann und so wurde 1994 die Eurotram eingeweiht. Seit dieser Einführung sind selbst alle Kritiker überzeugt und begeistert, denn die Ladenzeiten entlang der Strecke belebten sich wieder, Stadtteile blühten auf und eine echte Erfolgsgeschichte begann. Danach folgte in Frankreich bald eine Stadt nach der anderen, ob es Montpellier, Orleans, Lyon, Bordeaux, Nizza, Paris oder Marseille waren; sie alle zogen nach. Selbst in Paris mit seinem gigantischen Metronetz wurde die Straßenbahn 2006 wieder eingeführt. Auch in England, obwohl London wirklich ein hervorragendes Untergrundnetz, seine Tube, hat, wurde jetzt die Straßenbahn ergänzt. Dies ist eine Renaissance, denn mittlerweile wurde in Frankreich in zwei Dutzend Städten die moderne Stadtbahn neu gebaut und man fragt sich, was denn mit den autoverliebten Franzosen los ist. Die Antwort darauf kann nur sein: Die Stadtväter haben erkannt, dass die moderne Tram ein echter Gewinn ist, denn mit ihr wird sich nicht nur fortbewegt, sie ist gleichzeitig auch ein Instrument für eine moderne und soziale Stadtentwicklung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Unsere Partnerstadt Marseille beweist sehr eindrucksvoll, wie abgehangene Stadtteile in Hafennähe wieder angekoppelt werden und auch, wie sich so die Stadtteile zum Guten wenden können.

Wir wollen Bramfeld und Steilshoop endlich den lange versprochenen Schienenanschluss bringen.

(*Ingo Eglhoff SPD:* Genau!)

(Martina Gregersen)

Weiter soll es über Eppendorf und Altona in Richtung Arenen gehen. Sicherlich hätte man sich gewünscht, dass die Fuhle die Stadtbahn bekommen hätte. Aber aus Effektivitätsgründen, damit möglichst viele Menschen die Stadtbahn nutzen können, geht es jetzt über diese Querverbindung. Das soll aber nicht heißen, dass die Fuhle niemals eine Straßenbahn erhält, denn das jetzt ist nur der Anfang. Das ist der Anfang der Erfolgsgeschichte für Hamburg, der Beginn der Stadtbahn. Alle Welt setzt die S-Klasse wieder auf die Schiene, Hamburg wird es nun auch tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort wünscht der Abgeordnete Lafrenz. Er bekommt es.

Hans Lafrenz CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Gregersen, wir sind beide ins gleiche Boot gestiegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Mal sehen, ob ich genauso euphorisch rudern kann wie Sie.

(Beifall bei Dr. Eva Gümbel GAL)

Hamburg war immer weit vorn, wenn es um den öffentlichen Personennahverkehr, den ÖPNV, ging.

(Michael Neumann SPD: Erst seit 2001!)

Auch heute ist Hamburgs ÖPNV weit vorn und das ist gut so für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Denn nur ein gut funktionierender attraktiver ÖPNV befördert unser wichtigstes verkehrspolitisches Ziel: bestmögliche Verschiebung des Modal Split zugunsten des ÖPNV, bestmögliche Verschiebung des Modal Split zugunsten des spurgeführten Verkehrs. Sie steigert die Leistungsfähigkeit des Verkehrs und entlastet zugleich die Umwelt. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung des Leitbildes Wachsende Stadt und eine gute Qualität unserer Umwelt macht unsere lebenswerte Stadt noch lebenswerter.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

War es denn falsch, Ende der Siebzigerjahre die unattraktiv gewordene alte Straßenbahn abzuschaffen?

(Jens Kerstan GAL: Ja!)

Statt mit Straßenbahnen sollte das Netz des ÖPNV mit komfortableren S- und U-Bahnen erweitert werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Wer hat denn das beschlossen?)

Nur wo U- und S-Bahnen unwirtschaftlich gewesen wären, sollte der hochflexible, ständig verbesserte Bus eingesetzt werden.

(Ingo Egloff SPD: Da können wir uns gar nicht mehr dran erinnern!)

– Herr Kollege, es stimmt schon, was ich sage.

War es falsch, auch dann noch an dieser Entscheidung festzuhalten, als die GAL in der Koalition mit der SPD die Straßenbahn wieder einführen wollte

(Andy Grote SPD: Ja!)

und sie am Widerstand ihres Koalitionspartners SPD scheiterte? Diese Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern GAL und SPD hat den Bau der Flughafen-S-Bahn erheblich verzögert und die Einleitung der Planung für die U 4 verhindert.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Jetzt erzählen Sie mal, was 2001 passiert ist!)

Doch nun ist die GAL sich mit ihrem Koalitionspartner einig.

(Ingo Egloff SPD: Da fehlen sieben Jahre dazwischen!)

Als moderne, auf eigenem Gleiskörper geführte Niederflurstadtbahn werden wir die ersten Kilometer Stadtbahn von Bramfeld nach Altona bauen. Damit fügen wir den bestehenden drei Systemen Bus, S-Bahn und U-Bahn mit der Stadtbahn ein viertes System hinzu. Wie immer, wenn in das bestehende Stadtbild, wenn in bestandsgeprägte öffentliche Räume nachträglich etwas eingefügt werden soll, wird es zahlreiche Konflikte geben. Für diese Konflikte müssen schadlose Lösungen gefunden werden und die werden wir finden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Noch einmal zurück zu meiner Frage. War es denn falsch, Ende der Siebzigerjahre die alte Straßenbahn abzuschaffen? Die Drucksache, mit der dieses Haus seinerzeit die Einstellung der Straßenbahn beschlossen hat, wirkt doch überzeugend. Hamburg hat sich zwischenzeitlich hoch verschuldet und wie viele neue U- und S-Bahnen könnten wir allein von jährlich über 1 Milliarde Euro Schuldzinsen bezahlen? Heute muss Hamburg sparen und sparen müssen wir deshalb auch beim ÖPNV, doch Leistungen wollen wir nicht einschränken. Allerdings kann sich Hamburg einen weiteren Ausbau ausschließlich auf dem Standard von U- und S-Bahnen nicht mehr leisten.

(Dr. Monika Schaal SPD: Was?)

Die vorerst letzte Netzerweiterung dieses Standards wird wohl die U 4 gewesen sein. Selbstverständlich bleibt ihre Verlängerung nach Wilhelmsburg weiter auf unserer Agenda. Die U 4 ist für den Sprung über die Elbe nicht nur von funktionaler, sondern auch von symbolischer Bedeutung.

(Hans Lafrenz)

Für den Bau weiterer spurgeführter ÖPNV-Linien wird Hamburg den Standard jedoch absenken müssen. Wir werden Stadtbahn, moderne weiterentwickelte ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das Licht ist nicht nur von symbolischer Bedeutung. Sie müssen jetzt zum Schlusssatz kommen.

Hans Lafrenz (fortfahrend): Dann höre ich einfach hier auf; ein Torso ist ja auch etwas Schönes.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte das Gefühl, das war eine Rede am Thema vorbei. Ich kann mir vorstellen, dass es für die CDU nicht ganz einfach ist, heute zur Stadtbahn zu sprechen. Aber das Thema ist so angemeldet und wir sollten über die Stadtbahn reden und nicht über irgendwelche zukünftigen anderen Projekte oder warum die Straßenbahn seinerzeit abgeschafft worden ist,

(Beifall bei der SPD)

um dann vielleicht einen Grund zu finden, der SPD im Nachhinein etwas in die Schuhe zu schieben.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, Frau Timmermann, das ist aber die Wahrheit!)

Wir sind jetzt bei einem etwas anderen Thema. Ich weiß, dass Sie gerne Schuldige für Ihr Versäumnis der letzten sieben, acht Jahre suchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gerne etwas zur Stadtbahn sagen. Die Stadtbahn kommt, das ist eine gute Nachricht für Hamburg, aber mittlerweile auch keine neue mehr. Es ist eine gute Nachricht für die vielen Menschen von Steilshoop bis Altona, perspektivisch sogar bis zum Osdorfer Born. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist unverzichtbar für die Menschen in unserer Stadt und besonders wichtig für die Stadtteile, die zurzeit nicht an einen leistungsfähigen Bahnanschluss zur City angebunden sind. Das gilt beispielsweise für die Bereiche Steilshoop und Bramfeld. Den Menschen in Steilshoop und Bramfeld ist von allen Parteien, insbesondere im Wahlkampf von der GAL, versprochen und noch bis vor einigen Monaten kommuniziert worden, dass es eine Anbindung an die City geben soll. Mit dem nun gewählten Trassenverlauf wird dies leider nicht erreicht. Für die Menschen in Bramfeld und Steilshoop ist das sehr

enttäuschend. Neu an dieser Nachricht ist aber, dass wir es mit der S-Klasse zu tun haben, was immer damit gemeint sein soll. Ein Blick auf die Homepage eines großen Autokonzerns erklärt einiges. Da heißt es zum Beispiel "Ihre Sicherheit ist unser Anspruch" oder "Sie werden nur ungern wieder aussteigen".

(Klaus-Peter Hesse CDU: So ist es!)

Wenn das die neuen Anforderungen an die Stadtbahn sind, sind wir gespannt, ob und wie Sie diese Ziele umsetzen. Dass mit der Entscheidung für den neuen Trassenverlauf ein großer Schritt zur Realisierung der Stadtbahn getan wurde, ist richtig und wird von uns ausdrücklich unterstützt. Aber bei aller Euphorie, die jetzt in der Bürgerschaft besteht, da alle Fraktionen dieses natürlich begrüßen, darf man nicht vergessen, dass wir vor dem Regierungswechsel 2001 kurz davor standen,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Kurz davor, aber nicht weiter!)

die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Strecke Steilshoop und Bramfeld vorzunehmen. Aus rein ideologischen Gründen seitens des CDU-geführten Senats wurden die gesamte Planung und das Verfahren eingestellt. Wir haben acht wichtige Jahre verloren, die Stadtbahn könnte heute schon in Hamburg fahren.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür ausgesprochen, die Planungen für das Stadtbahnnetz wieder aufzunehmen. Andere Großstädte in Deutschland und auch im europäischen Ausland – Frau Gregersen hat einige genannt – haben es uns zwischenzeitlich vorgemacht. Sie bauen ihr Stadtbahnssystem aus und führen moderne Straßenbahnen neu ein.

Mit der Entscheidung der Niederflurstraßenbahn haben Sie eine Systemscheidung getroffen und den guten Vorschlag der Hamburger Hochbahn, das U-Bahn-Netz mit einer kombinierten Stadtbahn fortzuführen, gefällt. Damit haben Sie sich aber gleichzeitig für die kostenintensivere Variante entschieden. Wir hoffen sehr, dass die Finanzierung dieses Konzepts auf sicheren Beinen steht und es durch die Finanzkrise zu keinen weiteren Verzögerungen kommt. Wir erwarten, im Laufe dieses Jahres konkreter über den weiteren Planungsverlauf, über die gesamten Investitionssummen und das Finanzierungskonzept informiert zu werden; bislang gibt es dazu keinerlei Aussagen.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Fragen, die nicht beantwortet sind. Dazu gehört die Frage nach dem zweiten Streckenabschnitt mit der berechtigten Forderung, dass Bramfeld eine direkte Anbindung an den Hamburger Hauptbahnhof und natürlich die wichtigen Anbindungen zur Arena und zum Osdorfer Born bekommt.

(Karin Timmermann)

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, es mangelt Ihnen für weitere Streckenführungen an Zeit.

Karin Timmermann (fortfahrend): – Entschuldigung, ich habe das Licht nicht gesehen.

Wir hoffen und wünschen natürlich, dass 2012 der erste Spatenstich getan wird und sicherlich wird das zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl sein. – Danke schön.

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie decken ja alles ab!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* – Sie müssen mich noch ein bisschen häufiger ertragen, bis wir in der Fraktion so groß sind wie Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir, das wird Sie nicht wundern, finden dieses Projekt der Einführung der Stadtbahn einen Schritt nach vorne. Es ist auch von der Kollegin Frau Timmermann von der SPD schon darauf hingewiesen worden, dass es hier sicherlich keine grundsätzlichen Differenzen gibt.

Ich möchte der GAL und Ihnen, Frau Gregersen, ausdrücklich zustimmen, dass es bei der Stadtbahn um die Ökologisierung des Verkehrs, vor allen Dingen des Stadtverkehrs, geht. Ich würde die Frage von Herrn Lafrenz, ob das damals ein Fehler war, eindeutig bejahen. Wir wären heute auch in Hamburg einen Schritt weiter, wenn wir dieses Verkehrsmittel Straßenbahn weiter entwickelt hätten. Wenn man es unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, ist die Straßenbahn in vielerlei Hinsicht, wenn wir einmal das Fahrrad ausklammern, eines der wichtigsten Verkehrsmittel bei dem Projekt der Ökologisierung des Stadtverkehrs; bei diesem Punkt bestehen überhaupt keine Differenzen.

Trotzdem machen Sie, Frau Timmermann hat es schon ausgeführt, jetzt einen Wechsel auf die Zukunft. Wir haben bislang nichts Konkretes gesehen, Sie haben uns bislang nicht erläutert – ich kann nicht so weit zurückgreifen wie andere –, warum die 2001 abgeschlossene Planung für das Projekt, was schon eine Reihe von Finanzinvestitionen bedeutet hat, nicht teilweise zu aktivieren war. Ich sehe aus den Haushaltsberatungen, dass wir knapp 11 Millionen Euro für dieses Projekt einstellen, damit wir irgendwann vielleicht etwas Handfestes zu sehen bekommen und ich vertraue darauf, dass wir im Rahmen der Ausschussbera-

tungen darüber schlau gemacht werden, warum die Trasse und die alte Planung nicht mehr taugten und das neu gemacht werden musste.

Ich möchte, auch wenn wir gestern einen Konflikt hatten, an die Bemerkung von Frau Ahrons beziehungsweise ihrer Koalition erinnern, Sie wollten künftig immer ausschreiben. Sie haben unter dem Druck, dass das nicht weiter verzögert werden soll, kein ordentliches Ausschreibungsverfahren für diesen Planungsprozess gemacht und beauftragen einfach die Hochbahn mit diesen Dingen. Das sind alles Punkte, die noch zu klären sind.

Letzte Bemerkung, Frau Gregersen. Wir sind für dieses Projekt. Wir müssen noch genauer sehen, was dahinter steckt und eine Begründung bekommen. Ich appelliere an die Koalition, auch andere Punkte in der Verkehrskonzeption, bei der Ökologisierung des Verkehrs zu berücksichtigen. Das gilt auch für den Busverkehr, Herr Hesse, und auch für die Lichtanlagenschaltung; das sind alles wichtige Punkte. Auch unsere heutigen Busse können wesentlich ökologischer geführt werden. Uns wäre – Frau Timmermann hat darauf hingewiesen und wir haben durch Anträge versucht, das immer wieder deutlich zu machen – eine größere und engere Verkehrsanbindung von Steilshoop und anderen Randgebieten ganz wichtig. Das wird man nur mit Veränderungen von Busverkehrstakten und anderen Rahmenbedingungen machen können. Das wäre jedenfalls eine vernünftige Zwischenlösung.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich genau wie Frau Timmermann große Zweifel habe, ob Sie das Projekt wirklich so hinbekommen, dass wir 2014 die Straßenbahn benutzen können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in dieser Legislaturperiode das erste Mal, dass wir über die Stadtbahn diskutieren. Ich möchte noch etwas dazu sagen, weil es schon ein bedeutsames Projekt ist. Die Stadtbahn erlebt in der Tat weltweit eine Renaissance als leistungsfähiges, umweltfreundliches und auch komfortables Verkehrsmittel. Es ist das Verkehrsmittel, das eine richtige Antwort auf die großen Herausforderungen gibt und da sind – Herr Bischoff, das ist richtig – die ökologischen Herausforderungen nicht die geringsten.

Ich möchte kurz ein bisschen das Geschichtliche in Erinnerung rufen. In den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts haben in der Vorstellung, was eine angemessene Verkehrspolitik sei, um Städte autogerecht zu gestalten, mehr als 60 Städte in Deutschland ihre Straßenbahn komplett abge-

(Senatorin Anja Hajduk)

schaft. Ende der Fünfzigerjahre – daran ist auch schon erinnert worden – fiel in Hamburg auch diese Entscheidung. Es dauerte dann bis 1978, bis die letzte Linie vom Rathausmarkt nach Niendorf über die Hoheluftchaussee stillgelegt wurde.

Wenn man sich das noch einmal in Erinnerung ruft, dann sieht man, dass der Wiederaufstieg der Stadtbahn eigentlich recht unmittelbar danach anschloss. Es war nämlich so, dass in Utrecht und in Nantes 1982 und 1985 im Grunde genommen wieder eine gegenteilige Bewegung losging. Gerade mittelgroße Städte haben in den Achtziger- und Neunzigerjahren die Wiedereinführung der Stadtbahn beschlossen und bewältigt, allerdings nicht nur in den mittelgroßen Städten. Heute können wir in vielen Millionenstädten sehen, dass die Zukunft der Stadtbahnsysteme positiv eingeschätzt wird und neue Systeme in Betrieb genommen worden sind.

Sie haben schon Beispiele genannt und man sieht durchaus, dass gerade französische Städte, natürlich nicht allein, in diesem Fall aufzuzählen sind. Ich möchte hier noch erwähnen, dass immerhin der französische Staatspräsident Sarkozy jüngst zum Thema der Verlagerung von Verkehr erklärt hat, man wolle mittelfristig die Straßenbahnnetze vervierfachen. Das ist schon eine Ansage.

(Michael Neumann SPD: Der verstaatlicht ja auch!)

Wenn man einmal die Leistungen misst, die wir uns davon versprechen können, dann sieht man ermutigende Zahlen. Dort, wo die Tram wieder fährt, wachsen die Fahrgastzahlen. Schon mit der Einführung der ersten neuen Linie sind die Passagierzahlen in Bordeaux, Lyon, Orleans und Nancy um durchschnittlich 30 bis 40 Prozent angestiegen; das ist ermutigend. Besonders herausragend ist die Stadt Straßburg. Zehn Jahre nach der Wiedereinführung waren dort bereits 24 Kilometer Gleise verlegt und der Fahrgastzuwachs betrug 85 Prozent im gesamten Nahverkehr der Stadt. Das sind natürlich beeindruckende Zahlen.

Wodurch punktet denn eine Stadtbahn? Es ist tatsächlich auch die Wirtschaftlichkeit gegenüber Untergrundbahnen, denn die Herstellungskosten pro Kilometer betragen in der Tat nur ein Fünftel. Die Abgeordnete Frau Gregersen hat auch auf diesen Punkt der Finanzierung hingewiesen.

Für die Stadtbahn sprechen ganz konkret inhaltliche Punkte: der leichte, quasi barrierefreie Zugang, kurze Haltestellenabstände, ein dichter Takt und durch die hohe Laufruhe eine geräuscharme Fahrweise auf eigener Trasse. Im Vergleich dazu hat die Stadtbahn höhere Kapazitäten, die über 40 Meter langen Kabinen können mehr als 270 Fahrgäste fassen.

Auch die Betriebskosten sind geringer, die Umwelteigenschaften – das ist hier erwähnt worden –

sind ausgesprochen positiv. Gegenüber Bussen haben wir eine höhere Geschwindigkeit und eine höhere Zuverlässigkeit. Die Stadtbahn kann mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von immerhin 29 Kilometern fahren. Das ist attraktiv für diejenigen, die sie nutzen.

Überall dort, wo die Stadtbahn in den letzten Jahren neu Einzug gehalten hat, wurde ihre Realisierung mit einem umfassenden Gestaltungsansatz verknüpft. Die Stadtbahn ist somit auch ein Teil einer neuen Mobilitätskultur, denn sie ist technisch sehr weit fortentwickelt, verbunden mit einem zeitgemäßen Design. Es sind nicht mehr die rumpelnden Waggons, die Züge haben sich verändert, was die Attraktivität für die Fahrgäste erhöht. Aber sie ist eben auch ein wirklicher Frequenzbringer für Geschäftsbereiche. In vielen Städten gelang eine regelrechte Wiederbelebung des Einzelhandels durch die Einführung der Stadtbahn.

In Hamburg wollen wir damit auch ein anderes Problem lösen, nämlich die Anbindung von manchen Großsiedlungen an ein schienengebundenes Netz. Deswegen fangen wir in Bramfeld an und wollen damit Steilshoop an ein Schienensystem anbinden. Das ist in der Tat lange überfällig, das haben alle Fraktionen erklärt und festgestellt.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte jetzt etwas zur Auswahl der Linie sagen. Wir haben eine erste Linie ausgewählt und ich glaube, die Erschließung der City-Nord ist auch eine Stärke dieser Linie. Die Fachleute nennen das eine sogenannte Tangentiallinie, wenn wir uns einmal vorstellen, dass sie von Altona nach Bramfeld führt; man kann das noch weiterdenken bis nach Rahlstedt. Die Notwendigkeit einer solchen Linie wurde schon 1991 im Verkehrsentwicklungsplan als Teil der ersten Realisierungsphase einer Stadtbahn empfohlen.

Wo sind wir heute? Die CDU und die GAL haben im Mai die Einführung einer Stadtbahn im Koalitionsvertrag vereinbart. Wir haben dann im Herbst die Hamburger Hochbahn mit der Durchführung der Planung beauftragt und, Herr Bischoff, wir haben das gemacht, weil wir das für eine gute Lösung halten. Man hätte auch ein anderes Verfahren wählen können. Wir haben dieses gewählt, weil es uns möglich ist, die 100-prozentige Tochter damit zu beauftragen. Ich glaube, im Sinne einer guten Verwirklichung und auch der Nutzung von Synergien im Hamburger ÖPNV ist das eine gute Entscheidung. Dazu stehe ich ausdrücklich.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben nicht nur die Hochbahn damit beauftragt, sondern wir haben das Zielnetz auch im Herbst, also einige Monate nach dem Koalitionsvertrag, bestimmt. Gegenstand dieses Zielnetzes

(Senatorin Anja Hajduk)

ist auch – das ist angesprochen worden – die Anbindung von nordöstlichen Stadtteilen Hamburgs und die Weiterentwicklung der Linie ins Zentrum Hamburgs. Es ist nicht so, dass alte Planungen nichts mehr wert sind. In dieses Zielnetz sind alte Planungen mit eingeflossen. Wir haben jetzt nur entschieden, welches die erste Stammstrecke sein soll. Da haben wir ganz nüchtern nach den Zahlen geschaut. Wo erwarten wir die höchsten Fahrgastzahlen? Dabei hat sich die Strecke Richtung Altona durchgesetzt. Ich bin überzeugt davon, dass ein sinnvolles Stadtbahnnetz solch ein großes Zielnetz braucht, wie wir es insgesamt haben. Aber man muss den richtigen Anfang machen und ich glaube, da sind die Argumente durchaus überzeugend.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern haben wir nur einige Monate nach der Zielnetzentscheidung jetzt im Januar tatsächlich die Entscheidung für die erste Stammstrecke getroffen.

Gegenwärtig werden weitere Entscheidungen zu grundlegenden technischen Systemparametern und zur Vergabe der Generalplanleistungen vorbereitet. Wir streben an, die Vorentwurfsplanung und die Erstellung der Planfeststellungsunterlagen bis Mitte 2010 abzuschließen. Auch das ist schon ein ehrgeiziger Zeitplan, weil dieses Projekt ein sehr großes ist. Darauf soll das Planfeststellungsverfahren folgen.

Dies macht deutlich, dass wir in diesem Hause, aber auch in den Ausschüssen, noch öfter über das Thema Stadtbahn zu diskutieren haben werden, weil darin viel Arbeit steckt. Ich möchte abschließend sagen: Wir haben das Projekt Stadtbahn keine zehn Monate nach der Regierungsbildung schon ganz gut auf die Schiene gesetzt. Ich bin aber insbesondere froh, dass eine so weitreichende Systementscheidung auch in finanzieller Hinsicht gemeinsam in diesem Parlament getragen wird, und ich möchte mich ausdrücklich bei den Oppositionsfractionen dafür bedanken, dass Sie das unterstützen. Bei einer so weitreichenden Systementscheidung für die Stadt bin ich als Senatorin froh, wenn ich auch den grundsätzlichen Rückhalt von Ihnen habe.

(Michael Neumann SPD: Das gilt auch in der Bildungspolitik!)

Ich sage es gerne, Frau Timmermann: Wenn wir zwei Wochen oder wann auch immer vor einer Wahl in 2012 den ersten Spatenstich geschafft haben, dann lade ich insbesondere Sie ein und gebe Ihnen einen aus.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Die Geschäftsordnung sieht in der Aktuellen Stunde eine fünfminütige Re-

dezeit für Abgeordnete vor. Auch in Kenntnis des Artikels 23 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung halte ich fest, dass die Redezeit der Senatorin 200 Prozent dieser Redezeit für Abgeordnete betragen hat. – Ich rufe jetzt auf den Abgeordneten Hesse.

(Michael Neumann SPD: Abstimmungshesse!)

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Thema Stadtbahn kann man sagen, dass sie auf einem guten Weg ist. Wir stehen vor einer Wiedereinführung der Stadtbahn in Hamburg und ich freue mich, dass das alle im Parlament heute begrüßt haben. Es ist der richtige Schritt zur richtigen Zeit und wir sollten diesen jetzt auch konsequent weitergehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zeiten ändern sich, Prioritäten ändern sich und Anforderungen ändern sich. Deswegen mache ich der SPD jetzt nicht zum Vorwurf, dass sie 1978 die Stadtbahn abgeschafft hat,

(Heiterkeit bei der SPD)

die wir in Hamburg hatten, und das Konzept nicht fortentwickelt hat. Was ich Ihnen vielleicht zum Vorwurf machen könnte, wäre – aber das fällt auch ein bisschen auf uns zurück –, dass Sie anders, als Sie das eben dargestellt haben, Frau Timmermann, nie ernsthaft auch in der Koalition mit den Grünen versucht haben, die Stadtbahn wieder einzuführen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Denn wenn wir ehrlich sind und uns an das Jahr 2001, liebe Frau Timmermann, zurückerinnern und die Gespräche von Herrn Schmidt, der häufig mit Eugen Wagner zusammen saß und darüber gesprochen hat, noch in Erinnerung haben und seine Beiträge hier,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Was hat er gesagt?)

dann wissen wir doch ganz genau, dass die Grünen im Jahre 2001 – ich erinnere mich noch an die Plakate – sehr bewusst plakatiert haben: "Stadtbahn nur mit uns", weil sie genau wussten, dass das mit der SPD nicht zu machen ist und nur mit den Grünen in der Regierungsverantwortung dieses Projekt auch ernsthaft weiterverfolgt wird. Das scheinen Sie momentan auszublenden, Frau Timmermann. Das gehört aber zur Wahrheit leider dazu.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Das ist genau wie jetzt!)

(Klaus-Peter Hesse)

Insofern, liebe Frau Timmermann: Glückwunsch an den Koalitionspartner, Glückwunsch an die Grünen, denn die Grünen haben – und das muss ich auch als Christdemokrat anerkennen – in den Koalitionsverhandlungen sehr hart verhandelt und gesagt, dass dies ein Projekt ist, das sie unbedingt realisieren wollen. Wir hatten – und auch dazu stehe ich – im Jahr 2001 gesagt, wir legen andere Schwerpunkte, als die Stadtbahn so fortzuführen, wie sie vorbereitet war. Wir haben unter anderem den Flughafen mit einer S-Bahn angebunden, wir haben mit der U 4 begonnen, die die HafenCity anschließt und wir haben die Busse modernisiert.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU führt insofern mit dieser Politik, die wir jetzt erleben, eine konsequente Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs fort, die wir bereits seit 2001 betreiben.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL* – *Ingo Egloff SPD*: Das ist aber ein bisschen dicke jetzt, Herr Hesse!)

Auch das System, das wir jetzt haben, und auch die Entscheidung – das hat die Senatorin eben hervorragend dargestellt – sind ein sehr guter Kompromiss. Dass wir uns entschieden haben, Altona anzubinden, löst wirklich sehr viele Probleme, die wir in dieser Stadt haben. Es löst das Problem, dass tatsächlich Stadtteile bisher vernachlässigt wurden beim Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Steilshoop und Osdorfer Born sind Stadtteile, die nie einen vernünftigen Anschluss bekommen haben. Mit der Entscheidung für Altona – und das ist konsequent und richtig – haben wir die Möglichkeit, nicht nur Steilshoop anzubinden, sondern auch den Osdorfer Born. Und das ist richtig für die Menschen dort.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Stadtbahn ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Zahlen im HVV steigen, die Nutzerzahlen steigen und das ist auch konsequent. Wir sind eine wachsende Stadt, wir haben Bevölkerungszuwachs in unserer Stadt, wir stellen fest, dass die Energiepreise steigen in unserer Stadt und, lieber Herr Bischoff, Sie haben vollkommen recht: Selbstverständlich haben wir alle im Parlament auch die Verpflichtung, uns des Klimaschutzes intensiv anzunehmen und auch der Schadstoffvermeidung. Dazu wird die Stadtbahn beitragen und selbstverständlich – auch darauf können Sie sich verlassen – werden wir als Regierungsfraktion darauf achten, dass wir energetische Maßnahmen, zum Beispiel bei öffentlicher Beleuchtung, Lichtsignalanlagen und Ähnlichem, weiter voranbringen. Auch das gehört dazu, das ist ein Beitrag zum Klimaschutz, genau wie die Stadtbahn. Das werden wir als CDU auch in den nächsten Jahren, so wie wir es im Klimaschutzkonzept

bereits in der letzten Legislatur festgeschrieben haben, fortführen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass die Senatorin vollkommen recht hat, dass noch viel zu tun ist. Wir werden als CDU darauf achten, dass die eventuellen Konflikte in unserem Wirtschafts- und Logistikstandort auf der Straße gelöst werden, die mit einer Einführung einhergehen können. Wir werden dafür sorgen, dass die Bezirke und die Verbände angehört und eingebunden werden bei der Planung der Straßenbahn, und wir werden auch darauf achten, dass bei der Finanzierung gleiche Maßstäbe angelegt werden, wie die Grünen sie auch bei uns in der letzten Legislatur für die U 4 eingefordert haben. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss stimmen. Auch darauf werden wir achten, um die Bundeszuschüsse zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Timmermann, Sie sprachen es an: Bramfeld/Hauptbahnhof wäre Ihre Variante gewesen.

(*Karin Timmermann SPD*: Ihre auch!)

Es war auch unsere Variante, Sie haben recht. Wenn man dann Zahlen Glauben schenkt, die berechnet wurden und mit denen man sich viel Mühe gegeben hat, und merkt, dass die andere Variante doch die sinnvollere ist und dort bis zu 15 000 Fahrgäste mehr erreicht werden können, dann gibt dies den Ausschlag. Außerdem wird auch geschaut, wo man mehr Neukunden gewinnen und mehr Menschen vom Auto wegholen kann. Auch das ist betrachtet worden und auch hierbei ist die gewählte Variante der absolute Gewinner.

Sie sprachen die U-Stadtbahn an. Wenn man die U-Stadtbahn – ich habe es gerade in Kassel noch einmal getan – anschaut, dann ist diese auch modern und auch nicht schlecht. Aber wenn man auf ein modernes Verkehrsmittel setzt, dann sollte man auf etwas Richtiges setzen. Das Problem, wenn man mit der U-Bahn von den Gleisen ausfährt und weiterfährt auf der Straße, ist bildlich vorstellbar: Etwas breiter, etwas ungelenker, vielleicht auch mit etwas größeren Kurvenradien. Aber worüber Sie vielleicht nicht nachgedacht haben, ist, dass wir entlang jeder Haltestelle, die wir haben, auch noch Bahnsteige bräuchten.

(*Arno Münster SPD*: Das stimmt doch gar nicht!)

(Martina Gregersen)

Oder wir müssten die Bahn absenken. Dann senken wir die Bahn ab und haben Tunnel. Oder wir müssten viele Rampen bauen, damit Barrierefreiheit gegeben ist. Wenn Sie sich abschließend damit beschäftigen, wird ersichtlich, dass es nicht das ist, was man sich für das Stadtbild wünschen sollte.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Angesprochen wurden im Verkehrsbereich zum Beispiel auch die Radwege und die Ampelschaltungen. Natürlich liegt es uns am Herzen, den Radverkehr zu verdoppeln, wir wollen Velorouten ausbauen, Radwege verbessern und Ampelschaltungen verändern. Wenn an der Stadtbahn geplant wird, muss auch der gesamte Straßenraum betrachtet werden und, wie das Optimum für Fußgänger, Radfahrer aber auch für die Autos herausgeholt werden kann.

Wir wollen auch die Menschen mit einbinden und natürlich wollen wir auch Transparenz. Insofern werden wir dann demnächst in den Gesprächen über die Stadtbahn sein. Ich freue mich, dass wir das gemeinsam in dieser Stadt planen und umsetzen. Das ist nach über 30 Jahren schön. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Krischok.

Anne Krischok SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Altonaerin freue ich mich insbesondere darüber, dass die erste Stadtbahnlinie nach Altona führen soll. Das ist nebenbei bemerkt auch wichtig für die Vernetzung der vielfältigen kulturellen Angebote in Hamburg. Menschen aus Bramfeld könnten endlich klimaschonend in unser kreatives und lebendiges Altona fahren. Dass die konkreten Planungen nun beginnen, ist gut. Aber dabei darf es nicht bleiben. Herr Lafrenz und Herr Hesse, wir standen in der Vergangenheit schon einmal vor dem ersten Spatenstich. Damit wir hier keine Geschichtsklitterei haben:

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das kennen wir vom Flughafen!)

Unsere Planungen zur Wiedereinführung der Stadtbahn wurden von CDU, FDP und der Schill-Partei gestoppt, damit die 300 Millionen Euro teure und überflüssige Anbindung der U 4 in Richtung HafenCity entwickelt werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Hiervon sieht man bis heute allerdings noch recht wenig. Hätte der damalige Senat unser Konzept der Stadtbahn weitergeführt, könnten wir heute aus dem Konjunkturpaket Mittel für den beschleunigten Ausbau dieses Netzes einsetzen. Aber so ist auch diese Chance verfallen.

Was hat die Stadtentwicklungsbehörde bisher vorgelegt? Es liegen die Planungen für die ersten 15 Kilometer Stadtbahn vor. Die Behörde verspricht uns aber in ihrer Pressemitteilung vom 12. Januar ein Straßenbahnnetz von 50 Kilometern. Zu den verbleibenden 35 Kilometern, also 70 Prozent, gibt es leider von diesem Senat noch keine Aussagen. Vielleicht gibt es Planungen, die gerade in den vielberühmten Nebenabsprachen entstehen. Was wir brauchen, ist eine schnelle nachvollziehbare Gesamtplanung mit einem festen Zeitrahmen und Meilensteinen statt scheinweise Teilstrecken zu verkünden.

Was mich selber und die Menschen in Osdorf, Lurup und Steilshoop interessiert: Wie geht es konkret weiter? Bekommen wir eine Verlängerung zum Osdorfer Born und nach Lurup? Ich habe die Senatorin so verstanden, dass dies so geplant ist. Werden endlich die Arenen an den ÖPNV angeschlossen? Der gestrigen "Bild"-Zeitung ist zu entnehmen, dass Günter Elste für den Bau bereitsteht. Soll für die Stadtbahn nach der Verlängerung nach Westen eine zweite in Richtung Osten erfolgen?

Ich war in der vorletzten Woche bei einer Veranstaltung, wo sich Arbeitsgruppen aus den Stadtteilen Osdorf und Lurup und der Stadt Schenefeld getroffen haben, um über Verkehrsprobleme im Hamburger Westen und Trassenvarianten für eine Stadtbahnanbindung intensiv und engagiert in ihrer Freizeit zu diskutieren. Die Begeisterung und die Fachkompetenz der Menschen waren überwältigend. Lassen Sie uns dieses Pfund nutzen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger an der Planung und Gestaltung der Trassenführung beteiligen. Wir Sozialdemokraten wollen jetzt dafür sorgen, dass die Menschen nicht noch einmal enttäuscht werden und dass die Hamburger Politik glaubwürdig wird.

Die Stadtbahn kommt hoffentlich irgendwann, aber die erste Rumpfstrecke vom Bramfelder Dorfplatz bis zum Stadtpark wird im allerbesten Fall 2014 fertig sein. Was uns von der SPD-Fraktion aber besonders freut, ist die Tatsache, dass Sie das in Ihrer Regierung aus Schwarz und Grün nicht mehr erleben dürften.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie mit Ihren 18 Prozent!)

es ist schön, dass Sie nach immerhin acht Jahren Ihre Liebe für die Stadtbahn entdeckt haben. Nach dem Beitrag von Herrn Hesse konnte man aber den Verdacht haben, dass es nur ein grüner Virus ist.

(Anne Krischok)

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Ich fühle mich infiziert!)

Trotzdem: Herzlichen Glückwunsch und willkommen im Klub. Es ist schön, dass endlich alle Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft dieses faszinierende Projekt unterstützen. Wir brauchen die Stadtbahn ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, jetzt müsste der Schlusssatz kommen.

Anne Krischok (fortfahrend): – Ich habe es gesehen. Herzlichen Dank.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wir brauchen die Stadtbahn als Beitrag zum Klimaschutz und damit die Menschen in den Großsiedlungen endlich eine Schnellbahnanbindung bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Intervention der Senatorin und der zweiten Runde der Diskussion möchte ich doch drei Punkte festgehalten haben. Erster Punkt: Es liegt bislang eine Aussage über die Kurzstrecke vor. Ich gehe davon aus, Frau Senatorin, dass wir demnächst im Stadtentwicklungsausschuss Gelegenheit haben werden, über die Gesamtkonzeption, wie sie sich für Sie darstellt, zu diskutieren und wenigstens informiert zu werden.

Zweiter Punkt: Frau Gregersen, ich wollte gar nicht viel über das Fahrrad und über die Lichtanlagen und ihre Schaltungen sagen, sondern ich wollte, weil Sie das Hohelied gesungen haben, was die Straßenbahn früher war und was sie heute ist, nur noch einmal daran erinnern, dass dasselbe im Prinzip auch für Busse gilt, selbst wenn Busse immer noch ökologisch nicht so wertvoll sind wie die Stadtbahn. Trotzdem bitte ich Sie noch einmal, weil das jetzt deutlich geworden ist, dass wir ein Verkehrsanbindungsproblem in Steilshoop und in Altona haben: Man kann bis 2014 auch vorher einiges tun, indem man ...

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Haben wir doch schon!)

– Ja, da sind wir nicht ganz einer Meinung, dass das ausreicht. Ich weiß, Sie haben es eben noch einmal demonstriert. Sie sagen immer, es sei alles gut. Und wenn Sie sich dann einmal zu einer Mei-

nungsveränderung durchringen, dann kommt es ganz überraschend.

Insofern bitte ich nur darum, dass Sie diesen Gesichtspunkt, dass die Bürger lange Zeit warten müssen, gemeinsam mit uns noch einmal anschauen.

Letzter Punkt, Frau Senatorin: Die CDU kann nicht bei der Rechnungsprüfung für 2006 zu Recht monieren, dass die Ausschreibungspraxis nicht eingehalten wird und dann bei dem uns heute vorliegenden Projekt auf die Ausschreibung verzichten. Das ist zwiespältig. Ich akzeptiere das in diesem Fall, weil die Hochbahn für Sie ein Partner ist, bei dem Sie sagen, darauf verzichten zu können. Ich möchte nur ausdrücklich festhalten: Ich dränge seit Langem darauf, dass wir in dem Unterausschuss des Haushaltsausschusses, der sich mit öffentlichen Unternehmen beschäftigt, endlich einmal eine Prüfung und eine Debatte über die Geschäftspolitik der Hochbahn führen. Denn die Hochbahn ist keineswegs nur das feine Unternehmen, als das Sie es darstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Gregersen, Sie haben mich direkt angesprochen und meinten darstellen zu müssen, dass ich vielleicht beide Systeme nicht so kennen würde. Natürlich habe ich mich mit beiden Systemen sehr intensiv auseinandergesetzt. Ich würde gerne einmal ein Zitat vorlesen. Vielleicht haben Sie das auch gelesen:

"Wer heute ... über eine Stadtbahn redet, führt eine Diskussion von gestern. Die Hochbahn ist mit ihren Überlegungen zu einer U-Stadtbahn bereits viel weiter. Es macht keinen Sinn ein viertes Verkehrssystem in Hamburg einzuführen. Der Vorschlag ist nicht wirtschaftlich, weil die gesamte Infrastruktur geschaffen werden müsste. Mit der U-Stadtbahn wird das bestehende U-Bahnnetz durch ein Ergänzungsnetz erweitert."

– Ein Interview von Herrn Gedaschko vom 19. Februar. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Lafrenz, bitte.

Hans Lafrenz CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was macht man denn, wenn man etwas nicht will und auch nicht durch eine Entscheidung bekennen möchte, dass man nicht will?

(Hans Lafrenz)

(Michael Neumann SPD: Dann stimmt man zu!)

Man macht ein Gutachten, man macht noch ein Gutachten

(Dr. Andreas Dressel SPD: Oder einen Koalitionsvertrag!)

und macht noch ein Gutachten und dann ist die Legislaturperiode vorbei.

(Christiane Schneider DIE LINKE: So haben Sie das vor, oder was?)

Aber wir werden die Stadtbahn in Form einer modernen weiterentwickelten Niederflurstraßenbahn bauen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Notwendige Voraussetzung ist, dass sich der Bund angemessen an den Kosten beteiligt. Das ist zu erwarten.

(Zuruf: Da muss man einmal ein Gutachten machen!)

Wir werden alle Stadtbahnlinien miteinander verknüpfen, um die wirtschaftlichen Potenziale der Stadtbahn effizient nutzen zu können. So werden wir mit einem einzigen Betriebsbahnhof auskommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch die alte Planung!)

Und wir werden mindestens 40 Kilometer Stadtbahnlinien bauen, so werden die Stadtbahnen kostengünstiger als U-Bahnen und S-Bahnen. Selbstverständlich haben die Linienverknüpfungen Präferenz, die ohne neue Eingriffe in die nach Aufgabe der Straßenbahn mit hohem Aufwand an öffentlichen Mitteln und privaten Spenden aufgewerteten Straßenräume auskommen. Das wollen wir und das werden wir nicht zurückdrehen.

Dagegen werden wir hinnehmen, dass sich die Gestalt der Straßenräume, durch die die Stadtbahn geführt wird, verändern wird. Hinnehmen werden wir auch, dass die Stadtbahnlinien zulasten zuvor mit nicht geringen Kosten gebauter Straßen und Busspuren gebaut werden. Das halten wir für vertretbar,

(Andy Grote SPD: Das hätten Sie ja vermeiden können!)

weil die daraus folgende Leistungssteigerung des ÖPNV den Modal Split weiter zugunsten des ÖPNV verschieben wird.

(Beifall bei Martina Gregersen GAL)

Mit der Stadtbahn kommen wir diesem Ziel einen wesentlichen Schritt näher. Alle Hamburger und Hamburgerinnen werden davon profitieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Nunmehr sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich rufe jetzt das vierte Thema der guten Ordnung halber auf und frage zunächst einmal die antragstellende Fraktion, ob sie für eine Minute noch das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich die anderen drei Fraktionen, ob sie damit einverstanden sind, das Thema von der Tagesordnung abzusetzen. – Das ist der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 23, die Drucksache 19/1782, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Überarbeitung des Wegesetzes.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/628: Überarbeitung des Wegesetzes (Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL) – Drs 19/1782 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. der Abgeordnete Hesse hat es.

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 9. Juli 2008 haben wir im Parlament eine Debatte zum Wegesgesetz geführt. Wir haben sie geführt, weil es im Vorwege sehr viele Pressemitteilungen gab, weil es im Vorwege eine große Berichterstattung in den Hamburger Zeitungen gab und weil es auch berechtigte Kritik des Rechnungshofs gab, dass viele Straßen nicht so abgerechnet wurden, wie es sich eigentlich gehört, und dass die Praxis in den Bezirken anscheinend auch sehr unterschiedlich ist.

Ich freue mich außerordentlich, dass alle Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses die Zeit bis zur heutigen Debatte genutzt haben und eine Vorlage erarbeitet haben, über die wir heute abzustimmen haben, die mehr Transparenz, mehr Klarheit und auch mehr Service für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bedeutet. Das ist ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben festgestellt, dass viele Straßen sehr unterschiedlich gebaut wurden in den letzten Jahren. Wir haben auch festgestellt, dass viele Anwohnerinnen und Anwohner Anwälte beschäftigt haben, weil sie nicht nachvollziehen konnten, warum in ihren Wohngebieten Straßen und Wege ausgebaut wurden, obwohl die Nutzung auf diesen meistens eine andere war, als es die Planungen vielleicht in den Bezirken vorsahen.

Wir haben uns dann im Stadtentwicklungsausschuss mit diesem Thema beschäftigt und eine Expertenanhörung durchgeführt. Die von allen Fraktionen eingeladenen Experten haben deutlich ge-

(Klaus-Peter Hesse)

macht, dass es durchaus in den Bundesländern sehr unterschiedliche Abrechnungsmodalitäten und sehr unterschiedliche Praktiken gibt. Auch hierfür möchte ich einen Dank an alle Fraktionen richten. Diese Expertenanhörung hat zu sehr viel Klarheit beigetragen. Ich möchte auch einen Dank an den Senat richten, denn der Senat hat es auch ermöglicht – obwohl das in solchen Expertenanhörungen normalerweise nicht üblich ist –, dass wir die Erfahrungen aus den Bezirken mit einbeziehen konnten. Das hat auch deutlich gemacht, dass ganz dringender Handlungsbedarf in unserer Stadt besteht, und über diesen werden wir heute abstimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir werden erstens heute darüber abstimmen, dass bei der Herstellung von Erschließungsstraßen alle betroffenen Hamburgerinnen und Hamburger schnellstmöglich eine Bürgerinformation mit einer Beschreibung der Maßnahme und mit einem Zeit- und Kostenkorridor sowie einem Ansprechpartner in den Bezirken erhalten. Damit erreichen wir, dass Klarheit bei den Menschen besteht, ob sie noch mit Kosten zu rechnen haben, wie hoch diese Kosten voraussichtlich sein werden und wann sie entsprechende Rücklagen zu bilden haben, um damit auch diese Maßnahme zu finanzieren.

Wir haben zweitens uns das Wegegesetz angeschaut und haben gesagt:

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Auch wenn die planerischen Grundlagen alle Möglichkeiten eines ökologischen Ausbaus auf diesen Straßen ermöglichen und auch Aspekte der Versiegelung berücksichtigen, möchten wir im Wegegesetz eine ganz klare Beschreibung, dass eine stärkere Orientierung auf eine kosten- und flächensparende sowie ökologische Herstellung bei den Maßnahmen gelegt werden soll. Somit werden die in den Bezirken tätigen Mitarbeiter noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass es nicht immer nur die "Mercedes-nullachtfünfzehn-Standardvariante" sein muss, sondern dass auch die Planungsgrundlagen, die man hat, ausnutzen kann, um sie so umzusetzen, dass sie vor Ort den entsprechenden Nutzen entfalten.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben auch festgestellt, dass die Abarbeitungspraxis in den Bezirken sehr unterschiedlich ist. Ich kann durchaus sagen, dass nach unserer Einschätzung insbesondere im Bezirk Altona schon eine sehr gute Arbeit geleistet wird. Eimsbüttel macht das auch ganz gut. Es gibt aber auch andere Bezirke, die nicht ganz so weit sind, wenn es um die Abarbeitung dieser Fälle geht. Auch hier haben wir gefordert und werden das heute hoffentlich gemeinschaftlich beschließen, dass es eine

Globalrichtlinie geben soll für die Anliegerbeteiligung und Bürgerinformation, die ein einheitliches und gerechtes Handeln in allen Bezirken sicherstellt und gewährleistet.

Es kann nicht sein, dass im Bezirk Nord anders abgerechnet und gebaut wird als im Bezirk Wandsbek. Das versteht kein Bürger dieser Stadt. Deshalb brauchen wir einheitliche Kriterien, damit gleichermaßen abgerechnet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein großes Problem – auch das ist in der Anhörung deutlich geworden – ist die unterschiedliche Qualifikation der Mitarbeiter in den Bezirken. Häufig sitzt dort ein Mitarbeiter, der einfach nicht die Zeit hat, die ganzen Straßen zu bearbeiten, die in seinem Bezirk umzusetzen sind; auch hier wollen wir nachbessern. Zum einen sind wir der Auffassung, dass die mit der Planung von Straßen befassten Mitarbeiter in den Bezirken einheitlicher geschult werden müssen, dass sie im Endeffekt auch wissen, welche Möglichkeiten es gibt, sodass die Qualität bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleich ist. Wir bitten den Senat auch, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie ein finanzielles Anreizsystem umgesetzt werden könnte, das die Bezirke zu einer zügigeren Bearbeitung noch nicht abgerechneter Straßen bringt und auch der personellen Situation in den Bezirken gerecht wird. Denn häufig ist es so, dass die Stadt das Geld kassiert, dies aber nicht in den Bezirken ankommt, die das Personal für die Planung und Umsetzung stellen müssen. Deswegen brauchen wir ein Modell, bei dem die Bezirke davon partizipieren, wenn diese Straßen abgerechnet werden und bei dem auch Geld bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirken ankommt, sodass die Bezirke auch gewillt sind, mit Eigendynamik heranzugehen und dieses Abrechnungssystem schneller zu machen, damit das, was in den letzten Jahrzehnten versäumt wurde, schnell nachgeholt werden kann.

Ich persönlich sitze schon sehr viele Jahre in diesem Parlament, habe schon viele Debatten miterlebt und muss in dieser Frage wirklich sagen, dass ich mich sehr gefreut habe, wie wir über alle Fraktionen hinweg mit diesem Thema umgegangen sind. Wir haben eine Problemlage als Parlament erkannt, wir haben gemeinsam gesagt, wir machen eine Expertenanhörung und wir haben lange darüber im Ausschuss diskutiert, wie wir helfen können. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Vorlage den betroffenen Menschen in unserer Stadt eine wunderbare neue Planungsgrundlage geben und eine Transparenz herbeiführen, die auch hilft. Insofern hat das Parlament in sehr kurzer Zeit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt geholfen. Ich freue mich auf die heutige Diskussion und hoffe, dass wir alle dieser Vorlage zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ziel ist klar. Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass bei der endgültigen Herstellung und dem Ausbau von Straßen die Anliegerinnen und Anlieger mehr als bisher beteiligt werden sollen. Ihnen soll die Planung vorgestellt werden, sie sollen die Möglichkeit zur Stellungnahme bekommen, sie sollen auch über die voraussichtlichen Kosten und Beiträge, die sie zu bezahlen haben, frühzeitig informiert werden. Kurz: Es geht um einen besseren Informationsfluss und es geht darum, auf diese Weise bei den Anliegerinnen und Anliegern mit den Straßenbaumaßnahmen auf mehr Akzeptanz zu stoßen.

Derzeit wird es in den Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt und häufig nicht zufriedenstellend; das haben wir eben schon gehört. Hier soll es zukünftig ein praktikables Verfahren geben, das für die gesamte Stadt gilt. Für uns ist aber auch wichtig – wir haben es im Stadtentwicklungsausschuss schon gesagt –, wir wollen nicht, dass die neue Form der Anliegerbeteiligung hinter dem zurückbleibt, was einige Bezirke bereits für sich als sinnvoll erkannt haben und auch bereits praktizieren.

Dass wir heute überhaupt über eine derart weitreichende Anliegerbeteiligung reden, haben Sie, liebe CDU und GAL, uns zu verdanken, wenn man das einmal so sagen darf.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Da sind wir aber gespannt!)

– Das können wir gerne ganz breit auswälzen, Herr Hesse.

Der mickrige Antrag, den Sie im Sommer vorgelegt haben, der Grundlage für die folgende Ausschussberatung war, war wirklich nicht das Papier wert, auf dem er steht. Wir haben mit unserem im September vorgelegten geänderten Petition im Ausschuss die Diskussion über eine bessere Anliegerbeteiligung eröffnet und damit unseren Teil dazu beigetragen, dass wir heute so weit sind wie wir sind.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Buschhüter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hesse?

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): Ich bin ganz Ohr, was da kommt.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Sehr geehrter Herr Buschhüter! Stimmen Sie mir zu, dass das in Anlage 1 dieser Vorlage befindliche Petition von Ihnen fast nichts mehr mit dem zu

tun hat, was wir gemeinschaftlich im Stadtentwicklungsausschuss in Anlage 2 beschlossen haben und dies insofern ein Schnellschuss war, der nichts mit dem Ergebnis unserer Beratungen zu tun hat?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ole Thorben Buschhüter (fortfahrend): Nein.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Dann gucken Sie mal nach!)

Was für eine wunderbare Frage, ich kann ausdrücklich nein sagen. Schauen Sie doch einmal ins Protokoll. Im Ausschuss haben Sie selbst das Petition Ihres Antrags damit gerechtfertigt und uns zur Zustimmung bewogen, da sich die beiden Petitionen ja kaum unterscheiden würden. Wie können Sie denn jetzt sagen, dass das, was wir damals aufgeschrieben haben, mit dem, was wir heute haben, überhaupt nichts zu tun habe. Sie widersprechen sich selbst.

(Beifall bei der SPD)

Ihr damaliger Antrag, mit dem Sie versucht haben, eine Beruhigungsspielle in die Stadt zu geben, war nichts. Was soll das denn heißen, gemeinsam mit den Bezirken darzustellen, welche Straßen mit welchen Maßnahmen hergestellt werden müssen? Das ist doch lächerlich. Wir sind uns einig, dass das, was jetzt als Petition dazukommt, sehr viel konkreter ist und uns weiterbringt.

Der Straßenbau soll ökologischer, kosten- und flächensparend werden. Doch es geht auch darum, wie die endgültige Herstellung der noch ausstehenden 1300 Straßen schneller bewerkstelligt werden kann. Sie meinen, dass man das mit Anreizsystemen hinbekomme und mit der verstärkten Vergabe an externe Ingenieurbüros – so weit, so gut. Sie sagen nichts dazu, dass auch solche Straßenbaumaßnahmen erst einmal vorfinanziert werden müssen. Auch externe Ingenieurbüros können das, was sonst die Bezirksämter machen, nicht vollständig ersetzen, ganz abgesehen davon, dass die Bezirksämter in den meisten Fällen auch jetzt schon den Landesbetrieb oder externe Büros beauftragen. Sie tun so, als mangle es ausschließlich an der Motivation der Bezirksämter und der Mitarbeiter, schneller zu arbeiten und als müssten die nur einen Zahn zulegen. Ich halte das für Unfug. Die Bezirke haben schon jetzt ein Interesse daran, Straßen endgültig herzustellen, denn neue Straßen verursachen nur einen Bruchteil der Unterhaltungskosten von alten Straßen und auch bei diesen Mitteln werden sie bekanntlich an der kurzen Leine gehalten. Wenn es schneller gehen soll, dann kommt man um mehr Personal nicht herum, dann müssen mehr Mittel zur Vorfinanzierung bereitgestellt werden. Um diese Fragen drücken Sie sich aber.

(Ole Thorben Buschhüter)

Ich muss an dieser Stelle auch einmal an das erinnern – Sie sagten eben, wie lange Sie schon dabei seien, dann müssten Sie das noch in guter Erinnerung haben –, was die Bürgerschaft vor ziemlich genau vier Jahren einstimmig beschlossen hat und auch damals auf Initiative der SPD-Fraktion. Da wurde der Senat ersucht, für Anliegerinnen und Anlieger eine Anlaufstelle einzurichten, die Fragen zum Verfahren, zu den Baumaßnahmen und zu den Erschließungs- und Ausbaubeträgen beantworten sollte. Es sollte sichergestellt werden, dass die Anlieger in jedem Einzelfall im Vorwege über die geplanten Maßnahmen informiert und entsprechend zur jeweiligen Informationsveranstaltung eingeladen werden. Mir kommt das alles sehr bekannt vor.

Dass wir heute erneut über dieses Thema sprechen, gar eine gesetzliche Regelung für die Information und Beteiligung der Anlieger fordern, hat viel damit zu tun, dass der Senat und die Behörde die damaligen Forderungen der Bürgerschaft nicht umgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun wird der Senat erneut ersucht, aktiv zu werden. Eine Frist wird ihm dafür nicht gegeben. Ihre heutige Euphorie – wenn Herr Becker gleich redet, wie angekündigt, dann kann ich mir vorstellen, dass noch mehr Euphorie kommt als bei Herrn Hesse eben – kann sich allenfalls darauf beziehen, dass wir heute alle einer Meinung sind.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ist das so?)

– Offenbar.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das freut mich!)

Was macht Sie aber so sicher, dass der Senat diesmal die Forderung der Bürgerschaft umsetzen wird, etwa der Umstand, dass die Behördenleitung nicht mehr von der CDU gestellt wird?

Wir werden der Ausschussempfehlung zustimmen, doch ob mit der Anliegerbeteiligung wirklich ein großer Schritt nach vorne gemacht wird, so wie Sie es hier verkünden, werden wir erst wissen, wenn der Senat seinen Gesetzesentwurf vorlegt. Mit dem Thema sind wir noch lange nicht durch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt, wie eben schon angekündigt, Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Buschhüter, an Euphorie kann ich den Kollegen Hesse nicht übertreffen, da ist er schon ziemlich einmalig.

(Wolfgang Beuß CDU: So ist er halt!)

Das werde ich erst gar nicht versuchen, da bleibe ich lieber bei meinem eigenen Stil.

Um auf Ihre Ausführungen einzugehen: Ich habe gestern schon zwei Debatten mitgeführt, in denen Sie mit uns einer Meinung waren, vorher aber das Gegenteil gesagt haben. Sie sind in einer schwierigen Situation und das Einzige, was Sie offenbar zusammenhält, ist, gegen alles zu sein, was von uns ist.

(Beifall bei Wolfgang Beuß CDU)

Wenn das dann nicht der Fall ist, wenn Sie es doch ganz gut finden, dann machen Sie trotzdem erst einmal alles madig, um hinterher die Finger dafür hochzuheben. Das hat für mich keine große Glaubwürdigkeit und ich weiß nicht, wen Sie damit überzeugen wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie behaupten, die Änderung des Wegegesetzes sei Ihre Erfindung gewesen. Wenn Sie sich einmal die Fakten angucken, hat auf Initiative der Koalitionsfraktion eine Anhörung stattgefunden und dann haben wir ein Petitum vorgelegt. Was Sie dazu beigetragen haben, finde ich sehr positiv. Sie haben Experten zu der Anhörung eingeladen, die uns sehr positiv in dem Prozess weitergebracht haben; das muss man absolut würdigen. Andererseits haben Sie aber als Fraktion ein eigenes Petitum schon vor dieser Anhörung vorgelegt. Das heißt, Sie wissen schon vorher, was wir nach der Anhörung herausfinden. Dieses Petitum war nach der Anhörung das Papier nicht mehr wert, auf dem es vorher gestanden hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Den Prozess, was eigentlich passiert ist, hat der Kollege Hesse sehr ausführlich beschrieben. Im Frühjahr letzten Jahres bekamen wir zunehmend Beschwerden von Bürgern aus diesen 1300 noch endgültig zu erschließenden Anliegerstraßen, meist in Randlagen von Hamburg; das ging auch wirksam durch die Presse. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Wahlkreisen werden die Beschwerden der Bürger bekommen haben und sie lauteten, wir werden nicht informiert, wir haben keine Kostentransparenz und wir dürfen nicht mitwirken. Nun haben wir gesagt, es passt nicht mehr in die Zeit wie das früher gehandhabt wurde, dass die Verwaltung irgendeine Planung ausheckt, die dann übergestülpt und umgesetzt wird. Wenn die Bürgerinnen und Bürger einen großen Teil der Musik bezahlen sollen, dann muss ihnen das Lied, das gespielt wird, auch irgendwie gefallen. Wir haben gesagt, dieses Gesetz müssen wir erst einmal sehr stark verändern, um es zeitgemäß zu machen und gerechter für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Letztlich hat die sehr interessante Anhörung gezeigt, dass wir an das Gesetz gar nicht mehr so sehr heran mussten. Wir haben nur über eine Generalklausel die Zielsetzung bei diesen

(Horst Becker)

Maßnahmen geändert, indem wir als Ziele festgesetzt haben, dass es flächensparend, wirtschaftlich und ökologisch sein soll.

Wir haben weiterhin in das Gesetz eine Informationspflicht der Verwaltung eingebaut. Alle anderen Punkte, wo es viele Probleme gab, fanden unterhalb der gesetzlichen Ebene statt. Das Erstaunliche und auch ein bisschen Faszinierende als Ergebnis dieser Anhörung war, dass wir gemerkt haben, vieles lag auch daran, dass die Mitarbeiter nicht genügend geschult waren, dass Ingenieure, die sonst nur Brücken gebaut haben, jetzt plötzlich die sogenannte PLAST umsetzen sollten, Planungsgrundlagen für Stadtstraßen – auch solche faszinierenden Dinge lernt man in einem solchen Prozess kennen – und dann teilweise die Bürgerfreundlichkeit oder Servicementalität gefehlt hat.

Unterhalb der Ebene des Gesetzes ist das meiste insoweit geregelt, als eine Globalrichtlinie kommen wird, die ein Verfahren vorschreiben wird, das einheitlich für alle Bezirke ist. Das heißt, es wird sichergestellt sein, dass die Bürger in den Bezirken alle gleich behandelt werden, denn alles andere wäre sehr schwer zu vermitteln.

Vor allem haben wir sichergestellt, dass es bessere Schulungen für die Mitarbeiter geben wird und sie auch die Vorgaben dieses Gesetzes in Zukunft besser werden umsetzen können. Und wir bemühen uns auch – daran wird die Fachbehörde arbeiten –, Anreize zu schaffen, damit im Sinne der Vorgaben des Rechnungshofs die Umsetzung der Maßnahmen zügiger stattfinden kann als in der Vergangenheit. Wir haben seit dem Sommer einen zügigen Prozess eingeleitet und stehen vor einer Änderung dieses Gesetzes und hoffentlich heute mit einem Beschluss. Zudem sind im Wesentlichen, mit geringfügigen Abweichungen, auch alle Fraktionen unabhängig voneinander zu diesem Ergebnis gekommen. Ich finde es eine gute Regelung, die die Transparenz und die Bürgerfreundlichkeit deutlich erhöht. Insoweit freue ich mich über diesen Beschluss, wenn er denn heute fällt, und ich werbe dafür noch einmal um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: * Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Vielleicht gehört der Streit ums Erstgeburtsrecht dazu, ich persönlich finde ihn ziemlich langweilig.

In der Sache war sich der Ausschuss am Ende im Wesentlichen einig. Deswegen werde ich jetzt auch nicht wiederholen, was alle schon gesagt haben. Ich will nur ganz kurz sagen, warum wir der Vorlage zustimmen werden.

Die Verfahren bei der Umsetzung des bisherigen Wegegesetzes waren von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich. Das Verwaltungshandeln blieb für die Betroffenen weitgehend intransparent, Beteiligungsrechte hatten sie nicht. Die Überarbeitung des Wegegesetzes im Sinne der hier zur Beschlussfassung stehenden Empfehlungen stärkt die Beteiligung der Anlieger deutlich. Wir begrüßen insbesondere Ihre frühzeitige Information über die Maßnahme und einen Zeit- und Kostenkorridor sowie Ihr Recht auf Stellungnahme und Prüfung Ihrer Stellungnahme und ebenso die Tatsache, dass die Bezirksversammlung abschließend über eine Maßnahme entscheidet. Kritisch sehen wir, dass in Paragraph 44a geregelt werden soll, dass eine Verletzung der Informations- und Anhörungspflichten die Wirksamkeit des Festsetzungsbescheides nicht berührt. Wir hoffen, dass die Beteiligung der Anlieger auf diesem Wege nicht kalt ausgehebelt werden soll. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 24 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 19/1709, Bericht des Haushaltsausschusses: Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der HSH Nordbank.

[Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema:

Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der HSH Nordbank (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 19/1709 –]

Wird das Wort gewünscht? Herr Tschentscher, bitte.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Den Finanzsenator vermisste ich jetzt zwar, aber lassen Sie uns mit diesem strittigen Thema beginnen. Während wir in den Ausschüssen über den kommenden Haushalt beraten, verbrennen bei der HSH Nordbank Steuergelder in einem Umfang, für den es vermutlich in der Geschichte Hamburgs kein zweites Beispiel gibt.

Der Haushaltsausschuss berichtet in dieser Drucksache formal über die aktuelle Situation der HSH Nordbank. Im Grunde berichtet er aber über die systematische Folge eines Marktradikalismus, der

(Dr. Peter Tschentscher)

in den letzten Jahren den Zeitgeist und die Programmatik mancher Parteien allzu sehr bestimmt hat.

(Beifall bei der SPD)

In der weltweiten Finanzmarktkrise an allen Fronten dabei war die HSH Nordbank, die eigentlich als Landesbank die regionale Wirtschaft durch günstige Kredite unterstützen soll. Die Drucksache berichtet über einen Zwischenstand zum 30. September 2008 und zum Ende des dritten Quartals sind es 300 Millionen Euro Verlust; aber die Talfahrt geht weiter.

Herr Bürgermeister, stimmt es eigentlich, was man aus dem Umfeld der Bank erfährt, dass wir beim Jahresabschluss 2008 bei der HSH Nordbank mit einem Verlust von 2 Milliarden Euro zu rechnen haben? Stimmt das eigentlich, 2000 Millionen Euro Verlust, von denen die Menschen in Hamburg bei einem Anteil von 30 Prozent letztlich 600 Millionen Euro zu tragen haben? Wie ist es dazu gekommen?

Die Probleme der Bank, das haben wir im Haushaltsausschuss mehrfach gehört, liegen im sogenannten Kreditinvestmentportfolio mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro. Die Bank hat in den letzten Jahren dieses Geschäftsfeld aufgebaut, um sich am weltweiten Roulette hoher Renditen ohne realen Gegenwert zu beteiligen: Cayman Islands, ein weltweites Netz von Auslandsbeteiligungen, Steueroasen, das volle Programm, synthetisches CDO-Portfolio, Asset Backed Securities, High-Yield-CDOs und -CLOs, auf Deutsch: hohes Risiko. Das ist nicht das Geschäftsfeld einer soliden Landesbank. Das Geschäftsfeld ist zusammengebrochen und in den Milliardenverlusten gehen die Erträge der soliden Geschäftsbereiche unter. Sie sind ins Kasino gegangen und nach einer Glückssträhne sind Sie hart aufs Pflaster geschlagen. Die Hamburgerinnen und Hamburger werden jetzt die Zeche in Form von Wertkorrekturen, von ausbleibenden Dividenden und Zinsen bezahlen.

Und was ist die Antwort des verantwortlichen Finanzsenators und Mitglied des Aufsichtsrats? Erst heißt es, er habe davon nichts gewusst, dann sagt er, das haben alle gemacht und zum Schluss fällt ihm ein, dass die früheren SPD-Mitglieder im Aufsichtsrat schuld seien, das seien alles faule Kredite aus der Vergangenheit. Das passt vielleicht in das Weltbild eines CDU-Finanzsenators Freytag, mit der Wirklichkeit hat es nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, beide **DIE LINKE**)

Der Herr Senator hat bis heute nicht einen einzigen konkreten Punkt genannt. Herr Bürgermeister, vielleicht hat er Ihnen verraten, was er damit meint.

Welcher SPD-Finanzsenator vor Herrn Freytag hat angeblich welche Fehler gemacht und über welche faulen Kredite der Vergangenheit reden Sie? Wann hat man massiv in sogenannte strukturierte Wertpapiere investiert? Nennen Sie uns die Punkte, damit wir uns als Opposition darum kümmern können.

Ich will Ihnen sagen, wie das Geschäftsmodell der früheren Hamburgischen Landesbank war, für das SPD-Senatoren und SPD-Bürgermeister verantwortlich waren. Das Geschäftsmodell war klar beschrieben: Schiffsfinanzierung für die Hafenstadt Hamburg und Flugzeugfinanzierung für den Luftfahrtstandort Hamburg. Das ist etwas vereinfacht, aber das war im Prinzip das Kerngeschäftsfeld der Hamburgischen Landesbank mit dem Auftrag, die Hamburger Wirtschaft zu unterstützen und die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Hamburg aktiv zu begleiten.

Auch die damaligen Auslandsaktivitäten, die es gegeben hat und die in den Neunzigerjahren entwickelt wurden, dienten der Absicherung dieses Kerngeschäfts und Sie, Herr Freytag, und Ihr Vorgänger, Herr Peiner, sind damit ins internationale Finanzkasino gegangen.

(*Viviane Spethmann CDU*: Doch nicht persönlich!)

Wie ist das eigentlich passiert? Ich sage Ihnen jetzt einmal, wie ich mir das vorstelle. Ich biete Ihnen eine Erklärung an, die mir Finanzexperten gegeben haben, und Sie sagen uns hinterher, was Sie davon halten.

(*Michael Neumann SPD*: Als Mittelstandsexperten!)

Ihr CDU-Senat hat 2001 mit der damaligen Landesbank einen Irrweg eingeschlagen. Sie wollten die Hamburgische Landesbank nach einer Fusion zur HSH Nordbank mit großem Gewinn an der Börse verkaufen, um mit dem Geld Ihre defizitäre Haushaltspolitik zu finanzieren. Um das zu erreichen, hat sich die Bank vor Auflösung der Gewährträgerhaftung zu Triple-A-Bedingungen mit Kapital versorgt, um mit einem riskanten Geschäftsfeld in einem weltweiten Netz von Tochterunternehmen und Auslandsbeteiligungen hohe Renditen zu erzielen und dadurch einen satten Gewinn im Börsengang zu ermöglichen.

Hohe Renditen gibt es aber nicht ohne hohes Risiko. Man kann sich als Finanzsenator im Aufsichtsrat nicht einfach über jährliche Ausschüttungen freuen. Sie hatten die Pflicht, auch nach den Risiken zu fragen. Sie haben eine Zwei-Stufen-Rakete gezündet: Aufnahme von Kapital für riskante Geschäfte und Aufnahme eines privaten Investors für den großen Reibach an der Börse und diese Rakete ist jetzt in Ihrer eigenen Finanzbehörde eingeschlagen.

(Dr. Peter Tschentscher)

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, am Anfang haben Sie uns Selbstgerechtigkeit und Schlechtreden der Bank vorgeworfen und am Ende war der Vorstandsvorsitzende entlassen. Es ging um das Erschießen von Feuerwehrleuten, um cocktailschlürfende Jungmanager in der Karibik und was weiß ich nicht alles. Ich will Ihnen lieber einmal die Zahlen nennen, der Kollege Böwer hat es für uns alle schon ein bisschen aufbereitet. Von den gegenwärtig 164 Beteiligungen und Tochterunternehmen im Ausland wurden 150 im Jahr 2001 und später gegründet, die meisten davon im Bereich Asset- und Investmentmanagement. Gerade einmal 14 Auslandsbeteiligungen, das sind weniger als 10 Prozent, wurden vor Ihrer Zeit angegangen. Über 90 Prozent der derzeitigen Auslandsaktivitäten sind zu Ihrer CDU-Senatszeit begonnen worden. Deshalb: Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf andere.

(Beifall bei der SPD)

Sie und Ihr Vorgänger, Herr Peiner, haben das gescheiterte Geschäftsmodell aktiv unterstützt. Sie haben Renditeerwartungen aufrechterhalten, die nach Auflösung der Gewährträgerhaftung nur mit riskanten Geschäften zu erzielen waren. Sie haben aktiv dazu beigetragen, dass ein weiteres wichtiges öffentliches Unternehmen in eine gefährliche Schieflage geraten ist mit all den Folgen für Tausende Beschäftigte und die Haushaltslage Hamburgs. Herr von Beust, das ist die wirkliche Bilanz Ihres Finanzsenators.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, ich darf zum Schluss noch etwas zur Situation der Beschäftigten sagen und das ist die Zukunft dieses Themas, jedenfalls für Sie, das ist ein Auftrag an den Senat. Es geht um 4000 Menschen, 4000 Familien, die derzeit Angst haben, wie ihre Zukunft aussieht. Herr Senator und Herr Bürgermeister, nach all dem, was Sie zusammen mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat bei der HSH Nordbank angerichtet haben, gehen Sie wenigstens jetzt anständig mit den 4000 Beschäftigten und ihren Familien um.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre ein Skandal, wenn der Staat von einem Schutzschirm für Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft spricht und die Landesbank, die öffentliche Bank, ihre Mitarbeiter einfach vor die Tür setzt. Stehen Sie wenigstens zu dieser Verantwortung, dann hätten Sie zum ersten Mal bei diesem Thema unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich rolle das einmal von hinten auf, weil mir Ihr Manuskript nicht zur Verfügung steht, und sollte ich nicht alles widerlegen, Herr Tschentscher, es kommt noch ein zweiter Redner der CDU.

Sie haben sich zuletzt um die Mitarbeiter Sorge gemacht und gefordert, dass der Finanzsenator sich um diese kümmern soll. Ich bin der Meinung, er tut es. Das merke ich zum Beispiel daran, dass er die Bank nicht schlecht redet.

(Beifall bei der CDU – *Elke Thomas CDU:* Genau, das ist der Punkt!)

Es gibt sicherlich nicht allzu viel Grund, sich um ihn Sorgen zu machen, weil der Mann stabil ist, aber die Abwägung, rette ich mein Image oder rette ich die Bank hat er in all diesen Wochen und Monaten immer zugunsten der Bank entschieden

(Beifall bei der CDU)

und damit zugunsten der Stadt und all ihrer Bewohner; das einmal vorangeschickt. Das ist auch seine Pflicht, da muss man nicht groß danke sagen, sondern sagen, der Mann macht auch in schweren Zeiten seinen Job.

Ich greife den nächsten Punkt auf. Sie sagen, wir hätten international in der Welt Niederlassungen gegründet und uns in Spielkasinos begeben. Wir sind 2003 nach Amsterdam gegangen, 2007 nach Athen und 2004, das darf nicht fehlen, auf die Cayman Islands. Vorher sind Sie 1999 nach Hanoi gegangen, Sie sind auch nach Helsinki gegangen, das ist völlig in Ordnung aus normaler Sicht, Sie sind auch nach Hongkong und Kopenhagen gegangen; London hatte damals bestimmt einen exzellenten Ruf. Sie sind nach Luxemburg gegangen, das war schon damals ein Ort für Steuersparmodelle und Ähnliches. Das heißt, unsere Dinge stehen ausnahmsweise einmal in einer nahtlosen Tradition mit den Sozialdemokraten.

(*Andy Grote SPD:* Das hätten Sie wohl gerne!)

Wir hätten auch gerne schon 2001, zu einem Zeitpunkt, als noch niemand das voraussehen konnte, die Weitsicht gehabt zu sagen, das müssen wir abbauen; das hatten wir nicht.

(*Uwe Grund SPD:* Verzehnfacht!)

Wir hatten ein Geschäftsmodell, zu dem Heide Simonis, die jetzt vielleicht etwas lockerer ist, um über solche Dinge nachzudenken, am Montag im NDR gesagt hat: Wir waren alle sehr zufrieden mit den Renditen, die wir erwirtschaftet haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz GAL*)

Ich fasse da an meine eigene Brust; tun Sie das bitte auch.

(Rüdiger Kruse)

Ist das Ganze eigentlich für einen Skandal, den Sie gerne hätten, geeignet? Dies wäre so, wenn es ein Einzelfall wäre, wenn es diese eine Bank wäre, die nicht in der Lage ist, in dieser Finanzwelt zu existieren und die Fehler über Fehler gemacht hätte. Es ist aber nicht so, dass die HSH Nordbank die erste oder einzige war, sie hat die Kette nicht in Gang gesetzt. Es ist richtig, dass ab dem Zeitpunkt, wo Lehman Brothers vom Markt war, diese Bank das auch nicht mehr aufhalten konnte, genauso wenig wie viele andere. Es ist eine weltweite Krise, es ist eine schwere Krise und es ist für uns alle ein ziemlicher Schock. Ich kann nur hoffen, dass es ein heilsamer Schock wird.

Aber wir haben Dinge gelernt, die wir vorher nicht wissen konnten. Hätten wir es gewusst – ich habe das neulich schon gesagt –, wären wir entweder alle Weltretter oder unverschämt reich. Es ist natürlich auch ein bisschen lustig, dass wir uns in Deutschland Sorgen darum gemacht haben, ob Lottospielen süchtig macht, und wir gesagt haben, wir können es nicht völlig ausschließen, und ein riesiges Bohei gemacht haben, um das in den Griff zu bekommen. Und wir haben weltweit nicht in den Griff bekommen, dass das Wetten auf Kurse doch eine gewisse Verwandtschaft zum Wetten auf Pferde hat.

Das ist ein Fehler gewesen, aber ein Fehler, den viele gemacht haben und wobei man auch sagen muss: In Europa haben wir im Banksektor mit Brüssel I und Brüssel II unsere Hausaufgaben gemacht. Das Problem ist, dass in anderen Ländern das in diesem Maßstab nicht gemacht worden ist. Damit will ich nicht globale Schuldzuweisungen an die USA oder Ähnliches betreiben, ich möchte nur einmal sagen: Unser System ist deutlich besser und das merken wir auch in der Krise. Denn unser System mit den Sparkassen, den Genossenschaftsbanken, den privaten Banken und den Landesbanken ist wesentlich stabiler als das in anderen Ländern. Und das sind nicht nur kleine Länder wie Island, die in große Schwierigkeiten gekommen sind. Wir stehen in dieser Krise – das muss man einmal festhalten – wesentlich besser da als die anderen. Trotzdem trifft uns das tief.

Sie können sicher sein, dass wir uns darum Gedanken machen. Wir machen uns auch Gedanken zu den Folgen. Wir sind jetzt dabei, im Zuge eines Konjunkturprogramms, zu sagen, wir werden vermutlich das komplementär zu Finanzierende nicht mehr ohne Verschuldung hinbekommen. Glauben Sie, das macht uns Spaß? Wir könnten natürlich sagen: Es sind nur 70 Millionen Euro, das ist auch nicht viel. Aber das wollten wir partout nicht. Insofern ist das eine Entwicklung, die uns allen extrem nahe geht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie versuchen einzelne Personen der CDU für schuldig zu erklären. Ich sage Ihnen hier einmal

ganz klar: Für mich ist Frau Nümann-Seidewinkel, mit den Bankgeschäften in ähnlicher Funktion wie Dr. Freytag vertraut, nicht schuldig. Heide Simonis halte ich – darauf würde ich immer plädieren – für nicht schuldig, Karin Roth nicht und auch nicht Ihren Bürgermeister Thomas Mirow. Bitte bleiben Sie auf der Sachebene und unterstützen Sie uns dabei.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie wissen, wir haben alles getan, wir haben KPMG beauftragt und wir werden diese Unterlagen bekommen. Man muss festhalten: Zu jedem Zeitpunkt haben dieser Senator und dieser Senat uns informiert und damit meine ich nicht bloß meine Fraktion, sondern auch Ihre Fraktionen. Das haben wir schon oft genug erläutert, sei es im Haushaltsausschuss oder in persönlichen Gesprächen mit den haushaltspolitischen Sprechern. – Herr Neumann, wenn Sie den Kopf schütteln, dann scheint die Distanz räumlich zwischen Ihnen zu groß zu sein für Kommunikation. Dafür kann ich nichts.

(Elke Thomas CDU: Herr Neumann muss immer meckern!)

Wir sind – und damit meine ich Sie alle – immer informiert worden. Und Sie wissen, dass natürlich man im August nur über das berichten kann, was im August berichtet werden kann. Danach ist etwas passiert und danach gab es eine andere Sachlage.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

– Doch, wir haben uns beeilt. Man hätte nämlich die Quartalszahlen abwarten können. Das hätte noch zwei Monate gedauert, Herr Grund. Und das hätte man auch begründen können.

Der Senator hat das nicht getan und hat umgehend am nächsten Tag – oder vielleicht am übernächsten Tag, das war es dann aber auch schon – uns informiert, und zwar alle Fraktionen. So werden wir das auch weiter halten und wir werden uns bemühen und alles tun mit Ihrer Hilfe – oder leider dann ohne, aber auch dann werden wir es schaffen –, diese Stadt von Schaden freizuhalten und gut durch diese Krise zu steuern. Das ist unsere Aufgabe und es wäre auch Ihre, uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir befinden uns inmitten einer weltweiten Finanzkrise, die zu absurd hohen Verlusten und Belastungen für viele geführt hat und die im Moment dabei ist, die Konjunktur und die Wirtschaft in einen Abgrund zu reißen. Alle Beteiligten sind jetzt gefragt dieser Krise zu begegnen. Da

(Jens Kerstan)

diese Krise von den Banken ausgegangen ist, ist natürlich auch die Frage, wie es mit der HSH Nordbank aber auch mit dem Landesbankensystem insgesamt und auch mit den anderen Banken weitergeht. Denn eins ist klar: Wenn wir die Bankenkrise nicht in den Griff bekommen, dann wird es für die wirtschaftliche Entwicklung und für Tausende und Millionen Arbeitsplätze nicht nur in Deutschland ganz schlecht stehen.

Wenn man sich die Daten und Nachrichten in den Finanz- und Wirtschaftsblättern anschaut, muss man feststellen, dass wir jetzt nach anderthalb Jahren Finanzkrise keineswegs am Ende angekommen sind, sondern dass eine weitere Runde an weltweiten Abschreibungen bei Banken droht, die weitere Banken drohen in den Abgrund und an den Rand der Insolvenz zu reißen, und dass mittlerweile Währungen anfangen abzustürzen und auch Volkswirtschaften unter Druck geraten, bei denen man sich das vor wenigen Monaten noch nicht hat vorstellen können. Heute gibt es Berichte über ein abstürzendes Pfund und zumindest Spekulationen, die man nicht mehr ausschließen kann, dass eventuell Großbritannien den gleichen Weg gehen könnte wie Island.

Das zeigt sehr deutlich, welch dramatische Situation wir bewältigen müssen, nicht nur bei der HSH Nordbank. Sie als Opposition haben heute in Ihrem Beitrag sich entschieden, wie Sie dieses Thema zu diskutieren gedenken.

(Elke Thomas CDU: Schlimm!)

Sie haben Ihren Beitrag unter die Maßgabe gestellt, wer schuld ist. Das können Sie natürlich so tun in dieser Situation. Das zeigt auch sehr stark, welches Selbstverständnis als gewählte Volksvertreter Sie pflegen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir Grüne in diesem Parlament sehen unsere Rolle in dieser wirklich schlimmen Situation als eine andere.

(Michael Neumann SPD: Hätte ich auch gerne! – Uwe Grund SPD: Neuerdings!)

Wir werden uns als erste Priorität darauf konzentrieren, Lösungsansätze zu entwickeln, die dazu führen sollen, Hamburg und die Steuerzahler vor weiteren Risiken zu schützen und dafür zu sorgen,

(Michael Neumann SPD: Dann müssen Sie den Mann auswechseln!)

dass die finanziellen Lasten, die unzweifelhaft im Moment groß sind, nicht noch größer werden. Wenn man verantwortungsvoll handelt, muss das auch die erste Priorität sein und ich bin froh, dass wir mit diesem Senat dabei einer Meinung sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn Sie, Herr Tschentscher, die Frage stellen, wie es denn war, dann muss man doch einfach feststellen, dass wir im Moment in einer Situation

sind, wo die Wahrheit und die Tatsachen sich nicht nur täglich, sondern teilweise sogar stündlich weiterentwickeln. Das macht das Reagieren darauf und Lösungsansätze für diese Bank aber auch für die Wirtschaft zu finden nicht einfacher. Darum möchte ich Ihnen für meine Fraktion nicht die Lösung präsentieren. Ich möchte Ihnen auch nicht sagen, welchen Weg wir jetzt gehen müssen, damit alles gut wird. Ich glaube, das könnte im Moment keiner sagen. Aber ich möchte Ihnen ein paar Prinzipien und ein paar Grundsätze darstellen, die aus unserer Sicht notwendig sind, wenn es darum geht, die aktuelle Situation zu bewerten und auch mögliche Schritte zur Bewältigung dieser Situation und Lösungsschritte zu erarbeiten, wie denn die HSH Nordbank in Zukunft aufgestellt werden muss, damit die Risiken und die Lasten, die im Moment angefallen sind, in Zukunft nicht noch größer werden.

Der erste Punkt ist ein ganz wichtiger. Denn die HSH Nordbank ist mit ihrem Geschäftsmodell nicht eine Landesbank wie viele andere. Sie hat sich weiterentwickelt, sie hat einen öffentlichen Anteil, einen Mehrheitseigner, sie hat aber ein klar umrissenes Geschäftsfeld mit Schiffsfinanzierungen, Transport und erneuerbaren Energien, was sie sehr stark zu einer Spezialbank gemacht hat. Und auch der Weg, der einvernehmlich in diesem Haus beschritten wurde, sie an die Börse zu bringen, deutete an, dass das ein anderes Modell sein sollte, als viele andere Landesbanken es immer noch haben, die noch nicht so genau wissen, wohin sie wollen.

Nichtsdestotrotz ist für uns Grüne eines vollkommen klar. Für eine Bank, die im Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand ist, gelten strengere Regeln und strengere Kriterien in ihrem Geschäftsgebaren, als es die Ackermänner dieser Welt für die Banken, die sie zu verantworten haben, für nötig halten. Ich glaube, das ist erst einmal eine wichtige Botschaft auch für die Bevölkerung in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD – Michael Neumann SPD: Und was hat das für eine Konsequenz?)

Wir werden bei der Neuausrichtung der Bank darauf achten, dass das auch in Zukunft handlungsleitend ist.

Zweitens: Es kann nicht sein, dass, wenn es um die Sanierung dieser Bank geht, es allein die öffentliche Hand, die beiden Bundesländer, sind, die die Risiken und Lasten zu schultern haben. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand die Risiken auf sich nimmt, die Bank saniert und private oder andere Anleger, die sich nicht an diesen Anstrengungen beteiligen, dann finanziell profitieren. Ich glaube, das ist die zweite wichtige Botschaft, die man einmal festhalten muss, wenn es um die Bewertung von zukünftigen Lösungsansätzen geht.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Drittens ist es auch wichtig zu sagen: Es ist nicht nur das Problem der HSH Nordbank, wo einzelne Vorstände oder Aufsichtsratsmitglieder vielleicht Fehler gemacht haben – wobei ich gar nicht sagen will, das so etwas nicht vorgekommen ist –, sondern wir haben es mit einer weltweiten Finanzmarktkrise, wo auch das Selbstverständnis des Bankensektors in der Kritik und in der Krise steht, und mit einer Situation zu tun, in der die Rettungsmaßnahmen für die HSH Nordbank nicht allein Sache der beteiligten Länder sein können. Was für bundesweit tätige Geschäftsbanken gilt, nämlich dass auch der Bund dort einen maßgeblichen Beitrag zur Rettung leisten muss, das muss natürlich auch für eine weltweit agierende Bank wie die HSH Nordbank gelten, die wichtige volkswirtschaftliche Funktionen nicht nur im norddeutschen Raum ausübt. Insofern kann es nicht sein, dass nur der Garantieschirm vom Bund bereitgestellt wird, sondern auch wenn es darum geht, das notwendige Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, um diese Bank weiterhin aufrechtzuerhalten, muss der Bund in diesem Bereich in die Pflicht genommen werden. Ich glaube, das wäre auch eine wichtige Forderung, bei der wir uns in diesem Haus einig sein sollten.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Michael Neumann [SPD] – *Michael Neumann SPD*: Freytag sieht nicht gerade glücklich aus dabei!)

Beim vierten Punkt, wenn es darum geht, wie es mit der Bank weitergehen soll, müssen wir bis Ende Februar gegenüber der SoFFin, die 30 Milliarden Euro Garantiesumme zur Verfügung gestellt hat, ein neues Geschäftsmodell vorstellen, das sicherstellt, dass diese Bank in Zukunft ein solides Fundament hat und die Risiken, die in der Vergangenheit entstanden sind, nicht wieder entstehen. Dabei ist für uns Grüne eins besonders wichtig. Diese Prüfung der Geschäftsmodelle darf keine Tabus kennen. Dort kann es nicht nur darum gehen, welche Geschäftsfelder man aufrechterhält und welche Dinge man in Zukunft vielleicht nicht mehr besetzen will. Sondern es muss auch darum gehen, ob die HSH Nordbank als eigenständige Bank überhaupt noch eine Zukunft haben kann.

(Beifall bei Dr. Joachim Bischoff [DIE LINKE] – *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*: Bravo!)

Es muss auch darum gehen, ob in dem Bereich Fusionen mit anderen Landesbanken notwendig wären, obwohl wir natürlich wissen, dass in dieser Krise die Fusion von Banken schwierig ist. Selbst bei gesunden Banken wäre es in dieser Situation eine schwierige Operation, eine Fusion durchzuführen. Aber nichtsdestotrotz muss man diese Möglichkeit prüfen. Und letztlich, wenn man eine sehr beschränkte und kleiner werdende Bank mit

bestimmten Geschäftsfeldern sich anschaut, muss sich Hamburg auch die Frage stellen, ob das noch eine Bank ist, die einen öffentlichen Auftrag vertritt, und ob es überhaupt noch langfristig notwendig ist, dass die Hansestadt Hamburg an diesem Institut beteiligt ist. Das sind für uns alles Fragen, die geklärt werden müssen und wo Antworten gefunden werden müssen. Ich kann ehrlich sagen: Wir haben die Antworten noch nicht, weil man dafür Daten braucht. Das KPMG-Gutachten wird uns in diesem Bereich hoffentlich weiterhelfen.

Aber selbst wenn man zu dem Ergebnis kommen würde, dass vielleicht langfristig ein Schiffsfinanzierer und Transportfinanzierer gar keine öffentlichen Anteilseigner mehr braucht, ist eines klar. Diese ordnungspolitische Grundsatzentscheidung wird uns in der jetzigen Situation nicht weiterhelfen. Denn die Sanierung dieser Bank wird uns niemand abnehmen. Niemand würde die Bank im Moment geschenkt nehmen. Es ist Aufgabe der Politik, jetzt Lösungsansätze zu finden, die den Weg aus der Krise weisen, und langfristig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Aber kurzfristig können wir alle finanziellen Risiken nicht ausschließen. Wir können sie nur durch vernünftige Entscheidungen für die Zukunft begrenzen. Ich würde mir erhoffen, dass wir unsere Aktivitäten und unsere Energien auf diese Frage beschränken, denn die Krise ist noch nicht vorbei. Es kann noch schlimmer werden. Wir müssen jetzt vernünftige Entscheidungen treffen. Das hat jetzt erste Priorität.

Ich will aber nicht leugnen, dass dann zu einem späteren Zeitpunkt Verantwortlichkeiten geklärt werden müssen. Aber wir müssen im Moment dafür sorgen, dass die Bankenkrise und die Krise der HSH Nordbank den öffentlichen Haushalt und auch die Steuerzahler nicht noch weiter in den Abgrund treibt. Wir werden uns dieser Aufgabe stellen. Ich würde mich freuen, wenn wir alle gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei Bemerkungen zu dem sicherlich sehr komplizierten Thema, auch wenn wir mit dem Bericht des Haushaltsausschusses nur einen kleinen Teil davon erfassen können: Wenn ich mich richtig erinnere, hat das "Hamburger Abendblatt" eine Geschichte über das Drama HSH Nordbank vor Kurzem vorgestellt und hat – das fand ich richtig – darauf hingewiesen, dass wir eine Situation hatten, wo der Finanzsenator dünnhäutig wurde, indem er klar gesagt hat, er sei

(Dr. Joachim Bischoff)

nicht der Verursacher der internationalen Finanzkrise.

(Elke Thomas CDU: Nee, ist er ja auch nicht!)

Er sei auch ein bisschen sauer darüber, dass sogenannte Feuerwehrleute jetzt erschossen werden sollten.

Weil Sie das alles aufgegriffen haben, möchte ich noch einmal wiederholend sagen, denn das habe ich damals in der Diskussion schon gesagt: Es wäre wirklich völlig vermessen bei all den Fähigkeiten, die dieser Senat und Herr Freytag haben, zu sagen, er wäre für die internationale Finanzkrise verantwortlich. Herr Kruse, weil Sie das noch einmal gesagt haben, ich plädiere für Herrn Freytag auf nicht schuldig in diesem Punkt.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kerstan, Sie haben gesagt, das sei ziemlich dramatisch. Gestern in der Diskussion, fand ich, haben Sie es ziemlich kleingeredet, was dieser Tsunami angerichtet hat. Aber das wollen wir gar nicht weiter erörtern. Jedenfalls nach der Aufstellung der Bank von England sind in den USA bis Mitte Januar 5 Billionen US-Dollar für die Rettung des Finanzsystems investiert worden – 5,1 Billionen US-Dollar, das sind in etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Für Großbritannien haben Sie eben schon die neuesten Zahlen angegeben. Jeder von uns sieht auch mit einigem Stirnrunzeln die Auseinandersetzungen in Island – sicherlich ein Land und eine Bevölkerung, die einen ganz tiefen Absturz hinter sich haben – aber auch in Spanien und anderswo. Die Latte ist beeindruckend und es ist überhaupt gar keine Frage, dass wir eine ganz andere Ausgangsbedingung haben, nicht nur uns selber zu helfen, sondern eben auch in diesem Fall den anderen Ländern zu helfen. Wenn wir irgendwann bei den weiteren Beratungen auf den Punkt kommen, dass die Situation fürchterlich ernst ist, dann wäre meines Erachtens in der Diskussion in diesem Hause und in den Fraktionen schon einiges gewonnen.

Insofern, Herr Tschentscher, ist die Aufzählung richtig: Da ist verzockt worden, da sind Leute ins Kasino gegangen, da sind ein paar Leute außer Rand und Band, 25 Prozent Eigenkapitalrendite erreichen zu wollen, aber das greift aus meiner Sicht zu kurz. Ich plädiere immer noch bezüglich des ersten Punkts: Herr Freytag ist an diesem Räderwerk, an diesem gigantischen Abkopplungsprozess des Geldvermögens von der Realökonomie, den wir seit Jahrzehnten haben und der bestens analysiert ist, und zwar nicht nur von linker Ecke, sondern auch beispielsweise von der Europäischen Zentralbank et cetera, nicht schuldig. Aber wir wussten es alle. Dass wir vielleicht schlechte Argumente hatten uns verständlich zu machen und

dass manche Leute das nicht hören wollten, ist etwas anderes. Aber dieser Abkopplungsprozess ist ziemlich klar erkennbar gewesen.

Der Hintergrund für dieses Kreditersatzgeschäft, in dem die HSH Nordbank nun einmal stand, lässt sich auch lapidar erklären. Das können Sie auch überall nachlesen. Man kann sagen, die hätten überhaupt kein Kreditersatzgeschäft machen sollen. Aber wenn sie es nun schon einmal machen, dann hätten sie für Staatspapiere amerikanischer Prägung vielleicht 3 bis 4 Prozent bekommen, während Sie bei diesen Investitionen, um die es geht – in Hypotheken besicherte, zu Paketen gebündelte Papiere – 6 bis 9 Prozent bekommen haben. Wir haben noch in der letzten Runde diskutiert, es seien vorwiegend Landesbanken. Das ist nicht richtig, wie wir jetzt auch von Herrn Ackermann und Co. wissen. Es sind alle Banken in dieses Investment hineingegangen, weil es eben überdurchschnittliche Zinsen gab.

Ich sage das nur deshalb, um deutlich zu machen, dass das, was dort in den letzten Jahrzehnten passiert ist, sich auch nicht mit einem Federstrich ausräumen lässt. Ich habe viel Kritik an Ihrem Altvordere, Helmut Schmidt, aber wenn Sie sich in "Der Zeit" von vor zehn Tagen, die von Helmut Schmidt genannten sechs Punkte anschauen, dann hat er das mit diesen sechs Punkten richtig umrissen. Um was es da geht, ist ein ganz komplizierter Rückbau dieses abgehobenen Finanzsektors auf die Realökonomie. Insofern immer: Nicht schuldig, Herr Freytag. Wir können aber darüber reden, ob wir unseren Beitrag leisten, auch wir in Hamburg, um in diesem Prozess des Rückbaus ein Stück voranzukommen.

Jetzt kommen wir aber der Sache noch einmal in einem zweiten Punkt näher. Was ich nicht akzeptiere, auch heute, Herr Kruse, nicht in dieser Diskussion, und wobei es bei mir schon kritisch wird, was Herr Freytag zu verantworten hat, will ich Ihnen sagen. Denn die Zäsur ist nicht der September 2008, Lehman Brothers, die Beschleunigung, AIG und was sich dann noch getan hat. Sondern die Finanzkrise – da will ich mit Ihnen keine Debatte im Einzelnen führen – und der Ausbruch, das Hinausplatzen der Luft aus dieser Blase, datiert aus dem Frühjahr 2007. Es muss sich jeder Politiker, der Verantwortung hat, fragen, ob er das, was 2007 passierte, zur Kenntnis genommen hat.

Ich kann natürlich sagen – das ist auch nachzulesen im "Hamburger Abendblatt" –, wir hatten einen Wahlkampf Anfang 2008. Ich war jedenfalls von meinen bescheidenen Informationen her sicher bei der HSH Nordbank. Ich glaube die Fernsehsendung war im Januar. Da haben wir den bislang noch nicht schuldigen Herrn gefragt, ob der HSH Nordbank genau dasselbe passieren wird wie der Landesbank Sachsen oder der WestLB – ich will sie jetzt nicht alle aufzählen. Wir müssen sehen,

(Dr. Joachim Bischoff)

wenn Sie schon in dem Bild bleiben, dass da zwar keiner erschossen worden ist, aber Milbradt – aus meiner Sicht – ist zu Recht in die Wüste geschickt worden ein halbes Jahr, bevor hier der Wahlkampf zu Ende war.

Da sagen Sie, ich möchte Ihnen das einmal kurz vorlesen aus dem "Hamburger Abendblatt" aus Ihrem Interview:

"Die Wucht, mit der die HSH Nordbank von der internationalen Krise betroffen ist, empfinde ich ..."

– also der bislang nicht Schuldige –

"... als bedrückend und schockierend."

– Jetzt lasse ich einiges weg.

"Ich bin, was das angeht, demütig geworden. Wir haben sicher alle Fehler gemacht. Es ist nur schwer, Fehler zu vermeiden, die man nicht erkennen konnte."

Was ich in dem Punkt einklage, Herr Kruse: Wie schlau konnte man im Januar 2008 sein, wenn man einen Ministerpräsidenten in der Partei hat, der in die Wüste geschickt wird wegen dieser Sache?

(Barbara Ahrons CDU: Das waren aber andere Zusammenhänge!)

– Ja, Frau Ahrons, Sie können das ja noch einmal vortragen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass man das im Januar 2008 wusste. Nun lasse ich den Wahlkampf weg, da wird immer gemogelt, wie wir wissen. Aber zumindest nach den Wahlen haben wir, die Opposition, immer wieder dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt und waren nicht beständig gut informiert, sondern haben das immer wieder eingeklagt. Das einzige Argument, das wir hatten, war doch: die Krise datiert aus dem Frühjahr 2007 und sie wird schlimmer.

Sie sagen jetzt, Herr Kruse – auch Frau Ahrons hat mir das in der Diskussion ein paar Mal entgegengehalten: Wenn ich als Bürgerschaftsabgeordneter sage, dass ich das ein ziemlich hohes Risiko für die Stadt finde, und versuche, im Ausschuss und an anderer Stelle zu sagen – ich bin in meinem eigenen Laden auch verschrien dafür –, lasst uns eine Lösung finden, es muss aber wenigstens ein Problembewusstsein existieren, dann sind Sie beständig mit dieser Formel gekommen, Sie würde das Ding schlechtreden. Das ist, Herr Kruse, nicht akzeptabel. Das ist völlig daneben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das muss ich auch einfach so sagen bei aller Wertschätzung. Das Problem ist: Wenn das Ihr wirklicher Ernst wäre, dann dürfte man – ich mag

mich auch irren – wirklich heftige Fehlentwicklungen weder hier noch im Ausschuss zum Thema machen. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich der Meinung bin, dass die Sache in der HSH Nordbank und nicht nur dort völlig schief läuft, dann muss ich das hier sagen können und Sie müssten schauen, was ich an Argumenten habe. Danach können Sie immer noch sagen, der verschafft damit der Bankenkonkurrenz Nachteile. Dann wäre ich der Erste, der das in der Kritik einräumen würde.

Insofern sage ich jetzt im Hinblick auf das, was Herr Freytag sagt: Er konnte es gar nicht erkennen. Wenn ein Finanzsenator sich heute – das war nicht Anfang 2008 – in Hamburg hinstellt und in einer Zeitung erklärt, es waren Fehler, die man nicht erkennen konnte, dann gestatten Sie mir, wenn ich sage: So jemanden dürften Sie nicht mit dieser politischen Verantwortung ausstatten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Drittens: Was ist zu tun? Gestern, auch wenn Sie es nicht so wahrgenommen haben, wollte ich genau in dieselbe Richtung. Alles, was wir jetzt machen an Strukturprogrammen, dient dazu, die Abwärtsbewegung in den Griff zu bekommen. Das ist meine Auffassung und die der Fraktion und meiner Partei, die Sie nicht mögen, das ist okay. Aber das ist unsere feste Auffassung. Ich will jetzt nur, damit Sie an der Stelle verstehen, noch einmal sagen: Herr Bernanke, der Chef der US-Notenbank, hat vor ungefähr zehn Tagen einen Vortrag in London bei der dortigen Notenbank gehalten und hat auf Folgendes verwiesen – und das ist aus meiner Sicht ganz wichtig und auch eine kritische Anmerkung zu der Position von Helmut Schmidt: Wer davon ausgeht, das wäre einfach nur ein Problem immobilienbesicherter Wertpapiere und deren Verbriefung, internationalem Handel und Schattenbankensystem, was Herr Böwer entlarvt hat, zugleich gekoppelt mit ein bisschen Steuerhinterziehung und dergleichen, der unterschätzt das Problem.

Das, um was es bei diesem Abheben des Finanzsektors, des Finanzüberbaus, geht, ist eben auch ein Problem eines gigantischen Kreditbooms. Man hat also versucht, mit Krediten die rücklaufende Kaufkraft von lohnabhängigen und anderen ausgegrenzten Massen zu kompensieren. Deswegen hängt beides miteinander zusammen. Wenn wir das machen wollen, Herr Kerstan, wenn wir einen Rückbau machen wollen, dann lade ich Sie ein, mit uns über die Besserausstattung von lohnabhängigen Hartz-IV-Empfängern und anderen nachzudenken.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Dr. Joachim Bischoff)

Sonst bekommen Sie das Ding nicht weg bei allen Einführungen von Finanz-TÜV und Eigenkapitalquoten et cetera. Das ist also ein ziemlich komplizierter Vorgang. Hamburg steht vor einer ziemlich komplizierten Herausforderung. Das räume ich ohne Weiteres ein. Wenn wir das lösen wollen, wird das Hamburg viel Geld kosten. Alles andere als ein Rückbau auf eine Regionalbank wird nicht gehen. Ob wir neben der Haspa, da haben Sie mich gestern schon getroffen, wirklich eine zweite Regionalbank brauchen, das müssen wir uns gründlich überlegen. Und wie wir diesen ganzen Rückbauprozess sozial verträglich machen, ist auch keine leichte Sache. Deswegen sage ich abschließend bei dem was Sie aufgeworfen haben: Herr Freytag ist nicht schuld an der internationalen Finanzkrise, aber Herr Freytag ist schuld an einer miserablen Politik in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen in der größten Weltwirtschaftskrise seit den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Wir haben massive Auswirkungen – und werden sie noch haben – auf alle Wirtschafts- und Lebensbereiche auch in Deutschland. Finanzmärkte, Industrie, Handel, Import/Export, Arbeitsplätze sowie Wirtschafts- und Steuerkraft auch der Hansestadt Hamburg sind in Mitteleuropa gezogen. Wir haben deutliche Einbrüche weltweit beim Wirtschaftswachstum, aktuell in Deutschland haben wir die höchste Minuswachstumsrate in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das bis vor Kurzem Unvorstellbare ist eingetreten.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Staaten sind faktisch Konkurs gegangen, Großindustrien liegen am Boden, die US-Automobilindustrie und weitere Industrien auch in Europa und in Deutschland sind in Gefahr. Bisher renommierte Spitzenbanken stehen weltweit am Abgrund. Mit Lehman Brothers ist eine der größten internationalen Banken pleite gegangen und hat einen Erdbeben ausgelöst. Es ist der Staat, der die letzte Instanz des Vertrauens ist – gerade in der Wirtschaftskrise – und deshalb als Einziger in der Lage ist, Schutzschirme aufzuspannen, und das nicht nur bei uns, sondern weltweit. Nicht, weil er Spaß daran hat, etwas für private Banken oder private Automobilkonzerne zu tun, sondern weil er uns alle vor dem totalen Zusammenbruch retten will. Das ist das Ziel der Schutzschirme und es ist bitter nötig, auch bei uns.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Summen der Schutzschirme sind auch unvorstellbar.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Allerdings, das stimmt!)

Es sind einige Summen genannt worden. In den Vereinigten Staaten sind es mindestens 850 Milliarden US-Dollar, die bereitgestellt werden. In Großbritannien sind es 300 Milliarden Pfund, in Frankreich 360 Milliarden Euro und in Deutschland 480 Milliarden Euro. Hinzu kommen neue Rettungspakete, die diskutiert werden – international wie auch in Deutschland.

Von den Schutzschirmen profitieren nicht nur Banken mit staatlicher Mehrheit wie die HSH Nordbank, sondern ganz überwiegend werden private Geschäftsbanken gerettet. Wenn Sie sich international das unvorstellbare Ausmaß anschauen, das die Pleite von Lehman Brothers ausgelöst hat, kann ich nur sagen: Es ist gut, dass die amerikanische Regierung diesen schweren Fehler nicht wiederholt hat und die Citigroup, die am Rande des Abgrunds stand, gerettet hat mit immerhin einem Engagement von über 350 Milliarden US-Dollar. Die Bank of America wird mit 138 Milliarden US-Dollar gestützt. In Großbritannien muss jetzt die Royal Bank of Scotland, die auch in Deutschland engagiert ist, zu 70 Prozent ins Staatseigentum übernommen werden.

In Deutschland wird der Schutzschirm genutzt nicht nur von Landesbanken – im Moment sind es die HSH Nordbank und die BayernLB –, sondern ganz intensiv von privaten Banken, von der Hypo Real Estate mit 42 Milliarden Euro und der Commerzbank mit über 30 Milliarden Euro. Die Commerzbank ist die zweitgrößte Privatbank Deutschlands zusammen mit der Dresdner Bank. Wer hätte es für möglich gehalten, dass diese Bank teilverstaatlicht wird? Ich hätte es nicht für möglich gehalten. Ich weiß nicht, wie gut Ihre prophetischen Möglichkeiten waren. Ich habe es – das sage ich ganz offen – nicht vorhergesehen.

Staatliche Banken sind genauso betroffen wie private. Das Verlustvolumen der privaten Geschäftsbanken ist deutlich höher als das der Landesbanken oder der staatlichen Banken. In den Aufsichtsräten der privaten Banken, die jetzt überwiegend den Rettungsschirm in Anspruch nehmen, sind eben nicht Politiker. Dort sitzen ausschließlich Wirtschaftskoryphäen, Experten und Sachverständige. All dieser Sachverstand hat es nicht vermocht zu verhindern, dass auch diese großen weltweit agierenden Banken in den Strudel geraten sind. Ich bekenne mich auch zu dem, was ich im "Hamburger Abendblatt" gesagt habe. Ich empfinde die ungeheure Wucht, mit der wir auch in Hamburg von der Finanzkrise durch die HSH Nordbank aber auch durch andere Effekte getroffen werden, als bedrückend und beängstigend. Ich kann vor allen Dingen die Bürger sehr gut verstehen, die jetzt

(Senator Dr. Michael Freytag)

die Frage stellen, wie das passieren konnte und wer Schuld hat.

Wie konnte das passieren? Ich frage mich gelegentlich, wo eigentlich all die Propheten gewesen sind, die uns jetzt wortreich erklären, warum alles so gekommen ist? Wo sind die gewesen, als wir ihren Rat noch hätten brauchen können? Wir brauchen jetzt nicht Heldentum nach Ladenschluss,

(Michael Neumann SPD: Denken Sie an die Demut!)

sondern eine Bestandsaufnahme und aktives Handeln, um die Krise zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat Schuld? Das ist natürlich eine Frage, die sich alle stellen. Gibt es einen Sündenbock, fragt sich natürlich die SPD-Opposition und beantwortet gleich die Frage. Gibt es einen Sündenbock, an dem wir uns alle abreagieren können? Das ist – oh Wunder – der Finanzsenator in Hamburg, der erst seit Februar 2007, Herr Tschentscher, in diesem Aufsichtsrat sitzt. Das Problem, das die SPD hat, weniger DIE LINKE – es gilt wieder einmal die alte Weisheit: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Und wer sitzt in der Grube? Die SPD.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Die Behauptung müssen Sie erst einmal beweisen!)

Tatsache ist, lieber Herr Tschentscher: Die HSH Nordbank ist keine CDU-Bank und sie ist auch nicht von dem CDU-Senat geführt, sondern es ist eine Bank, an der Hamburg im Moment 30 Prozent Anteil hat. 70 Prozent sind andere Eigentümer. Diesen 30-prozentigen Anteil, den wir halten, führen wir zusammen mit einem anderen Bundesland, nämlich Schleswig-Holstein. Ich sage der SPD: Bei allen Problemen, die diese Bank hat, insbesondere bei den Kreditsatzgeschäften, sind Sie eben nicht außen vor, sondern das Kreditsatzgeschäft ebenso wie das Auslandsgeschäft, das Sie so kritisieren, ist in großem Stil begonnen worden von den Vorgängern der HSH Nordbank, nämlich von der Landesbank Schleswig-Holstein und der Hamburgischen Landesbank.

1998 wird im Geschäftsbericht der Hamburgischen Landesbank freudig darauf hingewiesen, dass man zwei Institute auf der Insel Guernsey gegründet hat. Das ist die Insel, deren Bruttosozialprodukt ganz überwiegend oder jedenfalls zum größten Teil mit Finanzdienstleistungen bestritten wird. Aufsichtsratsvorsitzende in diesem Jahr war Ingrid Nümann-Seidewinkel, die Finanzsenatorin der SPD. Wirtschaftssenator Dr. Thomas Mirow saß im Aufsichtsrat, Staatsrat Reimers, SPD, Eugen Wagner, SPD, durfte auch nicht fehlen und der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, Möller, war auch mit im Aufsichtsrat.

Ich will dies nicht kritisieren.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

Ich will das nicht kritisieren, ich will Sie nur daran erinnern,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache!)

dass die Kreditsatzgeschäfte die Geschäfte sind, die uns jetzt besonders viele Probleme machen. Das ist im Haushaltsausschuss, dessen Bericht wir jetzt debattieren, vom Vorstand der HSH Nordbank ganz explizit erklärt worden. Die Kreditsatzgeschäfte sind begonnen worden im großen Stil von der Landesbank Schleswig-Holstein und von der Hamburgischen Landesbank. Herr Tschentscher, Sie haben das Problem, dass die SPD den Stein ins Rollen gebracht hat und Sie jetzt von diesem Stein mit überrollt werden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Gehen wir einmal weiter. Nun war die SPD nicht die ganze Zeit in der Regierung. Sie glauben zwar, wir hätten sozusagen alles zu verantworten in Hamburg, aber tatsächlich war es so, dass Sie bis 2001 noch regiert haben, Herr Tschentscher. In der ganzen Zeit hat allerdings die SPD im Aufsichtsrat immer mitgestimmt, nämlich durch die Landesregierung in Schleswig-Holstein. Sie waren immer dabei, die ganze Zeit, sowohl in der Landesbank Schleswig-Holstein als auch in der Hamburgischen Landesbank als auch in der HSH Nordbank ab 2003. Aufsichtsratsvorsitzende war – genau zu der Zeit, wo Sie jetzt die vielen Auslandsbeteiligungen kritisieren – Heide Simonis, die Ministerpräsidentin der SPD.

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört! – Michael Neumann SPD: Da wissen Sie, was sie schon hinter sich hat und was Sie noch vor sich haben. Die ist schon abgewählt!)

Es ist fünf Jahre lang dabei gewesen der langjährige Finanzminister Stegner, SPD, Ihr Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein. Es ist der DGB intensiv vertreten gewesen mit Peter Deutschland, es liest sich wie ein "Who is who" der SPD-Prominenz. Das heißt, die Sozialdemokraten sind die ganze Zeit dabei gewesen. Ich finde es einfach unehrlich,

(Michael Neumann SPD: Demut! Denken Sie an die Demut!)

wenn eine Partei wie die SPD durch ihre Minister und Senatoren bei allen Aktivitäten der Bank dabei gewesen ist und sich jetzt feige davonstehlen will. Das ist unehrlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Übrigens, die Cayman Islands, die Sie so gerne zitieren, sind gegründet worden im Jahr 2004. Mitglied des Aufsichtsrats war Ihr damaliger SPD-Finanzminister Stegner. Warum nehmen Sie den Stegner eigentlich so ran? Jeder Schlag gegen

(Senator Dr. Michael Freytag)

diesen Senat ist ein Schlag gegen die SPD-Vertreter in den Aufsichtsräten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: So sind die Genossen untereinander!)

Warum tun Sie das?

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch peinlich!)

Ich finde es nicht in Ordnung, ich will Ihnen einmal eins sagen, Herr Tschentscher. Ich nenne Ihnen eine Definition Ihres Verhaltens aus der Enzyklopädie Wikipedia:

"Das Vertreten eines Anspruchs an das Verhalten anderer, wenn man selbst diesem Anspruch nicht gerecht wird",

wird hier Heuchelei genannt. Oder:

"Das Vortäuschen tatsächlich nicht vorhandener Gefühle oder Gemütszustände"

ist Heuchelei,

"So mag ein Dieb Überraschung heucheln, wenn das Fehlen eines von ihm gestohlenen Gegenstands bemerkt wird."

(Michael Neumann SPD: Oder ein Finanzsenator, der Demut heuchelt!)

Oder, ich ergänze, es ist auch Heuchelei, wenn man vorgibt, nicht beteiligt gewesen zu sein an Vorgängen, bei denen viele SPD-Senatoren und SPD-Minister Verantwortung mitgetragen haben. Ich werfe diesen Kollegen das nicht vor. Ich werfe es ihnen ausdrücklich nicht vor. Ich plädiere genauso, wie eben gesagt wurde, für Freispruch. Aber es ist einfach unehrlich und unwahrhaftig, dass das, was Sie und wir gemeinsam über viele Jahre in den Aufsichtsräten der Banken nach vorne gebracht haben, heute einseitig der CDU anlasten. Das glaubt Ihnen kein Mensch, Herr Tschentscher.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Christiane Schneider DIE LINKE: Kommen Sie einmal zur Sache!*)

Jede Schuldzuweisung, mit der man den anderen treffen will, trifft einen selbst. Die Fakten sind einfach so. Es bringt uns relativ wenig, wenn wir jetzt versuchen uns gegenseitig mit Schuldzuweisungen zu überziehen.

(Zurufe von der SPD)

Das bringt uns gar nichts. Deshalb lassen Sie es sein. Denn wir müssen jetzt handeln, weil die Lage ernst ist. Sie ist sehr ernst.

(Uwe Grund SPD: Nehmen Sie Ihren Hut und gehen!)

Ich würde wirklich darum bitten, dass man sich dieser Lage auch bewusst ist. Weltweit, auch in Hamburg, sind zweifellos Fehler gemacht worden,

(Dirk Kienscherf SPD: Aber nicht von Ihnen!)

Fehler auch in der HSH Nordbank. Alle haben Fehler gemacht. Die Frage ist aber in der Tat, ob Fehler vorhersehbar gewesen sind. Ich wundere mich wie gesagt über die vielen Leute, die jetzt unterwegs sind und es jetzt besser wissen und uns, als es soweit war, nichts gesagt haben.

(Zurufe von der SPD)

Weder die Bundesbank noch die Bankenaufsicht noch die Wirtschaftsprüfer noch der Vorstand noch der Aufsichtsrat noch die Politik hat in den Jahren, in denen die Kreditsatzgeschäfte gut funktioniert haben und alle mit Triple A geratet waren, jemals die Stimme erhoben und gesagt, wir sollen das nicht mehr machen. Im Gegenteil: Alle haben diese Geschäfte, die weltweit üblich waren, gerne mitgemacht und man hat auch sehr gerne die Früchte dieser Geschäfte in die Haushalte überführt. SPD-Landesregierungen haben das genauso gemacht wie CDU-Landesregierungen.

Die HSH Nordbank hat für Hamburg in den Jahren 2003 bis 2007 Abführungen gemacht von 600 Millionen Euro, die auch im Haushalt eingesetzt worden sind. Egal welcher politischen Couleur, es gab keinerlei Hinweis darauf, dass wir dieses Geld nicht nehmen sollten. Es kommt übrigens nicht nur aus Kreditsatzgeschäften, es kommt natürlich auch aus dem Kernbereich der Geschäfte der HSH Nordbank. Sie ist Marktführer bei den regionalen mittelständischen Unternehmenskunden und sie ist im Schifffahrtsgeschäft sowohl international als auch in der Region sehr intensiv ausgerichtet auch auf die hamburgischen und norddeutschen Unternehmen.

(Uwe Grund SPD: Das ist inzwischen alles verbrannt, Herr Senator! Es ist alles weg!)

Das Gleiche gilt für das Immobiliengeschäft. Aber die entscheidende Frage ist – und das müssen wir uns alle fragen –, was man tun kann, um künftig solche Fehler zu vermeiden. Denn bisher haben alle grünes Licht gegeben zu Zeitpunkten, als es keinen Anlass gab, irgendein Geschäft zu stoppen. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte die SPD mit ihren Ministern im Aufsichtsrat das Wort erheben müssen.

Übrigens wundere ich mich auch über manche Beiträge der HSH Nordbank, die jetzt wortreich erklären, dass sie mit bestimmten Aktivitäten im Ausland nicht einverstanden sind. Wir haben dort Beiträge, die seit Jahren im Beirat sind, Beiratsbezahlungen kassieren, Rat geben sollen und das nicht getan haben und hinterher, wenn eine schwierige Lage eintritt, genau das kritisieren, was sie jahrelang nicht kritisiert haben. Solche Ratgeber können wir nicht gebrauchen.

(Michael Neumann SPD: Wen meinen Sie denn, Herr Freytag?)

(Senator Dr. Michael Freytag)

– Zum Beispiel FDP-Vertreter aus Schleswig-Holstein, die sich im Moment sehr intensiv äußern. Ich finde das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden jetzt Folgendes machen. Wir werden nach vorne schauen und die Bank neu ausrichten müssen, weil uns nichts anderes übrig bleibt.

(*Michael Neumann SPD*: Es wird ein guter Tag für Hamburg!)

Ich glaube, die Lage wird von Ihnen nicht richtig eingeschätzt, wenn Sie nicht wissen, was uns blüht, wenn wir nicht handeln. Ich darf darauf hinweisen, dass bis 2005 eine Gewährträgerhaftung des Staates für die Landesbankaktivitäten galt. Danach ist sie abgeschafft worden wegen der EU-Regularien. Aber wir haben eine Gewährträgerhaftung für alles, was passiert ist. Noch einmal zu Ihrer Beruhigung: Ich bin vor 2007 dort nicht aufgetaucht. Es sind die Dinge, die wir aber trotzdem wuppen müssen, ob wir wollen oder nicht, weil diese Haftung besteht.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Das war Herr Dr. Peiner!)

Hamburg wird deshalb bei der Neuausrichtung der Bank für alle Lösungen offen sein – das sage ich ganz klar –, die eine Zukunftslösung für die Bank sind,

(*Michael Neumann SPD*: Sie persönlich, hoffe ich, auch!)

die aber auch Hamburg schützen vor den Risiken, die natürlich im Moment effektiv für uns gegeben sind. Die Neuausrichtung der Bank kann verschiedene Gesichter haben. Wir haben bei den Ministerpräsidentenkonferenzen, wo es um die Neuordnung der Landesbanken ging, oder auch bei den Finanzministersitzungen gesagt, dass wir keine Bedingungen stellen und beispielsweise offen für Fusionen sind. Fusionen sind denkbar zwischen Landesbanken, die Nachbarländer stellen, aber es sind auch Fusionen denkbar mit weiter entfernten Landesbanken, wenn funktional eine Ergänzung des Geschäftsmodells gegeben ist. Denkbar ist ebenso grundsätzlich das von Nordrhein-Westfalen ins Spiel gebrachte Modell einer Bank Deutscher Länder – eine einzige Landesbank, unter die die bisherigen Landesbanken ihre erfolgreichen Geschäftszweige untergliedern.

Denkbar ist aber auch, dass wir eine selbstständige Lösung finden. Ich denke auch, dass keiner von uns erwarten kann, dass jemand anderes für uns die Kastanien aus dem Feuer holt. Das gilt auch für die anderen Landesbanken. Das heißt, wir müssen vor unserer eigenen Haustür kehren, so oder so, welches Modell auch immer man realisiert. Auch wenn man selbstständig bleibt, muss man die schwierigen Kreditstrukturen, die wir haben, analysieren und benennen. Das Jahr 2008 ist ein extrem schlechtes Jahr und wir werden anhand

der Berichterstattung, die wir haben, im Laufe des Monats Februar genau über diese verschiedenen Modelle sprechen, und zwar nicht nur mit dem Vorstand, sondern wir werden das auch im Parlament machen. Ich sage zu, dass wir selbstverständlich den Haushaltsausschuss beteiligen werden. Wir müssen die Aufsichtsräte beteiligen, wir müssen am Ende die Parlamente beteiligen, die Landesregierungen, aber auch die Gesellschafter.

Diese Bank gehört nicht Hamburg, sondern nur 30 Prozent. Wir haben zu 70 Prozent andere Gesellschafter, die völlig unterschiedliche Interessenlagen haben. Ich bin sehr froh – das sage ich ganz offen auch in Richtung der SPD –, dass wir eine CDU/SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein haben, die sich aktiv der Problemlage stellt und mit uns zusammen die Achse bilden wird, die eine Lösung überhaupt nur schaffen kann. Ich habe eine große Bitte, wenn wir am Ende über die verschiedenen Modelle sprechen. Wir werden alles offenlegen, die Fakten und die Daten – was immer gefordert wird – kommen auf den Tisch,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Wann denn?)

und zwar die aktuellen Daten und Fakten im Laufe des Monats Februar. Wir wollen bis Ende Februar eine Neustrukturierung der Bank so vorgeschlagen haben, dass sie auch trägt und die Zustimmung aller Gremien findet.

Ich darf Ihnen auch persönlich einmal sagen: Ich weiß, dass im politischen Alltagsgeschäft solche Situationen gerne benutzt werden, um Oppositionsspiele zu treiben. Ich würde Sie trotzdem bitten, darüber nachzudenken,

(*Michael Neumann SPD*: Am 11. Februar reden wir darüber, das ist wirklich ambitioniert!)

ob es klug ist, dieses für Hamburg dramatisch wichtige Thema mit kleiner Oppositionsmünze zu spielen, oder ob wir nicht gemeinsam wie mit der SPD in Schleswig-Holstein, die dort in der Verantwortung ist und jeden Schlag von Ihnen spürt, den Sie meinen der CDU geben zu müssen, versuchen können in dieser schwierigen Situation zusammenzustehen, um eine Lösung herbeizuführen.

(*Michael Neumann SPD*: Immer wenn Sie die Karre in den Dreck gefahren haben, sollen wir helfen sie herauszuholen!)

Denn, Herr Neumann – es wird Sie wundern, weil Sie die Lage immer noch nicht begriffen haben – es geht nicht um diesen Senat, es geht nicht um Sie, sondern es geht um Hamburg. Es geht um die Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

Ich erwarte schlichtweg von einem Abgeordneten, auch wenn er anderer Couleur ist, dass er den

(Senator Dr. Michael Freytag)

Ernst der Lage erkennt. Sie haben an Herrn Bischoff gesehen, dass man einen intelligenten Oppositionsvortrag halten kann, auch wenn man den Senat nicht stützt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Das würden wir von einem Finanzsenator auch einmal erwarten, dass er einen intelligenten Vortrag hält!)

Ich erwarte von allen Abgeordneten, dass man den Ernst der Lage erkennt und damit aufhört Sündenbockspiele zu treiben. Es macht einfach keinen Sinn und es löst nicht das Problem, wenn Sie an der Sache vorbeireden. Wir brauchen jetzt eine gemeinsame Lösung und wir werden diese Lösung finden. Ich darf Ihnen abschließend sagen: Ich habe noch nie in meinem politischen Leben ein so ernstes Problem bearbeiten müssen wie das jetzige und ich habe auch nie so ernsthaft und hart arbeiten müssen für die Lösung eines Problems. Ich tue das aus Überzeugung, ich tue das nicht für Sie, ich tue das auch nicht für den Senat, sondern ich tue das für unsere Stadt und das erwarte ich auch von Ihnen. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Nach solch einem Applaus folgt immer der Rücktritt!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, wir reden heute nicht über Schuld. Und Herr Senator, wir reden schon gar nicht über Sünde. Und ich rede auch nicht über Heuchelei. Sondern wir reden über Verantwortung. Es hat phasenweise ein Finanzsenator gesprochen und dann hat wieder ein CDU-Landesvorsitzender gesprochen. Und der fühlt sich wohl in der Rhetorik, wer denn aus welcher Partei in welcher Grube sitzt und die Schuld bekommt. Ich muss Ihnen sagen, Herr Freytag: Das sind wir leid.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich habe Ihnen schon in einer anderen Debatte gesagt, dass wir über den Kern des Problems reden möchten. Und wir möchten ohne Ansehen der Person und des Parteibuchs die Kritik auf den Tisch packen und darüber nachdenken, wo die Ursachen liegen.

(*Viviane Spethmann CDU*: Dann machen Sie es doch endlich!)

Deswegen habe ich Ihnen ...

(Zurufe)

– Nein, wir haben uns als SPD-Fraktion entschieden, das kann ich Ihnen berichten, in diesem The-

ma Ross und Reiter zu benennen und Ursache und Wirkung auseinanderzuhalten. Und wir haben Ihnen eine Erklärung angeboten, zu der der Senator kein Wort verloren hat, auch Herr Kruse nicht. Wir haben Ihnen eine Erklärung angeboten, wie wir das zu verstehen haben mit den Motiven der Bank im Zusammenhang mit dem Börsengang.

(*Viviane Spethmann CDU*: Wie sich der kleine Sozialdemokrat das vorstellt!)

Und wir haben kein Wort darüber gehört.

Ich will mich jetzt nicht wiederholen. Ich könnte Ihnen die 164 Positionen der Auslandsbeteiligungen seit 2001 einzeln vortragen. Sie müssen uns nicht erklären, was 2004 oder 2005 irgendwo in Schleswig-Holstein passiert ist. Sie tragen, Herr von Beust und Herr Freytag, seit acht Jahren Verantwortung für Hamburg und darüber reden wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind gerne bereit zu unterscheiden, in welchem Bereich die Bank betroffen ist von einer weltweiten Finanzmarktkrise, für die in Hamburg niemand etwas kann. Aber wir sind auch entschlossen darüber zu reden, welchen Beitrag die Bank selbst geleistet hat und wo sie aktiv eigene Risiken eingegangen ist. Herr Kruse, wir sind müde geworden, uns Dinge über die Geschäftsführung der Bank anzuhören, die – je mehr wir erfahren – eben nicht so sind wie in der Wirklichkeit. Deshalb akzeptieren wir auch nicht die Kritik,

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Eine ganz müde Truppe!)

Klarheit über die Lage der Bank würde ein Schlechtreden der Bank und damit eine Gefahr für ihren Bestand und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten. Im Gegenteil: Klarheit über die Lage der Bank ist das, was die HSH Nordbank und die Mitarbeiter jetzt brauchen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Was uns viel mehr erschreckt als die Quartalsberichte der Bank, sind die Quartalsberichte des Senats. Herr Bischoff hat es schon erwähnt: Das ist, Herr Freytag, Ihre Verantwortung als Finanzsenator, die Sie nicht auseinanderhalten können mit Ihrem Auftrag als CDU-Landesvorsitzender. Sie haben uns im ersten Quartal 2008 erklärt, die HSH Nordbank sei als einzige Bank auf dieser Welt überhaupt nicht betroffen von der Finanzmarktkrise. Das haben Sie Herrn Bischoff erklärt und das haben Sie unserem Kandidaten, Herrn Naumann, erklärt.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Wer ist das denn?)

Und dann haben Sie die Pressekonferenz auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben.

(Dr. Peter Tschentscher)

Im zweiten Quartal sah die Welt dann etwas anders aus. Da hieß es dann, die HSH Nordbank sei ohne eigenes Verschulden doch ein bisschen in Mitleidenschaft gezogen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Aber keine Sorge, das Geschäftsmodell der Bank sei solide und erfolgreich und deshalb könne man auch, ohne die Bürgerschaft überhaupt um Zustimmung zu bitten, 300 Millionen Euro zusätzliches Eigenkapital in die Bank einzahlen, das würde sich am Jahresende durchaus rentieren, denn die Gewinne der Bank seien sicher. Das haben Sie uns noch im zweiten Quartal 2008 im Haushaltsausschuss berichtet.

(Viviane Spethmann CDU: Sie wussten es besser!)

Und im dritten Quartal sieht die Welt dann anders aus.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Überall!)

Und es sind noch im Jahr 2008 – das sagt Ihr CDU-Finanzministerkollege in Schleswig-Holstein in aller Offenheit – Transaktionen vorgenommen worden mir erheblichem Abschreibungsbedarf und wir wissen bis heute nicht, weil Sie es uns nicht berichten, welche Transaktionen das sind.

Es geht hierbei nicht um eine Nebensache und es geht auch nicht um Oppositionsspiele.

(Viviane Spethmann CDU: Nein!)

Wenn das KPMG-Gutachten und der Jahresabschluss 2008 so ausfallen, wie es mittlerweile die Spatzen von den Dächern pfeifen, dann ist die Vermögenslage Hamburgs tiefgreifend betroffen. Und es sind die finanziellen Grundlagen, Herr Kerstan, wichtiger Projekte in der Bildungspolitik – wir haben gerade über die Stadtbahn gesprochen –, die in Gefahr sind. Es geht auch um ein paar wichtige andere Dinge: Ein kostenloses Mittagessen zum Beispiel in den Kindergärten,

(Barbara Ahrons CDU: Mein Gott, Herr Tschentscher!)

die Abschaffung des Büchergelds, die Abschaffung der Studiengebühren und dringende Maßnahmen in den sozialen Brennpunkten, von denen dieser Senat uns seit Jahren erzählt, er könne sie nicht bezahlen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tschentscher, ich finde es ganz erstaunlich, dass Sie behaupten, Sie betreiben keine Schuldzuweisungen und würden deshalb die Schuldzuweisungen des Senators

von sich weisen. Der Senator hat keine Schuldzuweisungen betrieben. Das haben Sie getan. Der Senator hat Ihnen nur gesagt, dass diejenigen, die an der Entscheidungsfindung über die Ausrichtung der HSH Nordbank und ihrer Vorläuferinstitute mitgewirkt haben, nicht nur Christdemokraten waren, sondern dass ganz im Gegenteil bei der Entwicklung des Geschäfts und der Weiterentwicklung und Ausrichtung der HSH Nordbank alle politisch verantwortlichen Parteien gemeinschaftlich gewirkt haben nach bestem Wissen und Gewissen und ernsthafter Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Idee war, das sich langsam, aber sicher als obsolet erweisende Modell einer Landesbank zu überführen in eine Geschäftsbank und sich mittelfristig von ihr zu trennen und irgendwann einmal an die Börse zu gehen. Sicherlich ist es für Hamburg ein tragisches Geschick, dass dieser Börsengang nicht stattgefunden hat und die Stadt sich nicht von ihren Anteilen trennen konnte, bevor diese Krise eingetreten ist. Aber dafür kann niemand in der SPD und auch niemand in der CDU etwas.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Dann seid Ihr ja überflüssig!)

Ich würde mich sehr freuen, da Sie sich insbesondere über die Auslandsgesellschaften mokieren, wenn Sie das sozialdemokratische Urgestein, Herrn Stuhlmann, einmal konsultierten, der etwas von diesen Dingen versteht; der war auch einmal für das Institut tätig. Unter seiner Ägide sind wesentliche Bereiche dieses Unternehmens entwickelt worden, als es noch Hamburgische Landesbank war. Sie regen sich über Institute auf den Cayman Islands und sonstigen Orten auf, die Sie Steuerparadiese nennen. Sie meinen, das Institut dürfe nur regional tätig sein. Dieses Institut ist regional tätig, es ist für die Schifffahrt tätig, aber die Schifffahrt schippert nicht nur im Hamburger Hafen herum, sondern ist auf einem Weltmarkt tätig. Und ein Institut, das Reedereien betreuen will, um Schiffe zu finanzieren, muss diese Reedereien auch in ihrem laufenden Geschäft betreuen. Dazu ist es beispielsweise notwendig, im Ausland an wichtigen Stellen Niederlassungen zu haben, das ist nicht ungewöhnlich. Das hat Herr Stuhlmann auch erkannt, das hat er richtig gemacht und seine Nachfolger haben das auch gemacht, das ist nichts Verwerfliches. Vor allen Dingen ist nicht zu implizieren, man hätte außerhalb des Rahmens dessen, was diese Bank machen darf, agiert und das hätte der Aufsichtsrat verhindern müssen. Das ist nicht nur nicht ernst zu nehmen, diese Art von Kritik ist schlichtweg albern.

Und dass eine Bank, die auf dem Weltmarkt tätig ist, die beispielsweise Schiffe in US-Dollar finanziert, sich auch in US-Dollar refinanzieren muss, damit sie wettbewerbsfähig ist, ist auch nicht ungewöhnlich und das tut man zum Beispiel bei institu-

(Thies Goldberg)

tionellen Anlegern in den USA. Die haben aber kein Interesse, Steuertatbestände in Deutschland zu schaffen. Deshalb geht man über solche Vehikel wie zum Beispiel Refinanzierungsgesellschaften auf den Cayman Islands. Das macht nicht nur die HSH, das machen hunderttausend andere Banken auch, es ist nicht ungewöhnlich.

Es ist auch nicht ungewöhnlich für eine ehemalige Landesbank, auf einem internationalen Markt tätig zu sein, und zwar für ihre regionale Hamburger Schifffahrts-, Luftfahrts- und Transportkundschaft; das ist kein Hexenwerk. Lassen Sie sich das einmal von Herrn Stuhlmann erklären, vielleicht vertrauen Sie dem, denn der ist Ihnen zumindest politisch näher und von dem werden Sie auch nicht glauben, dass er Sie aus politischen Gründen belügt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die demontieren ja schon Herrn Stegner!)

– Zu Herrn Stegner kommen wir gleich, der war nicht in der Bank tätig.

Aber wenn Sie die Geschäftspolitik der Bank angreifen, dann fragen Sie Herrn Stuhlmann, warum er zu Zeiten, als es noch die Gewährträgerhaftung der öffentlichen Hand gab, die verhältnismäßig preisgünstige Refinanzierung durch die Gewährträgerhaftung genutzt hat, um auf dem Weltmarkt Anlagen zu tätigen, sich zum Beispiel an Private-Equity-Fonds auf den Cayman Islands zu beteiligen. Aus dieser Zeit stammt nämlich dieses Modell, die günstige Refinanzierung der Landesbanken zu nutzen, um auf dem Weltmarkt rentierliche Anlagen zu tätigen und auf diese Art und Weise Gewinne zur Vermehrung des Staatsvermögens zu erwirtschaften. Das hat lange Zeit gut funktioniert, darüber hat sich niemand mokiert, ganz im Gegenteil. Wenn die das nicht getan hätten, sondern Schatzbriefe beim Bund gezeichnet hätten, um möglichst sicher das ihnen zur Verfügung stehende Geld anzulegen, dann hätten Sie die zum Teufel gejagt, möglicherweise zu Unrecht, wie sich heute herausstellt. Ich will nicht sagen, dass die alles richtig gemacht haben, aber Sie behaupten, Sie betrieben keine Schuldzuweisungen. Das ist aber das Einzige, was Sie tun, Sie haben nicht einen Lösungsvorschlag vorgelegt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie Hamburg und die HSH Nordbank aus dieser Krise besser herauskommen können. Sie bewerfen den Senator mit Dreck, das ist das Einzige, was Sie tun.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Nur weil ich eben Herrn Stuhlmann zitiert habe: Ich gebe dem überhaupt keine Schuld an der Misere der HSH Nordbank.

(Uwe Grund SPD: Na!)

Beide Institute, die Landesbank Schleswig-Holstein und die Hamburgische Landesbank, sind in dieser Art des Kreditsatzgeschäftes lange tätig gewesen, und zwar mit Zustimmung aller im Aufsichtsrat vertretenen Personen. Das haben übrigens auch andere Banken gemacht, nicht nur die Landesbanken. Dass sich das im Ergebnis heute als nicht besonders renditeträchtig herausstellt, um das einmal gelinde zu sagen, ist richtig, aber es ist nicht die Schuld des Senators. Sie werfen ihm eine falsche Kommunikationspolitik vor. Herr Senator Freytag ist, mit Verlaub, nichts weiter als ein ganz normales Mitglied des Aufsichtsrats. Er ist nicht stellvertretender Vorsitzender, er ist auch nicht Vorsitzender, er ist eigentlich für die Kommunikation der HSH Nordbank nach außen nicht zuständig.

(Thomas Böwer SPD: Ach!)

Dafür ist der Vorsitzende zuständig oder der Vorstandsvorsitzende. Dennoch hat er, um seiner Verantwortung gerecht zu werden, regelmäßig, wenn er eine Neuigkeit aus dem Aufsichtsrat berichten konnte, die Bürgerschaft darüber informiert, natürlich nicht über die Neuigkeiten, die es noch nicht gab. Sie können über die Pleite von Lehman nicht berichten, wenn Lehman noch nicht pleite ist und Sie können auch in der HSH Nordbank auf Geschäfte mit Lehman keine Abschreibung vornehmen. Das ist schlichtweg unzulässig, solange Sie ein Triple-A-Rating haben. Jetzt können Sie sich natürlich darüber streiten, ob es richtig ist, sich auf die Ergebnisse der Arbeit international anerkannter Rating-Agenturen zu verlassen. Sie haben vollkommen recht, heute wissen wir mehr, es war nicht richtig, sich darauf zu verlassen, und zwar insbesondere deshalb, weil in vielen Ländern die Regularien nicht die richtigen waren.

Das ist genau der Ansatzpunkt, über den wir reden müssen. Welches Regularium müssen wir aufstellen und wie können wir unsere Geschäftspartner in der ganzen Welt davon überzeugen, dass wir eine international einheitliche Regelung für die Geschäfte an den Finanzmärkten bekommen müssen. Das ist unsere Aufgabe und nicht, irgendwelche Schuldzuweisungen zu betreiben.

Noch einmal: Der Senator hat zu jeder Zeit, wenn er eine Neuigkeit hatte, die verkündbar war, die Bürgerschaft informiert, zuletzt in der Sitzung des Haushaltsausschusses, in der Sie auch zugegen waren.

(Michael Neumann SPD: In Kiel gehen die Uhren anders! In Kiel gibt es offensichtlich andere Informationsstände!)

– In Kiel gehen die Uhren anders, das mag sein. Dort haben Sie zum Beispiel einen Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Kubicki, der die Rolle des Herrn Tschentscher übernimmt, weil die SPD da mit in der Verantwortung ist. Da kann kein SPD-

(Thies Goldberg)

Mann die CDU mit Dreck bewerfen, da muss die SPD herhalten. Die haben wir hier aber nicht vertreten und das ist schade.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Sie können sich uns nackt auf den Bauch binden und trotzdem würden wir nicht mit Ihnen koalieren!)

Wir hätten gerne die FDP statt Ihrer Partei in der Bürgerschaft, es kann sein, dass das besser wäre, aber wir sind auf einem guten Wege.

(*Michael Neumann SPD*: Das ist Ihr Koalitionspartnerwunsch, was?)

– Sie sind es im Moment jedenfalls nicht, Sie sind nicht unser Wunschpartner für eine Koalition. Wir haben nämlich nicht das Gefühl, dass Sie ausreichend Kompetenz mit in die Koalition bringen würden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Tschentscher, was Sie hier vorgetragen haben, war wirklich stark im Vortragen, aber sehr schwach in der Sache und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie zu einem Vortrag zurückkommen würden, der zukunftsgerichtet ist, der Lösungsansätze beinhaltet und aufhört, einfach nur Mitglieder des Senats zu beschädigen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Bischoff, ich war angenehm überrascht über die Milde Ihres Vortrags.

(*Michael Neumann SPD*: Das stimmt, bei der Lage müsste man etwas ganz anderes sagen!)

Herr Dr. Bischoff hat durchaus erkannt, dass es besser ist, darüber nachzudenken, wie man aus einer solchen Situation herauskommt. Vor allen Dingen hat er eines begriffen: Menschen einfach mit Schuldzuweisungen zu überziehen und das auch noch substanzlos, verbessert nicht das eigene Renommee und diese Peinlichkeit wollte sich Herr Dr. Bischoff nicht antun, so wie Herr Tschentscher es heute erfolgreich getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Aber dass Herr Dr. Bischoff der Meinung ist, man könne auf die HSH Nordbank verzichten, man habe mit der Haspa ein regionales Institut, das die Aufgaben übernehmen könnte, ist ein liebevoller Vorschlag, hat aber leider überhaupt nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Sie vergleichen eine Sparkasse mit einem Bilanzvolumen von 35 Milliarden Euro und 5500 Mitarbeitern mit einer international operierenden Geschäftsbank,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Die pleite ist!)

die mit der gleichen Mitarbeiterzahl fast siebenmal so groß ist und ein völlig anderes Geschäftsmodell hat. Es tut mir leid, Sie können diese beiden Dinge

nicht miteinander verbinden und Sie können das eine nicht durch das andere austauschen. Im Übrigen haben Sie vollkommen recht, Herr Neumann, die Haspa möchte im Moment das Geschäft von der HSH Nordbank zumindest nicht vollständig haben.

(*Michael Neumann SPD*: Da würde ich mir auch Sorgen machen, weil ich da Kunde bin!)

– Dass Sie Haspa-Kunde sind, ist sehr schön. Bei der HSH Nordbank werden Sie wahrscheinlich kein Kunde werden, weil Sie wahrscheinlich nicht zum Reeder mutieren und dort Schiffe finanzieren wollen. Und ich kann mir vorstellen, dass Sie sich im Kreditsatzgeschäft auch nicht engagieren möchten. Aber wer weiß, es geschehen noch Zeichen und Wunder, vielleicht ändern Sie Ihre Meinung diesbezüglich noch.

(*Michael Neumann SPD*: Solange so einer im Aufsichtsrat ist, werde ich denen kein Geld anvertrauen!)

Solange so einer im Aufsichtsrat ist, können Sie froh sein, dass es Leute gibt, die etwas anderes tun als nur ihren politischen Wettbewerber, um nicht zu sagen Gegner, möglichst intensiv zu beschädigen, ohne sich an Sachfragen zu beteiligen. Aber versuchen Sie das einmal bis zum nächsten Mal, das wäre schön. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das haben wir gerade erlebt!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss ehrlich gestehen, dass ich weite Teile dieser Debatte nicht unbedingt dem Ernst der Lage angemessen finde und auch wenig zielführend.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber ich will es gerne noch einmal versuchen. Ich habe vorhin den Großteil meiner Rede darauf gerichtet, was wir eigentlich tun möchten und hatte gedacht, als ich mir diese Rede überlegt habe, dass ich auch den Wünschen der Opposition entgegenkomme, weil Sie immer parlamentarische Beteiligung einfordern und sagen, Sie möchten darüber beraten, wie es weitergehen soll. Dieses Angebot möchte ich gerne noch einmal wiederholen, weil Sie, Herr Tschentscher, in einem Punkt Ihrer zweiten Rede vollkommen recht haben. Wenn es bei diesen Belastungen bleibt und sie noch mehr werden, dann stellt sich für uns die Frage, wie wir in Zukunft die vielen Projekte, die wir vorhaben, finanzieren wollen oder ob wir sie uns überhaupt noch leisten können. Es tut mir leid, auch wenn Sie immer über etwas anderes reden

(Jens Kerstan)

wollen, aber ich möchte gerne darüber reden, was wir jetzt tun sollen.

Ich möchte noch einmal verschiedene Punkte ansprechen, die bisher in der Debatte zu wenig berücksichtigt wurden. Es geht zum Beispiel auch darum, dass diese Bank mehr Eigenkapital braucht, um ihren Finanzierungsauftrag gerade für die Schifffahrtsbranche, für die Werften und andere fortführen zu können. Es gibt zwei Varianten, wo ich selber sagen muss, dass ich noch nicht entschieden bin, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, mit Ihnen darüber zu reden; vielleicht antworten Sie darauf.

Die erste Variante ist, der Staat gibt Geld hinein. Um auf 10 Prozent Eigenkapital zu kommen, was im Moment wohl internationaler Standard ist, den die Märkte verlangen, um Vertrauen zu einer Bank zu haben, bräuchte die HSH Nordbank 2 Milliarden Euro. Für Hamburg wären das bei einem Anteil von 30 Prozent 600 Millionen Euro. Wir alle kennen unsere Haushaltslage und ich glaube, wir sind uns da alle einig, dass das nicht so ohne Weiteres zu stemmen sein wird. Also wäre die Überlegung, dieses Eigenkapital von der SoFFin, vom Bund, zu bekommen, denn nicht ohne Grund hat dieser Senat damals gesagt, wir beteiligen uns an dem Fonds, der die Lasten aus dem 480-Milliarden-Programm des Bundes abarbeitet, aber unter einer Bedingung: Dieses Geld muss dann auch für die Landesbank zur Verfügung stehen. Ich glaube, das wäre eine sinnvolle Lösung.

Andererseits wird diskutiert, dass es doch vielleicht sinnvoller wäre, kein neues Geld in die Bank zu geben, sondern die faulen Kredite dort herauszunehmen und in eine Bad Bank zu stecken. Da wird immer auf das Beispiel der Krise in Schweden vor vielen Jahren verwiesen, wo die Banken nur in Schweden, wohl gemerkt, in eine ähnliche Krise geraten sind. Aus politischer Sicht muss man sich zwei Sachen überlegen. Einmal: Kann das in der heutigen Situation funktionieren? Da habe ich große Zweifel – es wird immer darauf verwiesen, dass die Schweden teilweise sogar nach mehreren Jahren mit Gewinn weiterverkauft haben –, denn damals war die Lage anders. Es gab nur in Schweden diese Probleme und es gab einen weltweiten Kapitalmarkt, auf dem man gesunde Portfolios dieser Banken verkaufen konnte.

Jetzt haben wir die Situation, dass für bestimmte Bankprodukte weltweit kein Markt mehr existiert, ein richtiges Marktversagen. Sie können im Moment nicht verkaufen und haben deshalb auch keine Preise. Insofern wäre eine schwierige Situation zu lösen, denn wie wollen Sie diese Bad Bank dann bewerten und mit wie viel Eigenkapital wollen Sie sie ausstatten? Insofern bin ich da skeptisch. Aber es könnte natürlich sein – der Senator hat es vorhin zu Recht ausgeführt –, dass uns Leute bei

der Bewältigung der Probleme der HSH Nordbank nicht helfen.

(Michael Neumann SPD: Jetzt wollen Sie von uns die Antwort auf die Fragen haben, die Sie auch nicht beantworten können!)

– Sie haben in den Ausschusssitzungen immer gesagt, geben Sie uns Informationen, damit wir über Strategien diskutieren können und jetzt, wo wir hier darüber reden, nehme ich Sie beim Wort. Aber ich nehme ganz offenkundig wahr, dass Sie das, was Sie gesagt haben, gar nicht ernst meinen, Herr Neumann.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Wo sind die Informationen?)

Sie haben das vielleicht nicht hören können, weil Herr Neumann kein Mikrofon hat. Ich wiederhole seine Frage, weil das sehr deutlich zeigt, wie Sie agieren. Sie sagen, Sie hätten gar keine Informationen und deshalb könnten Sie auch nichts sagen. Dann will ich auf eine Haushaltsausschusssitzung verweisen, in der der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank anwesend war.

(Thomas Böwer SPD: Welcher?)

– Das war damals noch Herr Berger; der ist zurückgetreten.

Damals hatte die SPD-Fraktion schon das gleiche Ansinnen, Herr Böwer, das hatte ich auch. Wir wollten Informationen vom HSH-Nordbank-Vorstandschef bekommen und uns war klar, wenn der HSH-Nordbank-Chef aus dem Nähkästchen plaudert, dann hat das sofort Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit der Bank und Ähnliches. Im Ausschuss wurde beschlossen, einen Teil der Sitzung vertraulich zu behandeln,

(Wolfgang Beuß CDU: Das wolltet ihr nicht!)

damit Herr Berger reden kann, ohne befürchten zu müssen, dass es in der Presse landet, und wir die Informationen, die Sie hier so vehement einfordern, bekommen.

Und wissen Sie was. Die SPD-Fraktion hat im öffentlichen Teil ganz viele Fragen gestellt, zu denen Herr Berger immer gesagt hat, in öffentlicher Sitzung kann ich das nicht beantworten, in vertraulicher Sitzung mache ich das gerne.

(Michael Neumann SPD: Ja, hat er das gemacht?)

Nun sage ich Ihnen einmal, was passiert ist, als wir darüber beraten haben, ob wir Vertraulichkeit herstellen wollen. Ihre Fraktion hat gesagt, an einer vertraulichen Sitzung haben wir kein Interesse mehr, wir haben dort keine Fragen mehr. Dann habe ich all die Fragen gestellt, die Ihre Fraktion gestellt hat, die waren nämlich vernünftig, und habe keine guten Antworten bekommen. Aber sich hier

(Jens Kerstan)

hinzustellen und zu sagen, wir haben keine Informationen bekommen

(Michael Neumann SPD: Wird der Senator informiert?)

in einer Situation, in der Sie sie hätten bekommen können, zeigt sehr deutlich, wie Sie in dieser Krise Politik machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das scheint nicht der Ansatz zu sein, Verantwortung in dieser Stadt übernehmen zu wollen, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Das ist billige Polemik!)

Darum wäre ich in dieser Situation ein bisschen leiser.

Letztendlich merke ich aber, dass das Angebot, in der Sache darüber zu diskutieren, wie wir Schaden von Hamburg und den Finanzen abwenden können, an dieser Stelle keinen Zweck hat, weil das nicht Ihre Intention ist und darum spare ich mir die Zeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

(Michael Neumann SPD: Der hat gerade vom Bürgermeister den Ritterschlag gekriegt!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heldenmut nach Ladenschluss wollen wir nicht. Wir werden auch Mühe haben, uns in den Fraktionen über die Ursachen dieser weltweiten Finanzkrise und der sich jetzt anschließenden Depression zu verständigen. Ich weiß, dass ein Teil dies nicht teilt, aber trotzdem sind die Stimmen, die diese Entwicklung sehen, deutlich stärker geworden.

Herr Goldberg, wer jetzt wann was gemacht hat, interessiert mich überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will mit einem Beispiel belegen, was mir persönlich und politisch am Herzen liegt. Selbst die Volksrepublik China hat sich mit rund 700 Milliarden Dollar an diesem Kreditersatzgeschäft beteiligt.

(Harald Krüger CDU: Frau Schneider, ich bin entsetzt!)

Mit Frau Schneider sind wir uns in der Frage ziemlich einig, was die Volksrepublik China angeht.

Aber es bringt uns doch nicht weiter, wenn wir feststellen, dass seit Jahrzehnten eine Politik der Entkoppelung des Finanzüberbaus gemacht worden

ist und in den letzten Jahren beschleunigt eine kreditfinanzierte Kapitalentwicklung und Wirtschaftsentwicklung generiert wurde. Das heißt nicht, dass es keine Täter dafür gibt, das habe ich vorhin genannt. Was da greifen kann, ist beispielsweise eine Steuersenkungspolitik. Dass man die Standards bei den Eigenkapitalrichtlinien aufgelöst hat, dass man sich Schattenbilanzen zugelegt hat, ist alles hinreichend bekannt. Der Senator muss mir schon gestatten, das zu sagen. Er kennt Attac, die hat er wahrscheinlich immer für völlig überflüssig erachtet.

(Ingo Egloff SPD: Attac macht er selber!)

Aber Attac macht das seit fast 20 Jahren und rennt sich die Hacken ab, was wir jetzt demnächst auch in Hamburg machen mit der Losung: Schließt das Kasino. Wenn Sie jetzt so tun, Herr Kerstan, als lägen keine konkreten Vorschläge auf dem Tisch, dann kommen Sie mit. Herr Rose und ich erläutern Ihnen die Vorschläge,

(Jens Kerstan GAL: Aber hier im Raum!)

die hinter der Formel stehen, das Kasino zu schließen; das nur noch einmal zur Dramatik der Entwicklung.

Herr Senator Freytag hat die sogenannte Schirmlogik vorgestellt. Wir brauchen einen Schirm für die Finanzinstitute, dagegen bin ich nicht. Ich würde Ihnen aber gerne mit Roosevelt antworten, der 1933 schon mal so eine Situation hatte, und das wäre auch meine kritische Anmerkung an die Positionsbestimmung von Helmut Schmidt. Allein mit Schirmen über maroden Finanzinstituten bekommt man das nicht gewuppt. Es ist viel zu viel Wucht in dem System und deswegen hoffe ich, dass Herr Obama die Kraft hat, diese Sache umzusetzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Yes, we can!)

– Yes, we can, da haben Sie völlig recht.

Ich sage nicht, dass wir das nicht können, aber Sie müssen von den Schirmen für die Finanzinstitute weggehen und einen Schirm über Lohnabhängige und Ausgegrenzte breiten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist der entscheidende Punkt, denn sonst bekommen Sie die Verhältnissen und die dahinter liegende Kaufkraftentwicklung nicht weg und das ist, jedenfalls für einen Teil der Experten, eine ganz wichtige Ursache. Darum geht es, wenn wir über Schirme diskutieren.

Ich will noch einmal auf das zurückkommen, was man wirklich tun kann, auch Schirme über Finanzinstitute. Ich will gar nicht die ganzen Argumente, die der Senator noch einmal vorgebracht hat, durchgehen,

(Dr. Joachim Bischoff)

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ich hab' keine gehört!)

sondern nur einen einzigen Punkt: Citigroup. Er hat zu Recht darauf verwiesen, dass Lehman ein Schock war und die Sache beschleunigt hat. Dann ging es um die Citigroup und wenn sie pleite gegangen wäre, dann würden wir heute über ganz andere Dinge reden. Für mich war das spannend, die mussten dann, als sie diese Riesensummen vom US-Staat bekommen haben, wenigstens einmal das machen, was wir vielleicht im Februar vom KPMG-Bericht auch sehen werden. Die Citigroup musste sagen, wie es denn mit ihren Schattenbanken ist. Das müssen Sie sich einmal vorstellen, da ist eine Bank und drumherum, wie im Planetensystem, zirkulieren Schattenbanken, die für die Eigenkapitalquote und die Aufsicht nicht relevant sind. Irgendwann im November kam heraus, dass die Citigroup 1,23 Billionen US-Dollar in Schattenbanken hat. Jetzt können Sie sagen, das sind die USA, aber auch für ein Institut in den USA sind 1,2 Billionen Dollar keine Peanuts.

Das ist zwar ein anderes Beispiel, aber genauso reden wir jetzt – Herr Tschentscher hat das vorhin gesagt – über ein kleines Institut, das Etliches versenkt hat und wir reden darüber, wie das von der Hansestadt zu wuppen ist, denn wir sind Miteigentümer dieses Instituts.

Was kann noch getan werden? Ich will ausdrücklich sagen, dass ich es total gut finde, dass sich Frau Merkel und Herr Steinbrück unter der Führung von Herrn Steinbrück zu einem Gesetz durchgerungen haben und ich hoffe, dass das durch den Bundestag geht. Ich würde es so überschreiben: Schließung der Steueroasen. Da geht es nicht nur um die Cayman Islands oder Guernsey, sondern es geht auch um die Schweiz und Liechtenstein und das ist nicht neu und überraschend. Herr Goldberg ist weg, trotzdem sage ich es noch einmal. Wir haben leider mit systematischer Steuerhinterziehung das noch verschärft, Zumwinkel sei es geklagt, was sowieso an Entkopplung in der Finanzsphäre gegenüber der Realökonomie vorhanden war; das ist das Problem.

Ich habe drei Punkte aufgegriffen. Das eine ist die Schließung der Steueroasen, Veränderung der Eigenkapitalquoten, Verbot bestimmter Börsengeschäfte, also zum Beispiel Swaps und CDOs; darüber kann man diskutieren, dann braucht man auch keinen Finanz-TÜV mehr. Wenn man diesen ganzen Kreditzirkel rückbaut, dann wird das nur funktionieren, wenn wir die Realwirtschaft in Gang bekommen. Und das werden wir nicht hinbekommen, wenn wir die Automobilindustrie, die sowieso schon gigantische Überkapazitäten hat, weiter am Leben erhalten. Das heißt, wir haben, wie Roosevelt 1933 sagte, ein reelles Problem der Umgestaltung der Gesellschaft.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Die Frage ist, ob Sie da mitgehen. Das ist nicht nur ein Finanzproblem, sondern hier geht es meines Erachtens um ein paar andere Dinge.

Jetzt komme ich noch einmal darauf zurück – das war von Herrn Freytag eine der gewohnten schwachen Übungen, von der eigenen Verantwortung abzulenken –, ob man irgendetwas hätte machen können. Der Aufsichtsrat ist schon ein Drama. Man kann immer sagen, ich habe zwar meine Rechte und Pflichten im Aufsichtsrat nicht wahrgenommen, aber alle anderen Dösbaddel genauso wenig; das finde ich kein gutes Argument.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte Ihnen empfehlen, weil wir über den Bericht des Haushaltsausschusses reden, sich zwei Sachen noch einmal anzuschauen. Ich habe im Oktober die Frage gestellt, warum sich die HSH Nordbank – Herr Kerstan, das war ernst gemeint, weil es konkrete Fälle gab – nicht von ihren toxischen Werten trennt; heute sind noch Risikopapiere dazugekommen. Dass man die nicht zum Nominalwert los wird, ist klar.

(Jens Kerstan GAL: Kauft keiner mehr!)

– Ich weiß, dass die keiner kauft.

Ich habe Ihnen damals im Ausschuss vorgehalten, dass andere Banken das gemacht haben. Natürlich ist mir, war es noch Herr Berger, entgegengehalten worden, das könnten wir doch nicht machen wie die anderen Banken, so ein Kreditinvestment von 30 Milliarden Euro für 80 Prozent weniger zu verkaufen. Das ist aber gemacht worden und dann stellen Sie sich hierhin und sagen, das machen wir nicht. Ich breite das nur aus, weil ich mit Ihnen eine Abrechnung mache. Wenn wir das damals gemacht hätten, wären wir billiger dabei weggekommen, als wenn wir es so weitermachen wie jetzt.

(Uwe Grund SPD: Grober Unsinn!)

– Das sehen Sie anders, aber so ist meine Einschätzung. Ich verweise auf den Bericht, Herr Grund, das können wir gerne noch einmal diskutieren. Ich muss mich ja mit dem Argument auseinandersetzen, es wären keine konkreten Alternativen in der Diskussion gewesen. Darüber hätte man diskutieren können und nicht eine Politik des Abmeierns machen. Ich hoffe, dass da eine Veränderung eingetreten ist.

Jetzt möchte ich noch einen Punkt zu der Bad Bank sagen; ich bin wiederum bei Herrn Steinbrück. In der Bad Bank sind bei uns laut Umfrage unter 20 Kreditinstituten 300 Milliarden Euro toxische Papiere, von denen gerade einmal 75 Milliarden Euro abgeschrieben sind. Risikopapiere – ich bin nicht dabei gewesen und weiß nicht, wie seriös das erfasst wurde, aus meinen Erkenntnissen heraus ist das zutreffend – der Finanzinstitute belaufen sich auf 1 Billion Euro. Wenn Herr Steinbrück dann in den Bundestag geht und sagt, dafür ma-

(Dr. Joachim Bischoff)

chen wir eine Bad Bank und später das dem Wahlkreis erklärt, dann muss man nicht nur das entscheidende Gegenargument der LINKEN hören. Sondern das bekommen Sie in der Bevölkerung momentan nirgendwo verlickert. Das muss man ganz eindeutig sagen. Insofern ist das mit der Bad Bank eine ziemlich schwierige Sache. Und glauben Sie bloß nicht, Sie werden das zum Nominalwert los, sondern alle, die Sie jetzt anführen, Schweden oder Japan, die mussten erhebliche Abschlüge hinnehmen. So einfach kommen Sie meines Erachtens aus diesem Ding nicht heraus.

Was ist also zu tun in dieser Situation? So, wie es jetzt aussieht, sind wir darauf angewiesen, endlich den Bericht zu bekommen. Das Erscheinen verschiebt sich laufend, der Bericht muss im Februar vorgelegt werden. Darin soll es einen Vorschlag geben über die möglichen Geschäftsmodelle.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Herr Nordemann hat gesagt, er weiß heute schon, dass die HSH Nordbank um 50 Prozent zurückgebaut wird. In diesem Papier lesen Sie noch, dass Herr Berger von 25 Prozent gesprochen hat. Das heißt, wir werden noch eine Quote des Rückbaus sehen, die wesentlich tiefer ist. Da bin ich ganz gespannt, da bin ich auch bereit, auch die Fraktion, zu schauen, was für Vorschläge auf den Tisch kommen und wie das ganze Desaster der Risikopapiere aussieht. Und dann können wir sehen, wie wir Lösungen zustande bekommen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Mein Respekt vor dem Amt des Finanzsenators ist hoch. Finanzsenatoren der Freien und Hansestadt Hamburg haben eine wichtige Funktion, bei allem Respekt, Herr Freytag. Anzunehmen, Herr Bischoff, dass Herr Freytag für die Krise der Weltwirtschaft verantwortlich zeichnen würde, solche Mutmaßungen hatte ich nie und ich glaube, wenige in diesem Hause hatten das. Dazu ist er nicht die richtige Nummer. Das brauchen wir, glaube ich, nicht zu diskutieren.

Herr Goldberg, die Frage ist doch, wenn ich sie ansprechen darf: Was ist denn die Aufgabe des Parlaments und speziell der Opposition in solchen Situationen? Unser Job ist doch im Parlament nicht, den Vorstand der Bank zu ersetzen oder den Aufsichtsrat zu stellen. Sondern wir haben eine klare nach der Verfassung diktierte Aufgabe, nämlich die Kontrolle der Handlung der Regierung. Und wie sieht die Lage da aus? Herr Freytag vertritt die Interessen des Eigentümers Hamburg in der HSH Nordbank. Herr Wiegand, Finanzminister von

Schleswig-Holstein, tut das für Schleswig-Holstein und dann insgesamt für die Mehrheit der Eigentümer. Wir halten die Mehrheit an dieser Bank als öffentliche Hand. Und Herr Peiner ist der Aufsichtsratsvorsitzende. Unser Job ist es – und nichts anderes tun wir die ganze Zeit –, zu fragen, was diese Regierung in ihrer Verantwortung macht.

Da, muss ich Ihnen sagen, ist die Kritik doch augenfällig und berechtigt. Wenn man die letzten 14 bis 16 Monate genau anschaut, dann kann man doch sehen, was passiert ist. Als wir Ende 2007 auf die gefährliche Entwicklung im Parlament aufmerksam gemacht haben, ist das geleugnet worden. Es ist richtig geleugnet worden. Es ist später verschwiegen worden, dann wurde es verniedlicht und so setzte sich das fort. Im September vergangenen Jahres war Lehman schon passiert. Der Vorstand der HSH Nordbank hat einen Bericht vorgelegt und gesagt, der erste Sanierungsplan bedeutet, wir reduzieren erstens unsere Geschäftstätigkeit und zweitens vernichten wir 750 Arbeitsplätze. Und wissen Sie, was Herr Freytag gesagt hat? Das ist alles nicht so schlimm, wir bekommen noch Dividende. Da hatte sein Amtskollege in Schleswig-Holstein solche Pläne längst aufgegeben. Das nenne ich Traamtänzeri. Da wurde Verantwortung für die Stadt, für die Beschäftigten des Unternehmens und für die Bank nicht mehr wahrgenommen. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Deshalb ist es nicht akzeptabel, wenn so getan wird, als sei das ein Weltereignis – das tropft auf die Stadt herunter und anschließend ist es egal, was passiert. So ist es nicht, Herr Bischoff.

(*Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Das habe ich nicht gesagt!)

Ich finde, die haben Verantwortung dafür, was in den letzten Monaten passiert ist. Es nützt auch nichts, Herr Bischoff, dann große Sprüche zu machen. Der Bürgermeister geht anschließend zu Ihnen und setzt sich auf Ihre Lehne und lässt sich von der Zeitung mit Ihnen gemeinsam fotografieren – toller Trick.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Das ist doch albern!)

– Herr Bischoff, Sie werden doch gerade missbraucht. Haben Sie es gemerkt? Ich habe es jedenfalls gemerkt, dass Sie missbraucht werden.

Es geht darum, genau hinzuschauen, was dieser Senat in seiner Verantwortung getan hat. Das reicht nicht aus. Herrn Freytag haben die Beschäftigten dieses Unternehmens – das ist meine feste Überzeugung – niemals interessiert. Jetzt kommt zum Schluss das große Argument. Nachdem alle zuständig und verantwortlich sind außer der CDU – das haben wir gerade gehört, die sind nicht zu-

(Uwe Grund)

ständig, alle anderen sind verantwortlich –, nachdem der Karren richtig in den Dreck gefahren ist, redet Herr Freytag davon, dass wir gemeinsame Lösungen brauchen. Das habe ich in der Vergangenheit gelernt: Immer dann, wenn alles schiefgegangen ist, dann ruft dieser Senat nach gemeinsamen Lösungen und fordert zu Verantwortung auf. Wir reden über Ihre Verantwortung und die wird ...

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE* – *Wolfgang Beuß CDU*: Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung!)

Die Themen werden auf den Tisch kommen, wir werden diesen Bericht abwarten und sehen, wohin die Lösungen führen. Alle, die glauben, dass es möglich sei, sich dieses Problems elegant zu entledigen, kann man von vorneherein enttäuschen. Das wird nicht der Fall sein. Sondern Hamburg wird das auslöffeln müssen. Das ist meine große Befürchtung. Herr Kruse meint, er will Hamburg von Schaden freihalten. Herr Kruse, das wird nicht mehr gehen.

(*Michael Neumann SPD*: Das ist zu spät!)

Der Schaden ist längst eingetreten. Wir alle können nur gemeinsam hoffen, dass der Senat ihn nicht noch größer macht. Das ist allerdings ein Wunsch, den wir dringend haben. Daran mitzuwirken, dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, wir sind uns heute Abend einig, dass wir über ein schwerwiegendes Thema reden. Deswegen möchte ich auf Herrn Kerstans Hinweis noch einmal eingehen, dass wir jetzt mehr über die Lösungen dieses Problems für die Zukunft nachdenken sollten.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Jetzt sind wir aber gespannt! – *Michael Neumann SPD*: Das verstehen Sie ohnehin nicht, Herr Beuß!)

Wenn wir über die Lösungen des Problems reden, Herr Beuß, dann müssen wir die Fehler der Vergangenheit verstehen. Sonst können wir kein tragfähiges Konzept für die Zukunft der Landesbanken entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es so anstrengend, mit diesen Schuldzuweisungen zu tun zu haben, mit denen Herr Freytag begonnen hat. Ich darf Ihnen sagen: Ich habe mit Bürgermeister Runde sehr ausführlich über diese Fragen gesprochen, nicht über die absurden Schuldzuweisungen, sondern über die Frage, was bei der Hamburger Landesbank gemacht worden ist und was in der Entwicklung der Ge-

schäftstätigkeit der HSH Nordbank möglicherweise falsch gewesen ist.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Kommen Sie doch endlich mit Ihren Vorschlägen!)

Darüber sollten wir sprechen und da hilft es nicht weiter, wenn Sie dazwischenrufen und uns erklären, bei der HSH Nordbank war alles in Ordnung. Wir haben gerade gehört, dass die Geschäftstätigkeit sehr solide war und der Rest war höhere Gewalt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das hat keiner gesagt!)

– Natürlich, Ihr Fraktionskollege hat es doch dargelegt: Herr Stuhlmann und was das alles für eine solide Geschäftstätigkeit war. So kommen wir nicht weiter mit dem zukunftsfähigen Konzept einer Landesbank.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Mit solch einer Rede kommen wir aber auch nicht weiter!)

– Lassen Sie mich doch zu dem Punkt kommen, wie wir weiterkommen. Sonst ist doch überhaupt nicht verständlich, wieso ein Vorstandsvorsitzender entlassen wird und wieso der Senator selbst mittlerweile von einer Bad Bank redet, wenn in der Vergangenheit alles in Ordnung war. Es war nicht in Ordnung und wir müssen den Kern der Sache einmal auf den Punkt bringen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich will jetzt nicht zu der Frage reden, wie die HSH Nordbank selbst die Mitglieder des Beirats einbindet. Dazu könnte ich Ihnen selbst zwei Dinge berichten. Das gehört vielleicht nicht hierher. Aber ich weiß, dass Herr Freytag mir und Herrn Bischoff angeboten und versprochen hat, dass wir eine Drucksache bekommen, in der die alternativen Geschäftsmodelle der HSH Nordbank in der Zukunft ausführlich dargelegt werden. Er hat auch versprochen – und darauf lege ich Wert –, dass wir als Opposition ausreichend Zeit haben, mit Finanzexperten – nicht nur mit dem Senat, sondern mit Finanzexperten – über diese Varianten sprechen zu können, um uns ein fundiertes eigenes Urteil bilden zu können. Darauf lege ich Wert.

Was mir überhaupt nicht gefällt, ist, dass Herr Nonnenmacher vor einer Woche noch in Schleswig-Holstein erklärt, im Übrigen müssten die Parlamente in Schleswig-Holstein und Hamburg das neue Geschäftsmodell in drei Wochen durchwinken, alles andere passe schon gar nicht mehr in den Zeitplan. So kommen wir nicht zu einem tragfähigen Konzept und so kommen wir auch nicht zu einer Zustimmung der Opposition in diesem schwerwiegenden Thema für die Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn* und *Dr. Joachim Bischoff*, beide *DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Grund, es ist nicht richtig, dass wir jetzt, wo die HSH Nordbank in Schieflage geraten ist, nach der SPD schreien, sie möge uns bitte helfen, nach einer tragfähigen Zukunftslösung zu suchen. Das ist so leider nicht richtig. Selbstverständlich laden wir Sie ein, konstruktive Vorschläge zu machen. Aber wir haben schon lange nicht mehr darauf gebaut, dass von Ihnen welche kommen.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Beuß CDU:* Die sind heute auch nicht gekommen! – *Michael Neumann SPD:* Ganz große Rede, Herr Goldberg!)

Eine Einladung zur Mitwirkung ist etwas anderes als das Schreien nach Beiträgen und Lösungen, die wir selber nicht finden können.

Herr Tschentscher, Sie sagen wieder, Sie betreiben keine Schuldzuweisungen. Das Einzige, was Sie machen, ist eine Schuldzuweisung der Schuldzuweisung zu beschreiben, indem Sie Ihre eigene jemand anderem umhängen wollen. Aber ich finde gut, dass Sie jetzt in Ihrem weiteren Wortbeitrag sagen, Sie seien interessiert an Lösungen. Das war in Ihrem ersten Beitrag nicht deutlich geworden.

In einem Punkt teile ich Ihre Auffassung, um das klar zu sagen. Es ist richtig, dass wir im Parlament über die Zukunftsausrichtung der HSH Nordbank beraten. Da gebe ich Ihnen recht. Wir sollten uns allerdings nicht Monate Zeit lassen, sondern, wenn der Zeitpunkt gekommen ist und es sinnvolle Vorschläge gibt, diese auch zeitnah diskutieren und uns nicht in endlosen Diskussionen ergehen. Ob drei Wochen der richtige Zeitraum sind oder drei Monate – da kann ich Ihnen nur sagen: Drei Monate werden es eher nicht sein.

(*Michael Neumann SPD:* Es muss der 11. Februar sein!)

Wenn wir schon anerkennen, dass bei der HSH Nordbank Gefahr im Verzuge ist, dann denke ich, dass wir dann, wenn es soweit ist, dass es einen diskussionsfähigen Vorschlag gibt, auch schnell diskutieren können. Das können wir im Haushaltsausschuss machen, das können wir meinetwegen im Unterausschuss machen, das können wir auch außerhalb machen in einer Arbeitsgruppe, das ist mir vollkommen egal. Ich jedenfalls stehe Ihnen sehr gerne zur Verfügung, mit Ihnen und auch mit Herrn Egloff – oder wer sich sonst als kompetent berufen fühlt – daran mitzuwirken, dass wir uns im Parlament beraten und mehr oder weniger einvernehmlich oder eben auch nicht einvernehmlich dazu kommen, dass wir Lösungen mit verabschieden.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das ist doch einmal etwas!)

Sie sind herzlich eingeladen dazu, um das ganz klar zu sagen.

Herr Bischoff, Sie reden von toxischen Wertpapieren...

(*Michael Neumann SPD:* Mann muss doch was zu sagen haben, wenn man da vorne steht!)

– Ja, Herr Neumann, das ist der Grund, weshalb Sie nicht vorne stehen. Das ist richtig.

Also, Sie reden von toxischen Wertpapieren, die man beizeiten verkaufen muss. Es ist so, dass im Zuge der Finanzmarktkrise viele Papiere erst toxisch geworden sind im Laufe der Zeit. Wenn Sie im Bankgeschäft jedes Risiko gleich antizipieren und adressieren, bevor es virulent geworden ist, dann brauchen Sie mit dem Bankgeschäft nicht anzufangen. Sie können aber, wenn bestimmte Papiere am Markt nicht mehr gehandelt werden, diese nicht mehr verkaufen. Das tut mir leid, das funktioniert nicht. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/1709 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 38 auf, Drucksache 19/1904 in der Neufassung, Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Qualifiziert und nicht mehr chancenlos – Potenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen, fördern und nutzen.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Qualifiziert und nicht mehr chancenlos – Potenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen, fördern und nutzen – Drs 19/1904 Neufassung –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Güclü, Sie haben das Wort.

Nebahat Güclü GAL:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Anerkennung ausländischer Qualifikationen, richtiger gesagt Qualifikationen von Menschen, die im Nicht-EU-Ausland erworben worden sind, haben wir an dieser Stelle in der letzten Legislaturperiode schon einmal gemeinsam debattiert.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Stellen Sie hier vorne bitte das Fotografieren ein? Danke. – Fahren Sie bitte fort.

Nebahat Güclü (fortfahrend): – Danke.

Diejenigen unter Ihnen, die schon damals hier waren, erinnern sich sicherlich auch, dass wir eine Überweisung hatten, und zwar federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschafts- und den Schulausschuss. Dort wurde die Drucksache auch schon diskutiert, konnte allerdings wegen der endenden Wahlperiode nicht abschließend beraten werden. Aber schon damals gab es über alle Fraktionen hinweg eine Einigkeit darüber, dass in dieser Frage ein großer Handlungsbedarf besteht. Ich möchte heute noch einmal kurz umreißen, worin die Dramatik dieser Problematik liegt.

Worum geht es konkret? Es geht um Migrantinnen und Migranten – die Zahl ist noch nicht ganz erfasst und bekannt – aus Nicht-EU-Staaten, die bereits schulische, universitäre und auch berufliche Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, die hier regelhaft nicht oder auch nur teilweise anerkannt werden. Es gibt nur Schätzungen und Prognosen, aber es sind bundesweit sicherlich einige Hunderttausend. Das betrifft vor allem alle Menschen, die selber eingewandert sind, das heißt, die schon eine Schule in ihren Herkunftsländern besucht haben, die dort Berufe gelernt haben oder auch studiert haben. Darunter sind auch viele Menschen, die bereits eingebürgert sind. Hier wird regelhaft die Qualifikation nicht anerkannt, weil sie nicht aus dem EU-Ausland kommen. Gerade bei der größten Gruppe der Neuzuwanderer, wie sie gerne genannt werden, also Menschen, die über Familienzusammenführungen in die Bundesrepublik kommen, haben wir das Problem ebenfalls regelhaft.

Gegenwärtig lassen die hohen Zahlen, gerade die Arbeitslosenzahlen bei Migrantinnen und Migranten, den Eindruck entstehen, sie hätten ein niedriges Bildungsniveau und geringe Berufsqualifikationen. Tatsache ist aber, dass viele bereits Qualifikationen haben, nur dass diese nicht als Voraussetzung ausreichen, um hier anspruchsvolle Arbeitsplätze zu bekommen. Um sich jedoch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachhaltig etablieren zu können, ist es notwendig, diese Qualifikationen auf ihre Übertragbarkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls Qualifikationen und Zertifikate nachträglich zu erwerben.

Allerdings stellt sich die Situation für die Betroffenen immer sehr kompliziert dar. Vielfach wissen sie nicht, an wen sie sich wenden müssen. Sie wissen nicht, wer ihre Ansprechpartner sind und vielfach ist leider auch die Gesetzeslage derart formuliert, dass tatsächlich keine Anerkennung erfolgt. Damit bleiben den Menschen Wege verwehrt, in

den ursprünglich erlernten Beruf wieder einzusteigen. So ist es nicht verwunderlich, dass viele von ihnen Berufe ausüben oder Beschäftigungen nachgehen, die ungelernte Arbeit sind, oder viele in der Arbeitslosigkeit landen. Gerade wenn man sich die Gruppe der Langzeitarbeitslosen anschaut, ist eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten festzustellen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Arbeitslosenquote: In Hamburg liegt die allgemeine derzeit unter 8 Prozent, die Arbeitslosenquote von Migrantinnen und Migranten ist mehr als doppelt so hoch mit 19 Prozent.

Ich meine, es darf nicht sein, dass gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker Taxi fahren müssen, weil ihre Diplome nicht anerkannt werden, aber witzigerweise ihre Führerscheine. Und es kann nicht sein, dass Ärztinnen und Ärzte aus Russland oder Afghanistan – um nur einige Beispiele zu nennen – trotz jahrelanger Berufserfahrung bestenfalls als Pflegekräfte eingestuft werden, in der Regel aber die Flure der Krankenhäuser schrubben.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die über Qualifikationen verfügen, nur weil diese Qualifikationen nicht in Europa erlangt worden sind, quasi als unqualifiziert abgetan werden, so fremdbestimmt werden und damit bei null beginnen müssen und ganze Erwerbsbiographien ausgeblendet werden. Ich finde, das ist eine ungeheure Verschwendung von Talenten und Potenzialen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir können es uns menschlich nicht leisten, und vor allem können wir uns das volkswirtschaftlich nicht leisten. Auch in puncto Fachkräftemangel in Deutschland diskutieren wir immer über Zuwanderung. Wir haben damit kein Problem, aber wir sollten erst einmal schauen, welche Menschen bereits im Lande sind und über welche Qualifikationen diese Menschen verfügen. Deswegen ist es sicherlich notwendig, das komplexe System von Bewertung und Anerkennung dieser Abschlüsse einmal auf die Praktikabilität hin zu überprüfen, denn es geht nicht nur um den Bedarf unseres Arbeitsmarkts. Es geht auch um Fragen der Gleichbehandlung und der Chancengerechtigkeit. Berufliche Anerkennung muss ein fester Bestandteil der deutschen und hamburgischen Integrationspolitik sein, denn wir sind nicht glaubwürdig, wenn wir auf der einen Seite zu Recht von den Menschen verlangen, dass sie Integrationsleistungen erbringen müssen und sich einbringen müssen, aber auf der anderen Seite Regelungen treffen und Verordnungen formulieren, die einen beruflichen Einstieg verhindern, der ihren Fähigkeiten und Kenntnissen entspricht. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass diese Regelungen integrationspolitisch total kontraproduktiv sind.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

(Nebahat Güclü)

Ich hatte vorhin kurz angerissen, dass es auch, wenn man einen Vergleich macht zwischen Migrantinnen und Migranten aus EU-Ländern und Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern, eine unterschiedliche Behandlung gibt. Auch die gilt es zu erklären. Während die Anerkennung der Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten aus EU-Ländern relativ problemlos passiert – das heißt, hier wird sich sehr stark um eine Harmonisierung bemüht und es wird gegenseitig anerkannt –, stellen wir fest, dass es bei außerhalb europäischer Staaten erworbenen Qualifikationen eher eine regelhafte Nichtanerkennung gibt. Diese Ungleichbehandlung löst zu Recht bei den Menschen subjektiv das Gefühl aus, dass hier eine strukturelle Diskriminierung vorliegt. Sie haben recht in dieser Wahrnehmung und sie haben auch recht, wenn sie sagen: Wie kann von uns Integrationsleistung erwartet werden, wenn wir nicht einmal die Möglichkeit haben, in unsere Berufe wieder einzusteigen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Die Integrationsbeauftragte des Bundes hat hierzu eine Studie in Auftrag gegeben. Die Studie heißt "Brain Waste". Demnach finden gerade einmal 16 Prozent der befragten Einwanderinnen und Einwanderer aus Osteuropa einen Job in ihrer Branche, obwohl die meisten von ihnen über eine Ausbildung oder ein Studium verfügen. Die Untersuchung offenbart ein bizarres Labyrinth von Anerkennungsstellen und Zulassungsverordnungen, in dem sich nicht einmal deutsche Beratungseinrichtungen zurechtfinden, geschweige denn die Einwanderinnen und Einwanderer selbst. Einmal ist der Bund zuständig, einmal sind es die Länder. "Brain Waste" berichtet von Bewerberinnen und Bewerbern, die sich bei vier Stellen über die Anerkennung ihres akademischen Abschlusses informierten und vier unterschiedliche Antworten bekamen.

Auch in Hamburg spiegelt sich genau diese Situation wider. Derzeit sind auch hier die Verfahren recht unübersichtlich, die Menschen wissen nicht an wen sie sich wenden können. Was wir brauchen, ist eine klare Auseinandersetzung darüber, wie wir es erreichen können, dass die Menschen klare Ansprechpartnerinnen haben, dass sie in diesem Dschungel zurechtfinden und vor allem auch wie die Verfahren insgesamt erleichtert werden können, sodass eine größere Anerkennung dessen erlangt werden kann, was die Menschen bereits in ihren Ländern erreicht haben.

Diese Problematik ist auch auf Bundesebene erkannt worden, sodass es inzwischen eine jährliche Berichtspflicht gibt und sich mit dem Thema der Anerkennung auseinandergesetzt wird. Auf Bundesebene gibt es hierzu auch einzelne Maßnahmen. So wurden Maßnahmen zur Anpassung und

Nachqualifizierung zunächst nur für Akademikerinnen und Akademiker initiiert, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Das ist ein richtiger Schritt, aber es löst natürlich das Problem nicht grundsätzlich. Um Qualifizierungsressourcen zielgerichteter einsetzen zu können, bessere berufliche Perspektiven zu eröffnen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist es notwendig, den Betroffenen bessere Informationen zur Verfügung zu stellen, sie gebündelt zu veröffentlichen und Barrieren der Bewertung und Anerkennung abzubauen.

Abgesehen von der Verwertung der formalen Qualifikation für die Aufnahmegesellschaft geht es integrationspolitisch auch darum, die bei Migrantinnen und Migranten vorhandenen Potenziale anzuerkennen und zu nutzen und damit letztendlich auch gute Rahmenbedingungen für Integration zu schaffen. Denn gute Chancen auf Arbeit, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, sind neben guten Sprachkenntnissen Schlüssel zur Integration. Daher muss es das Ziel sein, eine möglichst schnelle, den jeweiligen Abschlüssen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu erreichen. Es wäre migrationspolitisch ein großer und wichtiger Schritt, wenn wir diese Potenziale von Einwanderinnen und Einwanderern besser zu nutzen wissen, denn es wäre gut für die Menschen selbst, für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Es ist eine wirkliche Win-win-Situation und wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass wir uns mit diesem sehr komplexen Thema noch einmal eingehend in den Ausschüssen beschäftigen.

Wir möchten auch nicht, dass der Antrag heute abgestimmt wird, sondern wir sind uns sicher, dass es noch eine ganze Reihe an Fragen dazu gibt. Wir möchten dazu eine Expertenanhörung machen und wir möchten den Antrag an den Sozialausschuss überweisen, wo wir allerdings auch den Schulausschuss, den Wissenschaftsausschuss und den Wirtschaftsausschuss beteiligen möchten. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss mit Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Özkan.

Aygül Özkan CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mich erstaunt ein bisschen, dass von der SPD heute, obwohl das ein wirklich soziales Thema ist und die SPD sich sehr für Migranten einsetzt, nur so wenige hier sitzen. Vielleicht ist es auch der späten Stunde zugetan.

(Michael Neumann SPD: Immerhin der Fraktionsvorsitzende!)

(Aygül Özkan)

– Nein, von uns sitzen eindeutig flankiert mehr hier, um dem Thema noch einmal den Stellenwert zu geben.

Stellen Sie sich vor, Sie haben jahrelang ein Ingenieurstudium im Ausland absolviert und dürfen in Deutschland nicht ihrem erlernten Beruf nachgehen und darin arbeiten, weil Ihre Qualifikation nicht anerkannt wird. Diese Zeit wäre sicherlich sehr belastend und ohne Aufgabe und Beschäftigung gehen Ihnen vorhandene Kompetenzen womöglich verloren. Nach einer sprachlichen und beruflichen Qualifikation finden Sie nur im Arbeitsmarktsegment für gering Qualifizierte eine Beschäftigung, obwohl in Deutschland durchaus Bedarf an Ingenieuren besteht.

Dieses Szenario ist leider real und spiegelt die Alltagsrealität vieler Migrantinnen und Migranten wider, die bei uns leben, und lässt erahnen, welche Chancen sich ergeben würden, wenn sie tatsächlich mit ihrer vollständigen Qualifikation integriert wären. Vergeuden wir Potenziale tatsächlich? Das ist eine Frage. Nach einer Studie der OECD aus dem Jahr 2007 lebten mit einem Anteil von 12 Prozent in Deutschland so viele Zuwanderer wie in keinem der 24 übrigen OECD-Länder. Aber nur in wenigen Ländern seien Migranten ähnlich schlecht am Arbeitsmarkt integriert wie hierzulande. Die Studie zeigt allerdings auch auf, dass in Deutschland lebende Migranten auch bei gleicher Bildung deutlich schlechter abschneiden als die übrige Bevölkerung.

Das wissen wir. Wir wissen auch, dass wir bei denen, die wir die Qualifikation hier erwerben lassen, noch einiges tun müssen. Nun müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir müssen einmal die Rahmenbedingungen durchleuchten und sehen, wie wir die Beschäftigungsquote bei Hochschulabsolventen mit Zuwanderungshintergrund erhöhen können. Die Zahlen, die wir im Moment haben, sind sehr gering. Aber sie zeigen, dass 68 Prozent gegenüber 84 Prozent bei in Deutschland geborenen Akademikern eine Beschäftigung haben.

Ich möchte Ihnen zwei Gründe nennen, warum wir die Defizitbetrachtung ablegen sollten und ein Stück weit übergehen sollten zu schauen, wie wir Kompetenzen und Potenziale durch passgenaue Anerkennungs- und Übergangslösungen schaffen können.

Erstens – und das ist auch der wichtigste Punkt: Kulturelle Vielfalt am Arbeitsmarkt ist eine große Wirtschaftschance für uns. Nur wenn wir Stärken bündeln und die Kompetenzen und Potenziale aller in unserer Stadt lebenden Bürger optimal einsetzen, können wir der Herausforderung einer wachsenden und größer werdenden Wirtschaftsmetropole genügen. Es ist mittlerweile unbestritten, dass kulturelle Vielfalt in einer Großstadt positive ökonomische Effekte auslöst.

Das sagt auch die HWWI-Studie, die vor einigen Monaten Großstädte analysiert und festgestellt hat, dass kulturelle Vielfalt sich positiv auf Produktivität und Innovationsprozesse auswirkt. Menschen aus unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Gruppen ergänzen sich in ihren Fähigkeiten in bestimmten Produktionsprozessen und bringen unterschiedliche Werte und Ideen in die Arbeitsprozesse ein. Neue Denkmuster und Vorstellungen können wichtige neue Strömungen auslösen. Und die brauchen wir. Damit sich aber die ökonomischen Effekte einstellen, ist es maßgeblich, dass sich eine kulturell verschiedenartige Zusammensetzung der Beschäftigten in den unterschiedlichen Hierarchien einfindet. Kulturelle Vielfalt in der Wirtschaft und im Arbeitsmarkt stellt eine große Chance für uns und für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in der Metropole dar.

Die berufliche Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund entscheidet auch über die zukünftige Wirtschaftskraft in Deutschland. Auch der steigende Fachkräftemangel, der so oft bemüht wird, ist eine Herausforderung für die Wirtschaft. Führen wir uns vor Augen: Alleine in Hamburg in der Logistikbranche blieben 2007 2400 Arbeitsplätze unbesetzt, 36 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Angaben der Bundesagentur für Arbeit für Gesamtdeutschland bestätigen diesen Trend. Die Wirtschaft hat längst erkannt, dass sie hoch qualifizierte oder auch qualifizierte Fachkräfte, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben, sehr wohl integrieren möchte. Nun sind wir an der Reihe, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass diese Qualifikationen auch tatsächlich anerkannt werden.

Ich möchte Ihnen noch einen zweiten Grund nennen, warum wir das befürworten und vorantreiben sollten. Migrantinnen und Migranten – das hat der Bürgermeister beim Neujahrsempfang am letzten Sonntag gesagt und das ist richtig und das sollten wir uns immer vor Augen führen – sind nicht dümmer als andere in unserer Stadt. Sie sind nicht weniger wert und das sollten wir auch zeigen, indem wir es schaffen qualifizierte Migrantinnen und Migranten mit ihren Potenzialen anzuerkennen und wertzuschätzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig, wir können es uns auch volkswirtschaftlich nicht leisten, auf diese Potenziale zu verzichten. Wir müssen die Kräfte, die wir hier haben, bündeln und letztendlich uns auch neue Wege damit öffnen.

Wir dürfen aus Facharbeitern keine Hilfsarbeiter machen und aus Ingenieuren keine Lagerarbeiter. Hier schlummert ein Schatz, den wir heben müssen und wir müssen umdenken und nicht ständig umkrempeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Aygül Özkan)

Zu unseren Möglichkeiten – Frau Güclü hat das eben sehr gut aufgezählt – gehören eine bessere Verknüpfung von Anerkennung, Anpassung und Nachqualifizierung. Um diese Verfahren zu beschleunigen, transparenter zu machen und zu gestalten, sollten wir insbesondere die Ausschussberatungen nutzen, um uns über diese rechtlich doch schwierigen Zusammenhänge Klarheit zu verschaffen und das, was in unserer Möglichkeit steht, auch zu ändern.

Wir müssen es auch schaffen, die Beratungsangebote für Migranten im Rahmen dieser Anerkennungsprozesse zu verbessern. Nicht zuletzt – das ist noch einmal ein Appell an die Kammern – müssen wir es auch schaffen, dass sich die Kammern und Innungen für dieses Thema öffnen. Auch dort liegt eine sehr große Hürde und Barriere, die wir immer wieder erkennen, denn die Wirtschaft selbst ist sensibilisiert und braucht diese Fachkräfte.

Zu guter Letzt ist das Wichtigste, das wir uns vor Augen führen müssen, dass wir Zuwanderung und kulturelle Diversität als Chance und Potenziale einer internationalen Stadtgesellschaft verstehen sollten. Lassen Sie uns gemeinsam an den Rahmenbedingungen arbeiten. – vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei Arno Münster SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Ciftlik.

Bülent Ciftlik SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die vorangegangenen Beiträge haben deutlich gezeigt, wie komplex und schwierig die Anerkennungsverfahren sind und dass selbst wir als sogenannte Inländer schon Verständnisschwierigkeiten haben.

Ich will nicht alle Argumente noch einmal wiederholen, weshalb es so wichtig ist, auf diesen Punkt hinzuweisen. Ich habe selbst meine eigenen Erfahrungen gemacht, als ich mich für Bürgerinnen und Bürger beim Schulinformationzentrum eingesetzt habe. Da ging es nur – in Anführungsstrichen – darum, im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigungen anerkennen zu lassen. Ich wurde jeweils mindestens dreimal zur Universität geschickt.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Eine kleine Unterbrechung, Herr Ciftlik. Könnten Sie die Mikrofone etwas höher stellen, dann würde das Plenum Sie besser verstehen, es kommt hier ziemlich leise an. – Danke schön.

Bülent Ciftlik (fortfahrend): Ich hatte die Situation als relativ einfach eingeschätzt, wurde aber hin- und hergeschickt von der Universität zurück in die

Hamburger Straße, von dort wieder zurück und dann wieder zurück in die Hamburger Straße. Das hat mir noch einmal gezeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Das Hamburg Welcome Center kommt nicht nur in diesem Antrag vor, sondern auch im Antrag von vor einem Jahr und muss aus meiner Sicht die zentrale Verwaltungsfunktion und Anlaufstelle in dieser ganzen Angelegenheit einnehmen. Daher halte ich die Forderung für sehr sinnvoll, dass sich das Hamburg Welcome Center um diese Fragen und um die Beratung kümmern soll und finde den Vorstoß deswegen auch unterstützenswert.

Das Hamburg Welcome Center muss die Institution werden, an die sich alle wenden sollen und es muss Hauptansprechpartner sein und ein Netzwerk um sich herum bilden. Es gibt aber noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die wir lösen müssen. Vorhin wurde schon gesagt, dass von den 168 Anträgen auf Anerkennung im Berufs- und Bildungsbereich – mir liegt eine Antwort auf eine Anfrage der GAL-Fraktion aus dem Jahr 2006 vor – nur neun positiv beschieden wurden und 120 dieser Anträge stammen von Antragstellern, die Nicht-EU-Ländern angehören. Aber es heißt, alle Bundesländer – das ist wiederum eine Antwort auf eine kleine Anfrage, die wir einmal gestellt hatten – bewerten ausländische Abschlüsse nach einheitlichen Kriterien, die Hamburger Bewertungen haben bundesweit Gültigkeit. Weiter heißt es, dass die EU-Zugehörigkeit für das Anerkennungsverfahren keine Rolle spielt, wohl aber die europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse des Europarats von 1953, der zahlreiche Länder, nämlich 46 aus dem europäischen Raum, beigetreten sind. Das zeigt, dass es andersherum ist und Hamburg das allein richten kann. Der Senat kann initiativ werden und Lösungen herbeiführen und muss an der Stelle nicht auf die Entscheidungen auf Bundesebene warten.

Das hat auch Auswirkungen auf all diejenigen, die noch nicht sehr viele Jahre hier leben, vielleicht im Rahmen der neuen Bleiberechtsregelungen geduldet sind, auch akademisch ausgebildet sind und, salopp ausgedrückt, loslegen könnten, wenn man sie denn ließe; da trifft der Vergleich schon zu. Es gibt viele akademisch ausgebildete Taxifahrer oder medizinisch ausgebildete Fachkräfte, die keinen adäquaten Job finden dürfen. Könnten täten sie es wahrscheinlich schon, aber sie dürfen nicht. Das ist ein Zustand, den wir unbedingt ändern müssen, und Hamburg hat es in der eigenen Hand.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Einerseits fordern wir von den Menschen, die unter die Bleiberechtsregelung fallen, dass sie den Vorgaben Folge leisten, die wir ihnen stellen, damit wir ihren Aufenthalt verlängern können. Allerdings tun wir nicht das, was wir tun könnten, um ihren Aufenthaltsstatus zu sichern, nämlich ihnen einen ad-

(Bülent Ciftlik)

äquaten Job zu ermöglichen. Qualifizierte Menschen – das ist so, auch wenn das einige nicht wahrhaben wollen, das ist nicht unüblich – sollten eine Chance erhalten, über den Prozess der Anerkennung und der notwendigen Zusatzqualifizierung ihren erlernten Job ausüben zu dürfen. Dass wir junge Menschen brauchen, die unser Land und unser System kennen und auch bereichern, wird niemand ernsthaft bestreiten können.

Das hat auch Auswirkungen auf ein Phänomen, das wir aus anderen Zusammenhängen kennen, dass die soziale Herkunft von Kindern oft entscheidend für den schulischen, akademischen und damit auch für den beruflichen Werdegang ist. Das führt zu dem Schluss, dass Kinder dieser Familien genau diesem Risiko ausgesetzt sind. Akademisch ausgebildete Eltern, die irgendwann vor einigen Jahren hierher gekommen sind, aber nicht den erlernten Job ausüben dürfen, laufen Gefahr, ihren Kindern nicht den Aufstieg zu ermöglichen, der im Normalfall möglich wäre.

Viel mehr Menschen, seien wir da mal ganz ehrlich, auch wenn das an der Stelle nicht alle wahrhaben möchten, die vor einigen Jahren zugewandert und auf Transferleistungen angewiesen sind, wollen ein selbstbestimmtes Leben führen. Sie wollen keine staatlichen Hilfen, sie wollen unbedingt raus aus dieser nicht gewollten Obhut, um es einmal so zu formulieren, um unabhängig zu sein und aus eigenen Kräften ohne staatliches Zutun leben zu können. Um das Bild zu korrigieren: Die Menschen, die hierher kommen – das tun sie nicht immer freiwillig, das muss man dazu sagen –, die sich dazu entschlossen haben, mit ihren Familien hier ein eigenständiges Leben zu führen, wollen sich nicht, nur weil wir sie nicht lassen, mit Transferleistungen abspeisen lassen.

Meine Damen und Herren! Der Antrag bedeutet – deswegen unterstützen wir ihn grundsätzlich – eine systematische Prüfung der Vergleichbarkeit um Teilerkennung, um konkrete Angebote zur Nachqualifizierung. Sie wollen prüfen, da besteht Konsens, aber bis wann und wer soll prüfen. Ich kann mich erinnern, dass Frau Machaczek vor einem Jahr – sie ist nicht ans Rednerpult gegangen, das werfe ich Ihnen auch nicht vor – die Behörde für Wissenschaft und Forschung aufgefordert hat, gemeinsam mit den anderen Fachbehörden zu prüfen, welche Maßnahmen zur Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse von Zuwanderern ergriffen werden können; das haben Sie gesagt, das steht im Plenarprotokoll. Das ist jetzt ein Jahr her und warum kommen Sie nicht hierher und sagen, was dabei herausgekommen ist, denn Sie haben vor einem Jahr gesagt, das solle bereits in den nächsten Tagen besprochen werden. Ein Jahr hat 365 Tage und ich glaube nicht, dass Sie die kompletten 365 Tage gemeint haben.

Wir finden den Antrag gut, ich habe aber das Gefühl, schon wieder soll ein bisschen Show herhalten, ein bisschen in der Community geworben werden, wie weltoffen und wie bereit Sie doch seien und welche Pflöcke Sie einschlagen würden. Das ist aber schon ein Jahr her und ich möchte sehen, dass Ihren vollmundig angekündigten Worten auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Das mag mir vielleicht diese Seite nicht ganz abnehmen, aber man sollte nur das sagen, was man wirklich meint. Hamburg Welcome Center heißt so etwas wie Willkommenscenter und das setzt eine Mentalität der Ehrlichkeit voraus, dass man das auch wirklich so meint, dass man die Menschen einlädt, die hierhergekommen sind, sich so schnell wie möglich zu integrieren, und das geht nicht nur über Sprache, über Bildung, sondern es geht auch über wirtschaftliche Integration.

Deswegen wäre die Aufklärungskampagne, für die Sie sich vor einem Jahr eingesetzt haben, dringend notwendig gewesen, eine Werbekampagne, wie Sie sie auch für Einbürgerungen fordern, um zusammen mit den Kammern deutlich zu machen, welche Bedingungen man erfüllen muss, wohin man gehen muss, wenn man hierher kommt, fachlich qualifiziert ist und ein Diplom in der Tasche hat, wer einem behilflich sein kann.

Auch die in dem Antrag von vor einem Jahr erwähnte vielsprachige Broschüre wäre ein geeignetes Mittel gewesen, sie den Unternehmern, den Kammern in die Hand zu geben und zu sagen, ihr könnt euch auch nach qualifiziertem Personal aus dem Ausland umsehen und ihr wisst von vornherein, was ihr machen müsst. Deswegen wäre ein Hamburg Welcome Center, in dem all diese Dinge erledigt werden, wo man nicht von Pontius zu Pilatus geschickt wird, sondern genau weiß, hier sind Menschen, die mit Rat und Tat diese Formalitäten innerhalb von wenigen Wochen erledigen können, angebracht gewesen.

Zum Schluss möchte ich nur noch anmerken, dass die Anerkennung von interkulturellen Fähigkeiten – ich weiß nicht, ob der Begriff schon gefallen ist – nicht nur bei Zuwanderern, die erst vor einigen Jahren hierhergekommen sind, angezeigt ist, sondern auch bei denjenigen, die hier geboren wurden und aufgewachsen sind und mehrere Sprachen sprechen, mehrere Kulturen kennen.

(*Nebahat Güclü GAL*: Das ist doch gar nicht das Thema!)

Auch die stellen die Personengruppe dar, die wir fördern sollten und die auch eine Bereicherung im wirtschaftlichen Leben darstellen.

Wir unterstützen diesen Antrag und wollen ihn im Sozialausschuss, weil Sie selbst sagen, es müs-

(Bülent Ciftlik)

sten viele Fragen geprüft werden, noch einmal beraten. Alle übriggebliebenen Fragen wollen wir klären, aber dann würden wir auch ganz gern zur Tat schreiten und nicht in einem Jahr wieder denselben Antrag diskutieren. Wir machen unsere Hausaufgaben, wenn Sie wollen, machen Sie einfach mit. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich heute gefreut, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund sprechen. Wir haben fast dieselben Gefühle, weil wir das aus nächster Nähe erleben und unsere Mitbürger uns öfter darauf ansprechen.

Ich habe mich gefreut, dass auch Frau Özkan nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die menschlichen Perspektiven dargestellt hat.

(*Bettina Machaczek* CDU: Wir sind alle ganz nett! – Beifall bei *Stephan Müller* CDU)

Das hat mich gefreut, weil ich sonst immer Ihre Reden zum Bereich Wirtschaft höre, aber zu dem vorliegenden Bereich wenig mitbekomme.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über den Antrag, der zuerst von den Grünen und danach auch von der CDU übernommen worden ist, bei dem es um die Verbesserung der schulischen, hochschulischen und beruflichen Qualifikation geht. Leider geht uns dieser Antrag nicht weit genug. Es handelt sich, was auch Herr Ciftlik angesprochen hat, wiederum um einen Prüfantrag. In diesem Land leben seit 60 Jahren viele Migrantinnen und Migranten und nicht erst seit gestern.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Richtig!)

Wir sind der Auffassung, dass mit diesem Antrag, wiederum nur zu prüfen, welche Probleme diese Menschen haben und wo wir ansetzen müssen, die Sache hin- und hergeschoben wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss handeln, handeln in dem Sinne – meine Vorredner haben es angesprochen, das möchte ich nicht wiederholen –, dass viele Menschen mit bestimmten Qualifikationen hier leben. Ich glaube, ich bin der Einzige, der aus dem betrieblichen Bereich von der Basis kommt. Ich habe mit Menschen im Betrieb gearbeitet, die aus der Ex-Sowjetunion oder anderen Ländern kamen, die eine akademische Ausbildung hatten und mit Handwerk nichts zu tun hatten. Die haben aber mit mir in dem Betrieb gepackt oder montiert. Ich habe über 12 Euro verdient und die haben 6,50 Euro für dieselbe Arbeit verdient. Ich finde es unfair, dass man die

Qualifikation, die diese Menschen mitbringen, nicht anerkennt.

(Beifall bei der LINKEN)

Man müsste diese Menschen auch gleichzeitig fördern, denn wenn Menschen in dieses Land kommen und die Möglichkeit haben, hier zu leben, sollten sie auch die Möglichkeit haben, fachlich und sprachlich gefördert zu werden.

Erstens freue ich mich, dass dieser Antrag an den Ausschuss überwiesen wird, denn ich dachte, heute wird darüber abgestimmt.

Zweitens fordern wir, im Haushaltsjahr 2009/2010 auch Finanzmittel dafür bereitzustellen, damit diese Menschen konkret gefördert werden.

Drittens: Es gibt ein Konjunkturprogramm I und II, wo der Senat Bundesmittel bekommt, die man auch im Bereich Bildung einsetzen kann. Deswegen sind wir der Auffassung, man sollte konkret in dem Bereich Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Es reicht nicht zu sagen, wir warten darauf, ob es EU-Stipendien gibt oder ob es Bundesmittel dafür gibt, diese Menschen zu fördern. In dem Sinne sagen wir, man muss handeln und handeln bedeutet, dass man nicht nur einen Antrag auf Prüfung stellt. Ich hoffe, dass wir den Antrag beschließen und er nicht noch einmal als Prüfantrag zurückkommt und dass er auch ein bisschen ausgeweitet wird und konkret Finanzmittel dafür bereitgestellt werden. – Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bedanken für die außerordentlich kompetente und sachliche Debatte. Ich finde es wichtig, dass wir heute über das Thema Migranten und Migration nicht im Sinne der Defizitorientierung sprechen, sondern dass einmal in den Mittelpunkt kommt, dass viele Migrantinnen und Migranten auch Kompetenzen und Qualifikationen mitbringen und das Thema Migrationshintergrund nicht immer gleichbedeutend damit ist, wenn wir über soziale Probleme oder benachteiligte Menschen reden. Das ist ganz wichtig, damit nicht durch Debatten über dieses Thema eine Stigmatisierung gefördert wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir alle wollen den Aufstieg durch Bildung und dafür ist natürlich die Anerkennung bereits erworbener Bildungsabschlüsse und Kompetenzen ausgesprochen wichtig. Dennoch – das will ich an dieser Stelle auch sagen, weil die Sozialbehörde für die Anerkennung einiger Berufsbilder zuständig ist –

(Senator Dietrich Wersich)

kann es natürlich nicht darum gehen, ein gutgemeintes Verschenken von Berufstiteln zu machen, denn es geht um das Thema Qualität, Vergleichbarkeit, Sicherheit und Verbraucherschutz.

Zum Beispiel sind die Ärzte mehrfach angesprochen worden. Es ist natürlich wichtig, dass, wenn jemand in Deutschland die Zulassung zum ärztlichen Beruf bekommt, er nicht nur gut Deutsch sprechen und sich insofern mit den Patienten auch verständigen kann, sondern die Ausbildung qualitativ auch wirklich vergleichbar ist, weil mit der ärztlichen Approbation eine unbeschränkte Erlaubnis von Staats wegen erteilt wird.

Deshalb geht es schon darum, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, sondern zu sagen, es muss wirklich vergleichbare Inhalte geben. Deswegen ist ein ganz entscheidender Punkt, genauer hinzuschauen, was vergleichbar ist und was nicht und den Leuten die Möglichkeit zu geben, das Fehlende nachzuholen, um dann den Abschluss zu erwerben oder eine Nachprüfung zu machen.

Ich will nur ganz kurz darauf hinweisen, dass wir natürlich nach dem Antrag im letzten Jahr nicht untätig gewesen sind. So befindet sich im Moment zum Beispiel ein Hamburger Antrag zur Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Verfahren bei der Kultusministerkonferenz. Es gibt nach der Bildungssoffensive des vergangenen Oktobers eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich auch mit dem Thema Teilanerkennung auseinandersetzt, denn wir haben häufig erst komplexe Abschlüsse und können noch nicht von Teilanerkennung sprechen. Das heißt, wir müssen auch unsere Anerkennungsverfahren verändern.

Nicht zuletzt hat im letzten Jahr unter meinem Vorsitz die Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Hamburg stattgefunden. Wir haben dort zwei konkrete Vorhaben beschlossen, nämlich zum einen, was ich ebenfalls sehr wichtig finde, die Möglichkeit des Zugangs zur externen Prüfung, das heißt den Zugang zu den Prüfungen, die vor Handels- und Handwerkskammern abzulegen sind für Personen, die nicht den Ausbildungsdurchgang gemacht haben, sondern die aufgrund der Vorqualifikation quasi gleich zur Prüfung zugelassen werden oder mit einer Nachqualifizierung und nicht daran gebunden sind nachzuweisen, dass sie in Deutschland drei Jahre die Berufsschule besucht haben.

Ein weiterer Punkt, den wir im November beschlossen haben, ist, Maßnahmen zur Nachqualifizierung auch über die Arbeitsmarktmittel zu fördern. Viele dieser Personen sind älter und auf den Lebensunterhalt angewiesen. Die haben zum Teil eine Familie zu ernähren und können nicht sagen, ich mache jetzt noch einmal für eine Ausbildungsvergütung wochen- oder monatelang Kurse. Deshalb geht es auch darum, die Arbeitsmarktmittel einzusetzen,

um den Menschen den Lebensunterhalt in der Zeit zu bezahlen, in der sie ganz gezielt eine solche Nachqualifikation erwerben. Auch das haben die Sozialminister der Länder mit allen Stimmen beschlossen.

Zum Schluss will ich noch eines sagen. Wenn wir den Aufstieg durch Bildung ernst meinen, dann brauchen wir auch etwas vom amerikanischen Traum. Und, Herr Ciftlik, ich meine jetzt nicht "Yes, we can", sondern ich meine den alten Traum "Vom Tellerwäscher zum Millionär", denn das ist ein großer Unterschied in der Gesellschaft. Die Amerikaner waren immer offen für die Neuankömmlinge und haben diese Dinge möglich gemacht. Deswegen ist mein Appell, wenn wir sagen, Aufstieg durch Bildung, dann brauchen wir auch eine offene Gesellschaft und offene Unternehmen, die den Menschen mit Migrationshintergrund, die gut qualifiziert sind, auch eine entsprechend anspruchsvolle Aufgabe geben. Das heißt, wir alle haben die Verantwortung, den Aufstieg durch Bildung möglich zu machen und dadurch gelungene Beispiele von Bildungskarrieren und von Integration selber zu erzeugen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Also ein ganz klarer Appell an uns, die Gesellschaft und die Unternehmen, erfolgreich und offen die gut qualifizierten Migranten zu empfangen, in die Arme zu nehmen, jedenfalls anzunehmen und ihnen eine Chance zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Güclü.

Nebahat Güclü GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine ganze Reihe von Punkten hat der Senator schon erläutert; ich möchte nur noch eine Kleinigkeit ergänzen.

Ich kann verstehen, Herr Ciftlik, dass Sie trotz allem immer noch irgendwo das Härchen in der Suppe suchen wollen. Trotzdem möchte ich noch einmal deutlich sagen, dass ich mich freue, dass es nach wie vor einen übergreifenden Konsens gibt, dass sich in dieser Frage etwas bewegen muss.

Zu der Kritik, dass alles immer noch als Prüfauftrag formuliert sei: Der Antrag ist sehr differenziert genauso wie der Antrag aus der letzten Legislaturperiode und wenn Sie ihn etwas genauer lesen würden, dann zeigt er im Petitum auch erste Schritte. Aber Sie sehen selber in Ihren eigenen Ausführungen, dass es noch eine ganze Reihe von Punkten gibt, die es zu prüfen gilt. Es ist eben nicht so eindeutig, wie Sie sagen, dass nur das Land Hamburg zuständig sei, sondern es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die auch von der Kultusministerkonferenz noch nicht geklärt worden sind. Es gibt Punkte, bei denen – das hat auch unser Bun-

(Nebahat Güclü)

desarbeitsminister deutlich gesagt, wenn Sie ihm bei Ihrer eigenen Veranstaltung zugehört hätten – der Bund zuständig ist.

(*Bülent Ciftlik SPD*: Das haben Sie nicht verstanden, das ist etwas ganz anderes!)

– Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann kommen Sie nach vorne.

Lassen Sie uns das in Ruhe beraten und genau schauen, wo wir auf Hamburger Ebene etwas machen können. Es hat sich eindeutig gezeigt, dass sich in dieser Frage etwas bewegen muss und wir diese Form der Schätze, die wir brachliegen lassen, nicht mehr länger zulassen können. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU:* Herr Ciftlik, haben Sie schon etwas von Diskontinuität gehört?

(*Günter Frank SPD*: Nein!)

Herr Yildiz war auch in der letzten Legislaturperiode nicht dabei. Da haben wir nämlich gesagt, wir werden dieses Thema auf jeden Fall wieder aufnehmen und die CDU war sich sicher, dass sie die Regierung wieder stellen wird. Ich habe damals schon der GAL versprochen, das Thema wieder neu aufzunehmen.

Und das andere ist auch lächerlich. Wir werden im Sozialausschuss das Thema besprechen und andere Ausschüsse einladen, aber der Senat muss diesen Antrag abarbeiten. Das heißt, wir müssen das nicht in jedem Ausschuss machen, sondern wir haben einen federführenden Ausschuss und deswegen ist es absolut lächerlich, wenn Sie sich hier hinstellen und immer nur rummäkeln.

Eine letzte Bemerkung zum Hamburg Welcome Center. Da ist schon eine Richtungsentscheidung gefallen und es wird etwas passieren. Hätten Sie unseren Koalitionsvertrag gelesen, dann wüssten Sie das.

(*Bülent Ciftlik SPD*: Ja, aha!)

Bleiben Sie entspannt, mäkeln Sie nicht nur rum, sondern unterstützen den Antrag und dann werden wir sehen, was dabei herauskommt. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1904 in der Neufassung an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. –

Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache einstimmig überwiesen worden.

Ich rufe Punkt 30 auf, Drucksache 19/1896, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kultur für alle, kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kultur für alle
Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen
– Drs 19/1896 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2046 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:
Kultur für alle
– Drs 19/2046 –]**

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE federführend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss und mitberatend an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Opposition wird konkrete produktive Vorschläge präsentieren und nicht nur herummäkeln, sondern vorschlagen, wie diese Stadt besser werden kann. Wir wollen das im Bereich der Kultur genauso machen wie in vielen anderen Bereichen. Die Überschrift, die wir diesem Antrag gegeben haben, lautet: Kultur für alle; Kulturelle Teilhabe für alle Menschen in dieser Stadt ermöglichen. Wir sind der festen Auffassung, dass es Aufgabe und Verpflichtung von Staat und Politik ist, die kulturelle Teilhabe für alle Menschen in dieser Gesellschaft zu ermöglichen, und zwar für alle Institutionen, insbesondere für diejenigen kulturellen Orte in dieser Stadt, die der Stadt gehören und die sie dementsprechend selber organisieren kann und bei denen sie das ermöglichen kann.

Ich denke, es ist unbestritten – auch in der wissenschaftlichen Diskussion, wahrscheinlich auch hier im Haus –, dass es Barrieren gibt für die Kulturstätten in dieser Stadt. Im Besonderen gibt es diese Barrieren bei den wichtigen Museen und Theatern. Die Untersuchungen sagen, dass 50 Prozent der Stadt und mehr dort nie hingehen, 40 Prozent und mehr ganz selten hingehen und dass die sogenannten richtigen Nutzer, die Vielnutzer, etwas über 5 Prozent sind. Dabei nutzen Ältere dieses Angebot um einiges häufiger als Jüngere und es gibt auch eine kräftige soziale Selektion, die alleine schon aufgrund der hohen Eintrittspreise auf der Hand liegt.

(Norbert Hackbusch)

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Das – vielleicht sehen wir das einvernehmlich – ist schlecht für die Kultur. Die Kultur hat – das haben wir gemeinsam diskutiert, zum Beispiel auch in den Ausschusssitzungen – häufig eine wichtige Aufgabe als Klammer in dieser Gesellschaft und ist ein Hort von gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Das kann sie natürlich unter diesen Bedingungen nur unzureichend erfüllen, damit werden alle Kulturbeflissenen sicherlich übereinstimmen. Sie droht damit sich loszulösen von der Mehrheit der Gesellschaft und ein hoch subventionierter, durchaus hoch künstlerischer Bereich zu werden, in dem sich aber eine eher bestätigende Elitärkultur darstellt und nicht eine Kultur, die sich wirklich mit den Themen und Fragen dieser Gesellschaft auseinandersetzt. Ich halte das für eine wichtige Auseinandersetzung, die man führen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube – das ist das Zweite –, dass diese Barriere schlecht für die Gesellschaft ist, weil die kulturelle Auseinandersetzung – einvernehmlich auch zwischen allen Parteien diskutiert – wichtig ist für ihren Zustand und für ihre Entwicklung. Zu solchen wichtigen Fragen wie der Organisation von Integration und Diskussion von verschiedenen kulturellen Gruppen in dieser Gesellschaft, fällt einem kaum eine Phantasie ein, zu der nicht Kultur auch einen wichtigen Beitrag liefern muss. Ohne Kultur wird es nicht gehen.

Das Dritte, was ich feststellen möchte, ist: Es ist auch sozial äußerst ungerecht, wenn diese Barrieren existieren, während viele Menschen gerne an dieser Kultur teilnehmen wollen, aber aufgrund der hohen Eintrittspreise daran gehindert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten mit dem vorliegenden Antrag das Thema auf die Tagesordnung setzen und eine grundsätzliche Diskussion über Veränderungen anregen.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Dafür haben wir einige konkrete Beispiele und Möglichkeiten angegeben, die ich ausführen will. Das eine ist, dass wir eine umfassende Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung erwarten. Wir haben den Eindruck gewonnen – auch durch die Diskussionen und durch das, was wir in den letzten Jahren praktisch in der kulturellen Diskussion und den Berichterstattungen mitbekommen haben –, dass diese Fragestellung in den Diskussionen äußerst unterbelichtet ist. Die Fragestellung und Diskussion mit den Theatern, inwieweit sie sozial neue Kreise einschließen und einnehmen können, hat bisher kaum stattgefunden. Ich denke, wir brauchen dafür Anregungen. Es ist eine wichtige

Aufgabe dieser Stadt und dieses Senats, sich darum zu kümmern.

Zweitens erwarten wir Verbesserungen durch einige Aktionen, die wir gesehen haben in anderen Städten. Eine dieser Aktionen wäre – zum Beispiel auch angeregt durch die Enquete-Kommission, Kultur für Deutschland einvernehmlich zwischen allen Parteien geregelt – zum Beispiel die Idee, dass es einzelne freie Tage gibt in den Museen, an denen zumindest kein Eintritt bezahlt werden muss und zumindest die Sammlungen umsonst angeschaut werden können.

Städte wie London, Paris und Stockholm haben damit herausragende und gute Ergebnisse erzielt und haben festgestellt, dass es völlig neue Kreise und viel mehr Menschen gibt, die dann dort hingehen. Es gibt Stadtführer, die Städte anführen, wo so etwas möglich ist. Hamburg wird dabei nicht aufgezählt. Es gibt gegenwärtig einen Versuch in Köln, so etwas durchzuführen, und wir sind gespannt, die Erfahrungen, die damit gemacht worden sind, im Sozialausschuss und im Kulturausschuss betrachten zu können.

Wir wollen darauf hinweisen, dass das sicherlich auch im Sinne der Spender ist, von denen viele auch die Sammlungen, zum Beispiel der Kunsthalle, zusammengestellt haben und der Stadt gespendet haben, und sie den wichtigen Anspruch haben, dass möglichst viele Menschen dieser Stadt diese Bilder sehen können, und es dementsprechend im Sinne der Spender ist, wenn wir solche Umsonst-Tage organisieren.

Das zweite Beispiel ist das Beispiel aus Berlin. Dort wird ein Experiment gemacht mit dem sogenannten Berlinpass, mit dem man in der Lage ist, für 3 Euro diejenigen Plätze in allen Theatern und Opern zu erwerben, die frei geblieben sind bis eine Stunde vor der Vorführung. Also für 3 Euro können diese Plätze abgegeben werden, an diejenigen, die sozial schwach sind. Festzustellen anhand des Besitzes eines Berlinpasses. Das ist ein bisschen analog zu dem, was wir als Sozialpass gegenwärtig auch haben, und könnte in dem Zusammenhang mit entwickelt werden.

Ich finde es auch ein interessantes Experiment, was eigentlich mit Kultur passiert, wenn wir in der Lage sind, damit neue Menschen ansprechen zu können und die Kulturstätten dieser Stadt dementsprechend öffnen zu können. Dieser Berlinpass wird übrigens nicht nur benutzt für Theater und Museen, für die Hochkultur, sondern auch für viele andere Einrichtungen, die man dann nutzen könnte und die für die Teilhabe der sozial Schwachen in dieser Gesellschaft ein wichtiges Moment sein könnten.

Ein letztes Beispiel, das ich anführen möchte, nur als Anregung dazu, ist ein Experiment in den USA in New York. Es ist relativ weit verbreitet:

(Norbert Hackbusch)

"pay-as-you-can" – bezahl, was Du kannst. Das ist eine Möglichkeit. Die kleineren Institutionen wie das Norwegerheim oder die Elfen im Park, wenn Sie diese Institution kennen, die damit arbeiten, sammeln im Hut und jeder soll das geben, was er kann. Das Schauspielhaus hat ein solches Experiment schon probiert im Dezember mit der "Marrat"-Aufführung, wo man gesagt hat: Bezahl, was Du kannst. Ich fand es ein unheimlich interessantes Experiment. Es gab einige Auseinandersetzungen dazu. Die Verantwortlichen im Schauspielhaus haben mir dargestellt, dass sie das als ein erfolgreiches Experiment bilanziert haben und eine gute Möglichkeit finden, die man weiter ausbauen kann.

Das sind drei Anregungen, die wir geben wollen, die man aber sicherlich noch genauer besprechen sollte. Wir sollten auch überlegen, diese Angebote nicht nur für sozial Schwache, sondern auch für Rentner anzubieten. Dazu gab es kleine Anfragen, die einige Anregungen geben, dass noch einiges zusätzlich zu machen ist. Das Gleiche betrifft, inwieweit eigentlich die Regelung für Kinder und Jugendliche weiterhin aufrecht erhalten werden kann, die in der Stadt existiert, dass sie gegenwärtig umsonst in die Museen hineinkommen können.

Schwarz-Grün sollte angesichts der Diskussion um die Elbphilharmonie versuchen, sich auch als kulturelle Kraft für alle zu profilieren in dieser Stadt und dementsprechend Anregungen in dieser Richtung gerne aufnehmen und versuchen, das mit uns gemeinsam entwickeln zu können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Soweit die Überlegungen inhaltlicher Art. Wir haben jetzt eine Situation, in der wir denken, dass es parlamentarisch ordentlich und vernünftig ist, dass wir nicht altklug die Vorschläge machen und das abstimmen, sondern dass wir gemeinsam diese Vorschläge überlegen und im Kulturausschuss darüber diskutieren, was eigentlich die besten Ideen dafür sind. Diese Punkte, die ich genannt habe, waren nur als Anregung im Petition vorgesehen und wir sollten im Ausschuss darüber – das war unsere Überlegung – diskutieren, was eigentlich die beste Art und Weise wäre, das zu machen. Ich halte diesen Vorschlag insgesamt für den besten Vorschlag.

Erstaunlicherweise erreicht uns am heutigen Tag ein Antrag von der CDU und von der GAL, der eine ähnliche Überschrift beinhaltet – "Kultur für alle" – und so ein bisschen ein Abklatsch ist im Zusammenhang mit dem, was wir eigentlich gefordert haben, nur um etliches schlechter. Ich weiß nicht, was das für ein parlamentarischer Stil ist, so etwas zu machen. Und er ist nicht nur etwas schlechter, was nicht das Problem wäre, dann könnte man das wunderbar im Ausschuss behandeln, sondern er ist wesentlich schlechter.

(Farid Müller GAL: Das ist subjektiv!)

Ich will Ihnen einmal zwei Sätze nennen von der CDU und der GAL, die sie dort aufgeschrieben haben. Der eine Satz in der Begründung lautet:

"Es ist positiv hervorzuheben, ..."

– weil wir das vorher nicht gemacht haben –

"... dass die staatlichen Hamburger Museen und Theater eine differenzierte Preisstruktur anbieten, ..."

– soweit gut, furchtbar wird es jetzt im Nachsatz –

"... die sozial Benachteiligte am Kulturleben der Stadt nicht völlig ausschließt."

– Na wunderbar.

Dieser Satz ist doch ein bisschen peinlich.

(Lachen bei der LINKEN)

Das muss man doch in gewisser Weise in sich spüren.

Das Zweite ist das Petition selber:

"Der Senat wird ersucht, ..."

– man weiß noch nicht einmal, in welchem Zusammenhang, in welchen Zeiträumen und so weiter –

"... anhand eines Vergleichs der Kulturpolitik vergleichbarer Städte zu berichten, welche Maßnahmen andere Kommunen erfolgreich ergreifen, ..."

– alles wunderbar –

"... um Kinder und Jugendliche sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten an das kulturelle Leben heranzuführen."

– An das kulturelle Leben heranzuführen.

(Lachen bei der LINKEN und bei Wilfried Buss SPD)

Welcher Oberlehrer, welche herablassende arrogante Art ist eigentlich in diesen Sätzen?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Gerade zu der GAL, die das mit unterschreiben hat, fällt mir nicht so richtig etwas ein. Am Schluss wird es noch schlechter:

"... ein Gesamtkonzept vorzulegen, das geeignet ist, die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten zu ermöglichen."

– Allgemeiner geht es nicht mehr.

Meine Damen und Herren von CDU und GAL, stimmen Sie einfach der Überweisung des besseren Antrags an die Ausschüsse zu, damit wir dementsprechend in der Lage sind, auch eine gute Grundlage zu schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güçlü: Das Wort hat der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hackbusch, ich finde, DIE LINKE hat sich heute ein wenig auf gefährliches Glatteis begeben, wenn sie ausgerechnet Berlin als Vorbild heranziehen will. In Berlin, wo Sie gemeinsam mit der SPD regieren, hat gerade in dieser Woche ein Gericht festgestellt, dass die Grundschulen aufgrund des in Berlin bestehenden Personalmangels ihren Ausbildungspflichten nicht mehr in ausreichendem Maße nachkommen und Lehrer zunehmend von den Eltern häusliche Nacharbeit fordern müssen. Also ausgerechnet eine Stadt, in der offensichtlich Bildung und auch kulturelles Wissen nur noch an die vermittelt werden kann, die zu Hause ein funktionierendes Elternhaus haben, ist das Vorbild, mit dem Sie heute arbeiten.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Rose* SPD: Bleiben Sie beim Thema!)

Aber wir können uns trotzdem gerne einmal gemeinsam auf den Weg machen und uns Ihr Berliner Vorbild näher anschauen. 2005 hat in Berlin der Senat das von Ihnen zitierte Drei-Euro-Kulturticket eingeführt und 2007 wurden dann immerhin auch 11 000 Billigkarten abgegeben. Damit nutzen rund – wenn man sagt, dass es vielleicht auch Mehrfachnutzer gibt – 1 bis 2 Prozent der Anspruchsberechtigten das Drei-Euro-Ticket. Ich muss sagen: Kulturelle Teilhabe für alle stelle ich mir ein bisschen anders vor.

(Beifall bei *Farid Müller* und *Andreas Waldowsky*, beide GAL – *Dora Heyenn* DIE LINKE: Die würden sonst nicht teilnehmen!)

Zudem finde ich es auch nicht gerade eine gleichberechtigte kulturelle Teilhabe, wenn das Angebot wie in Berlin offensichtlich nur für die Vorstellungen gilt, die nicht genügend Vollzahler sehen wollen. Bedürftige bekommen also in Berlin nur die Plätze günstiger, die sonst leer bleiben würden.

(Zurufe von der SPD)

Ich muss sagen: Ich kenne dieses Prinzip von den Billigfliegern. Aber das hat doch nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, sondern das ist das Verramschen von Restplätzen. Ich lobe mir da das ganz andere Angebot in Hamburg. Am Schauspielhaus und am Thalia Theater bekommt man als Student oder als Arbeitsloser für 7,50 Euro oder 8 Euro auch Karten für attraktive Vorstellungen,

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Wie stellen Sie sich das bei Hartz IV vor?)

auch für aktuelle Vorstellungen und für die Vorstellungen, die sonst ausverkauft sind, und man muss eben nicht abends warten. Bis eine Stunde vor Vorstellungsbeginn wartet man da, ich habe so et-

was einmal in Wien mitgemacht als Student. Da gibt es nämlich ein ähnliches Prinzip. In Hamburg muss man nicht warten und schauen, ob freundlicherweise noch ein paar Restkarten für einen übrig bleiben, sondern man kann ganz regulär auch als Bedürftiger sich die günstigen Karten besorgen und gleichberechtigt am Kulturleben teilhaben.

Man muss also feststellen, dass das Berliner Drei-Euro-Ticket nicht nur gefloppt ist, weil es keiner richtig nutzt, sondern es war eigentlich gar keine Maßnahme kultureller Barmherzigkeit, sondern es war ein Ramschverkauf von Restkarten. Ich glaube, das kann wirklich kein Vorbild, lieber Herr Hackbusch, für Hamburg sein.

Nun gibt es in Berlin seit drei Wochen etwas Neues, nämlich den Berlinpass. Ob der nun besser ist, wollen wir einmal abwarten. Ich habe den Eindruck, der rot-rote Senat in Berlin geht nicht davon aus, dass er wirklich genutzt wird, denn man hat bisher nicht einen einzigen Euro für irgendwelche Vergünstigungen zur Verfügung gestellt, sondern geht quasi davon aus, dass das von den Institutionen irgendwie selber finanziert wird. Es scheint wiederum nicht davon ausgegangen zu werden, dass es wirklich eine rege Inanspruchnahme durch sozial Bedürftige gibt. Ich glaube von daher, dass Ihr Ansatz schon in Ihrem Antrag ...

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Sagen Sie doch einmal etwas zu Köln!)

Ich glaube, dass Ihr Ansatz völlig falsch ist. Wir brauchen nicht einfach nur günstige Tickets für Bedürftige. Sonst würden auch nicht über 90 Prozent, wie Sie richtig ausgeführt haben, nicht regelmäßig die kulturellen Institutionen nutzen und sonst würden auch nicht die Stadien mit ihren doch sehr hohen Eintrittspreisen voll sein. Sondern wir brauchen ein Heranführen, oder wie Sie es auch immer formulieren mögen, gerade bildungsferner Schichten an die Kulturinstitutionen unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dazu gehören sicherlich auch entsprechende Preisstrukturen, aber eben auch weitaus mehr. Ich glaube, gerade hierbei haben dieser Senat und diese Bürgerschaft in den letzten Jahren Erhebliches bewegen können. Schon 2004 hat der Senat das Rahmenkonzept für die Kinder- und Jugendkultur verabschiedet mit zig Projekten, die seitdem gefördert worden sind. Der Eintritt in die Hamburger Museen ist seit 2005 für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos. Ich glaube, gerade da sind erhebliche Hemmschwellen beseitigt worden. Die Kunsthalle zum Beispiel kooperiert eng mit 15 Schulen aus sozialen Brennpunkten. Wir haben mit dem Klingenden Museum eine erstklassige Einrichtung, die mit dem Umzug in die Elbphilharmonie sicherlich eine noch größere Breitenwirkung erzeugen wird.

(Robert Heinemann)

Wir haben uns 2007 mit der Initiative "Lebenswerte Stadt" auch gerade der Stadtkultur verstärkt zugewendet, die eine ganz wichtige Rolle hat, was gerade das niedrigschwellige Angebot anbelangt. Wir haben das Netzwerk kulturelle Bildung, um Schulen und Künstler zusammenzubringen. Wir haben den Familienpass, der erhebliche Ermäßigungen gerade für Familien bietet. Wir haben in diesem Jahr das Jahr der Künste mit dem Ziel, die ästhetische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Schulen zu stärken. Wir haben ab diesem Sommer in 61 Grundschulen die Initiative "Jedem Kind ein Instrument" – mit 7,4 Millionen Euro gefördert in den nächsten vier Jahren – und wir werden ebenfalls ab diesem Sommer die Kinderkonzerte haben in Stadtteilen wie Wilhelmsburg, Jenfeld, Mümmelmannsberg und Altona, um eben gerade dort vor der Eröffnung der Elbphilharmonie das Thema Musik verstärkt in der Stadt zu verankern.

Es gibt viele weitere Punkte, ich bin mir sicher, dass die Senatorin noch einige aufführen wird. Aber auch die längste Liste kann natürlich nicht bedeuten, dass wir an dieser Stelle fertig wären mit unserer Arbeit. Im Gegenteil: Ich glaube, es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein – und da gebe ich Ihnen völlig recht –, alle Bevölkerungsschichten noch mehr für Kultur zu begeistern und ihnen die Teilhabe noch einfacher zu machen. Natürlich lernen wir dabei auch gerne von anderen Städten, wenn sie das anders machen als Berlin. Wir haben von daher einen entsprechenden Antrag formuliert, um den Senat zu bitten, einmal eine solche vergleichende Untersuchung zu machen und uns vorzustellen. Danach diskutieren wir gerne mit Ihnen im Ausschuss darüber. Aber ich denke, wir sollten auf der Grundlage von vernünftigen Informationen arbeiten. Das Beispiel Berlin, das zeigt schon der kurze Überblick, funktioniert eben nicht.

Ein Thema noch, Herr Hackbusch, gerade weil Sie die Untersuchung angeführt haben: Wir müssen nicht nur in der Politik überlegen, wie es uns gelingen kann, bildungsferne Schichten besser an die Kulturinstitutionen heranzuführen. Ich glaube, dass auch bei der Konzeption und bei der Umsetzung von Ausstellungen und Spielplänen stärker diejenigen in den Blick genommen werden müssen, die eben nicht zur kulturellen Bildungselite zählen. Ich erwarte, das sage ich ganz offen, von Kuratoren, Regisseuren und anderen Kulturschaffenden in der Stadt zuweilen einen kritischen Blick auf die eigene Arbeit, ob diese kulturelle Spaltungstendenz in der Gesellschaft nicht eher befördert oder ob sie geeignet ist, zur kulturellen Bildung wirklich breiter Schichten beizutragen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir kulturelle Arbeit nivellieren wollen und dass sie nivelliert werden darf. Aber ich glaube, dass alle Kulturschaffenden verstärkt Anstrengungen unternehmen müssen, ihre Ideen und Konzepte ganz unterschiedlichen Zielgruppen mit einem ganz unter-

schiedlichen Vorwissen verständlich zu machen. Es liegt vor allen noch eine gewaltige Arbeit, damit wir eben über diese 10 Prozent hinaus künftig deutlich mehr Menschen erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Badde.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben zwei Anträge vorliegen, einen guten Antrag der Fraktion DIE LINKE und einen völlig aufweichenden und nichts sagenden Antrag der Koalition.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man hat nur wenig Lust, überhaupt noch inhaltlich Stellung zu nehmen, weil man sich doch sehr ärgert. Den Ärger hat Herr Hackbusch kundgetan, sich überhaupt mit diesen Inhalten auseinanderzusetzen, wenn doch viel konkretere Punkte benannt sind, die aber wiederum so benannt sind, dass man sie noch wunderbar diskutieren kann und bei denen man sich zu nichts verpflichtet, die aber gute Anregungen bieten und eine gute Grundlage geboten hätten, im Kulturausschuss weitere Ideen zu entwickeln. Nein, Sie machen einen nichts sagenden Antrag,

(Beifall bei Stefan Schmitt SPD)

der wieder die Exekutive beauftragen soll, Lösungsmöglichkeiten zu entfalten. Das Schlimme ist dabei, dass sich die Parlamentarier der Koalitionsfraktionen jeglicher eigenen Einflussnahme damit entziehen, und das ist wirklich oberfantasielos und dem darf keineswegs gefolgt werden. Aber es ist zu befürchten, dass diese nichts sagende Klausel verabschiedet wird.

Zu dem Antrag brauche ich keine Bestätigung geben, dass wir als Sozialdemokraten selbstverständlich kulturelle Teilhabe auch als soziale Teilhabe betrachten und daher diesen Antrag unterstützen. Man sollte dort, wo über dreistellige Millionenbeträge für die Elbphilharmonie, deren soziale Öffnung noch nicht beschlossen und noch nicht deutlich wird, darüber nachdenken, dass in den staatlich unterstützten Institutionen wie Theatern und Museen dann auch die Partizipation anderer Schichten erfolgen sollte. Dies sind eben nicht nur, Herr Heinemann, wie Sie ausführen, Arbeitslose und Kinder und Jugendliche, sondern es sind gerade auch Geringverdiener, die oft ganz unterschiedliche kulturelle Hintergründe haben. Insofern müssten wir dort einen Weg finden und dabei hätte ich auch Ihre Mitarbeit im Kulturausschuss erwartet, an dem ich leider dann nicht teilnehmen darf, aber vielleicht dazukommen kann.

(Farid Müller GAL: Jeder darf teilnehmen!)

(Elke Badde)

– Ich würde dann gegebenenfalls auch kommen, aber ich fürchte, es kommt nicht zu dieser Diskussion.

Man sollte dort auch darüber diskutieren, dass es andere Möglichkeiten gibt, eben nicht nur sozusagen ausgewiesene Sozialkarteninhaber, sondern tatsächlich eben auch geringverdienende Familien, die darüber nicht verfügen, dann auch teilhaben zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dies muss nicht zwingend das Modell Berlin sein mit Drei-Euro-Tickets, sondern man könnte an eine Kontingentierung denken, wie zum Beispiel im Staatstheater, wo es schon einmal stattgefunden hat. Ein bestimmtes Kontingent wird für 5 Euro ausgegeben oder eben auch für 3 Euro – über den Preis kann man sich unterhalten – und dann hat jeder Zugang, nicht nur der, der die Sozialkarte vorweisen kann.

Es gibt also unterschiedliche Möglichkeiten von Rabatten und deshalb wäre der Antrag der LINKEN auch uns unter 2. zu eng gefasst und wir hätten dies gerne erweitern wollen, aber dies wäre auch durchaus noch vom Wortlaut gegeben. Es geht eben auch um den freien und stark ermäßigten Eintritt zu ständigen Sammlungen und Museen, was auch die Koalitionsparteien nicht so aufgegriffen haben. Auch hier bedarf es der Auslotung weiterer Ideen, denn ich denke, nur die bloße Erhöhung der Besucherzahl kann nicht alleiniges Ziel sein.

Sie hatten auch die Museen in England erwähnt. Wer einmal in London während der Ferienzeit war, weiß, dass man kaum noch in ein Museum hereinkommt. Es ist natürlich schön und erfreulich, wenn es ständig überfüllt ist, aber es grenzt doch die Kulturmöglichkeiten ein. Wir müssen in dieser Frage die Tourismusziele im Blick haben. Insofern könnte man dort auch an andere Ideen denken. Insbesondere müssen wir auch die Existenzsicherung der Museen im Auge haben, die gerade mit dem Schuldenabbau befasst sind, und dabei Möglichkeiten ausloten, wie dies unter Wahrung der wirtschaftlichen Existenz gegeben sein könnte. Der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen ist selbstverständlich ein Punkt, der weiter erhalten werden sollte.

Wir hätten gerne beide Anträge überwiesen an den Kulturausschuss, was jetzt nicht möglich ist. Wir werden dem Antrag der LINKEN zustimmen und uns zu dem der Koalitionsparteien enthalten, weil Enthaltung die einzige Möglichkeit bei diesem nichts sagenden Antrag ist. Ich wollte nur noch kurz auf die Argumente von Herrn Heinemann hinweisen, dass Berlin ein gescheitertes Modell sei. Wenn Sie sich die Zahlen genau ansehen, sind sie nicht exorbitant hoch, aber man stellt sehr deutlich fest, dass das bei den Theatern sehr unterschied-

lich ist, also dass es Theater mit Erfolgsserie gibt und Theater, die nicht darunter fallen, wie die Staatsoper, ich nehme einmal an, weil dort nur sehr wenige Restkarten zur Verfügung stehen. Dies alles hätte diskutiert werden können. Aber das haben Sie untergraben und insofern werden wir in der angekündigten Weise abstimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Eva Gümbel GAL:* Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich finde es eigentlich sehr schade, dass wir bei einem Thema, bei dem eigentlich große Einigkeit im Haus herrscht, nämlich dass wir kulturelle Teilhabe für sehr wichtig erachten und sie befördern wollen in der Stadt, jetzt solch einen Streit vom Zaun brechen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich das relativ ärgerlich finde.

(Zurufe von der SPD)

Der Grund, weshalb wir diesen Zusatzantrag gestellt haben – das kann ich Ihnen sehr gut begründen –, ist der, dass der Antrag der LINKEN ein ehrenwertes Motiv hat – das habe ich eben schon gesagt, wir haben uns auch über diesen Antrag gefreut –, aber er geht davon aus, dass wir das anhand dieses Berliner Modells umsetzen. Und ich sage Ihnen ganz klar: Meiner Ansicht nach greift das Berliner Modell viel zu kurz. Im Berliner Modell sind die Museen überhaupt nicht berücksichtigt – Herr Hackbusch hat das ausgeführt, Frau Badde ist auch darauf eingegangen. Wir brauchen aber eine breite Beteiligung aller. Dann hat Herr Heinemann gerade eben schon gesagt, dass das Berliner Modell überhaupt nur von 1 bis 2 Prozent der Berechtigten in Anspruch genommen wird. Natürlich kann man jetzt sagen: Besser 1 oder 2 Prozent als gar niemand. Uns ist das aber zu wenig, insofern finden wir eine Orientierung an diesem Modell, das offensichtlich so gestrickt ist, dass es nur dazu führt, dass 1 bis 2 Prozent es in Anspruch nehmen, nicht zielführend.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Uns ist es wirklich sehr ernst damit. Wir finden nämlich tatsächlich, dass, wie es in der Enquete-Kommission für Deutschland, die Herr Hackbusch angesprochen hat, gesagt wird, kulturelle Teilhabe eine ganz wichtige Funktion in der Demokratie ist. Dazu stehen wir alle im Hause.

(Zuruf)

(Dr. Eva Gumbel)

Das ist uns ein wesentliches Anliegen. Um dieses Anliegen tatsächlich zu befördern, muss man sich doch überlegen, woran es liegt, dass das Berliner Modell – sie brauchen nicht sagen gescheitert, aber doch – so einen geringen Erfolg hat. Woran liegt es denn? Ich glaube in der Tat, dass die Eintrittspreise tatsächlich eine Komponente sind, aber nur eine Komponente der Gründe, warum Hartz-IV-Empfänger beziehungsweise SGB-II-Empfänger nicht in das Theater und nicht in die Museen gehen.

Es ist wichtig, dass man auch an dieser Schraube ein bisschen dreht.

(Dr. Monika Schaal SPD: Aber nur ein bisschen!)

– Na ja, schauen Sie sich doch einmal die Preise an.

Man muss auch nicht so tun, als wären die 3 Euro viel günstiger als das, was wir in Hamburg schon haben. Sie können in viele Museen gehen für 4,50 Euro, das ist 1,50 Euro mehr. Ich will nicht sagen, dass das wenig wäre für diejenigen, die wenig Geld haben. Aber dies auf die reine Ökonomie zu begrenzen, ist nicht richtig. Das sieht man an dem Berliner Modell. Deshalb wollen wir ein Gesamtkonzept machen, das erfolgreicher ist als das, was die Berliner uns vormachen. Um noch einmal auf das einzugehen, was Sie gesagt haben: In London ist es wirklich beeindruckend. Die ganzen Museen sind umsonst. Das wird jetzt aber gerade wieder zurückgenommen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Nein, das stimmt gar nicht! Nur die öffentlichen Museen!)

Es gab in der "Süddeutschen Zeitung" einige Berichte, dass die Londoner das wegen der Finanzsituation auch bei ihren öffentlichen Museen zurücknehmen werden. Das ist ein weiterer Punkt, der auch einfließen muss in dieses Gesamtkonzept, nämlich die ökonomische Situation der Museen. Auch das muss betrachtet werden. Insofern halte ich Ihre Kritik für nicht gerechtfertigt. Deshalb bitte ich um die Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben von Frau Gumbel gerade einiges gehört. Ich finde es allerdings ein bisschen unverfroren, so kurz vor Toresschluss einen Zusatzantrag einzubringen, der um einiges hinter dem eigentlichen Antrag zurücksteht, und sich dann zu wundern, dass es dar-

über einen gewissen Streit gibt. Das finde ich ziemlich unverfroren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn man dann die Hartz-IV-Empfänger erwähnt und meint, es wäre nicht reine Ökonomie, in ein Theater, Schwimmbad oder Ähnliches zu gehen, dann möchte ich Ihnen gerne einmal aus der Praxis – Sie sind das inzwischen von mir gewöhnt –, ein paar Zahlen nennen. Für den Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen stehen nach dem Hartz-IV-Regelsatz 6,38 Euro pro Monat zur Verfügung. Einmal Schwimmen gehen im Holthausenbad der Bäderland Hamburg GmbH für drei Stunden kostet zum Beispiel 7,90 Euro. Ein Kinoabend im Abaton schlägt mit 7,50 Euro zu Buche. Und ein Besuch im Tierpark Hagenbeck kostet gar 15 Euro. Der Genuss eines Rathauskonzerts der Hamburger Symphoniker kostet 27,52 Euro.

Herr Heinemann hat die ermäßigte Karte für das Deutsche Schauspielhaus angesprochen. Er hat allerdings nicht erwähnt, dass es für 7,50 Euro eine Karte mit Sichtbehinderung ist. Die kostet genau 7,50 Euro und das weiß ich aus eigener Erfahrung, weil ich nämlich über 50 Karten für Erwerbslose für die "Marat"-Vorstellung, die Frau von Welck gut kennt, bereitgestellt habe. Dabei stellte sich heraus, dass 7,50 Euro ein Platz mit Sichtbehinderung kostet. Die billigste Karte ohne Sichtbehinderung kostet dann 13 Euro. Wer sich ein Spiel beim HSV in der Arena ansehen möchte, muss dafür wenigstens 15 Euro zahlen. Ich habe nach dieser "Marat"-Vorstellung, um noch etwas aus der Praxis zu berichten, einige Erwerbslose erlebt, die zu mir gekommen sind und gesagt haben: Mensch, das war toll, seit drei Jahren war ich nicht mehr im Theater. Soviel zur Ökonomie.

Fazit: Wer Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II bezieht, kann eben nicht unter diesen vielen Angeboten wählen, denn nicht ein einziges kann er sich im Monat leisten. Deshalb muss ein Kulturticket her.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Zusatzantrag von CDU und GAL zeigt, dass man die Realitäten nicht sehen kann oder einfach nicht sehen will. Das kann auch politisch gewollt sein. Erstens will man in diesem Antrag die Benachteiligten zur Kultur erziehen. Im Antrag spricht man dann von Heranführen. Und zweitens soll dann ein Gesamtkonzept entwickelt werden, ähnlich wie DIE LINKE es in ihrem Antrag vorschlägt. Drittens ist das die neue schwarz-grüne Kultur: Vorne tricksen, hinten abschreiben und dann an den Senat abgeben. Dabei wäre gerade die Variante des Drei-Euro-Tickets, das erwähnt wurde – ich bin auch nicht der Meinung, dass alles, was aus Berlin kommt, so toll ist –, durchaus eine Chance, auch für Schwarz-Grün. Dann könnte nämlich Frau Ahrons von der CDU, die wir gestern

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

gehört haben, im Schauspielhaus neben einem Langzeiterwerbslosen sitzen, weil die teuren Plätze noch frei waren, und der würde ihr den Unterschied zwischen der Mogelpackung Sozialkarte und einem echten Sozialticket erklären. Das wäre doch eine echte Chance.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir schon bei Chance sind: Noch haben auch Sie von der CDU und Sie von der GAL durchaus die Möglichkeit zu einer Erkenntniserweiterung, nämlich mit einer Zustimmung zur Überweisung des Antrags der LINKEN an den Kultur- und an den Sozialausschuss. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Buss. – Sie haben sich doch gemeldet, oder möchten Sie nicht?

(Wilfried Buss SPD: Ich dachte, der Senat spricht jetzt!)

– Herr Buss, das Wort erteilt das Präsidium, nicht Sie.

(Wilfried Buss SPD: So ist es!)

– Das ist der Unterschied. – Bitte schön.

Wilfried Buss SPD:* Herr Präsident, Sie haben natürlich recht. Sie erteilen das Wort, auch wenn das vielleicht in der Geschäftsordnung anders steht. Das mag sein.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das steht in der Geschäftsordnung genau so drin!)

– Ich dachte, dass, wenn der Senat sich zu Wort meldet, ihm das jederzeit zu erteilen sei. Aber das ist auch egal.

Meine Damen und Herren, der Grund, weshalb ich mich zu dieser Debatte gemeldet habe, ist, dass Sie den Antrag nicht überweisen wollen, Herr Heinemann und Frau Dr. Gümbel. Das finde ich geradezu zynisch. Wenn man ernsthaft über Möglichkeiten beraten will, wie man relativ zügig zu einer Lösung kommen kann, die "Kultur für alle" ermöglicht, dann ist es doch den Koalitionsfraktionen völlig unbenommen nach einer Beratung im Kulturausschuss dieses entsprechend nach dieser Debatte erst einmal auszusetzen und anschließend dann auch ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Buss, der Abgeordnete Farid Müller möchte gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie das zu?

Wilfried Buss (fortfahrend): – Nein, er kann gleich selber etwas dazu sagen. Ich möchte einfach zum Ende kommen.

Ich möchte auch nur die Verweigerung der Überweisung noch einmal deutlich kritisieren, weil ich es nicht nachvollziehen kann, dass man nicht bereit ist, über diese Modelle – meinetwegen auch kritisch, aber überhaupt erst einmal – in einer fachlichen Beratung sich auseinanderzusetzen, das dann um eine Sitzung auszusetzen und aufgrund dieser Beratung dann gegebenenfalls ein Änderungsantrag einzubringen. Das ist Ihnen doch völlig unbenommen. Niemand hat etwas dagegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber das wollen Sie nicht und das finde ich einfach der Sache völlig abträglich. Das zeigt, wie Sie offensichtlich mit diesem Thema umzugehen gedenken. Ich will Ihnen zu dem Beispiel Hagenbeck nur einen Punkt nennen, weil Herr Joithe recht hat, dass sich die meisten Familien einen Besuch bei Hagenbecks Tierpark nicht mehr leisten können, was ich nicht kritisiere, weil der Tierpark zu einem – wenn auch inzwischen immer geringer werdenden – Teil privat ist. Denn wir als Stadt und als Bürgerschaft geben immer mehr dazu. Aber nichtsdestoweniger muss sich der Tierpark auch tragen.

Es gab über Jahre ein Sponsoring, nämlich einen Tag freier Eintritt bei Hagenbecks Tierpark für Familien. Das ist von Supermärkten bis hin zu anderen gesponsert worden. An diesem Tag war es interessanterweise rappellvoll. Es ist also deutlich zu sehen: Wenn es diese Möglichkeiten gibt – und sei es eben nur einmal im Jahr –, sind viele Familien auch bereit, dieses Angebot zu nutzen, weil sie es gerne nutzen würden. Aber die meisten sind finanziell nicht in der Lage, dieses auch zu tun. Das ist doch ein Punkt, der hellhörig werden lassen muss. Das Thema sollte man deswegen unbedingt fachlich beraten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Von daher noch einmal mein Appell: Geben Sie sich einen Ruck, überweisen Sie beide Anträge an den Ausschuss und lassen Sie uns das Thema anschließend fachlich beraten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Dann gebe ich das Wort an unsere Kultursenatorin, Frau Professorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In dem Antrag "Kultur für alle" heißt es, dass es Aufgabe und Verpflichtung von Staat und Politik sei, die kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen. Das sehe ich und das sehen wir als Senat genauso. Allerdings, und das ist wichtig zu betonen und kam in der Debatte

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

auch gut zum Ausdruck, die Forderung "Kultur für alle" ist bei Weitem nicht erfüllt, indem staatliche Kulturinstitutionen Preisnachlässe für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen geben. Das heißt, die Forderungen Ihres Antrags, lieber Herr Hackbusch, erscheinen auf den ersten Blick verführerisch, reichen für den von Ihnen formulierten Anspruch "Kultur für alle" aber bei Weitem nicht aus.

Die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass das Angebot des freien Eintritts im Museum zwar durchaus angenommen wird, allerdings – das zeigen die Auswertungen – in allererster Linie von Menschen, die sowieso zu den Museumsbesuchern gehören. Auch das 2005 in Berlin eingeführte Drei-Euro-Ticket, das Sie in Ihrem Antrag anführen, ist sehr löblich, doch selbst die Auswertung des Berliner Senats nach drei Jahren fällt sehr nüchtern aus. Frau Dr. Gümbel hat darauf hingewiesen.

Doch mir geht es überhaupt nicht darum, die Initiativen von anderen kleinzureden. Aber – und darum möchte ich Sie alle bitten – uns allen muss es darum gehen, wie man das Motto "Kultur für alle" nicht nur oberflächlich und öffentlichkeitswirksam, sondern so sinnvoll und nachhaltig wie möglich realisiert. Denn wirkliche Teilhabe an der Kultur muss tiefer gehen, früher und nachhaltiger angesetzt werden als über den Zugang zu öffentlichen Kulturinstitutionen durch Preisnachlässe.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Heinemann hat dies bereits ausführlich dargestellt.

Lieber Herr Hackbusch, Sie fordern freien Eintritt in die großen Kultureinrichtungen unserer Stadt und verbuchen das unter kultureller Teilhabe. Doch kulturelle Teilhabe heißt insbesondere Partizipation. Erforderlich dafür ist ein breites Angebot auch an niedrigschwelliger Kultur. Kultur muss für alle erreichbar sein, das gilt sowohl inhaltlich als auch geografisch und natürlich auch finanziell. Ein weiterer wichtiger Weg zur Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ist daher die Stadtteilkultur, die in Hamburg auch in besonderer Weise gefördert wird.

Wir sind gerne bereit, mit Ihnen zusammen darüber nachzudenken – dies ist auch aufgrund des Antrags der CDU und der GAL möglich –, wie man die bestehenden Angebote noch erweitern kann. Doch noch einmal: Der Schlüssel für "Kultur für alle" liegt in der kulturellen Bildung. Das haben wir in Hamburg erkannt und dafür setzen wir uns seit fast fünf Jahren sehr erfolgreich ein. Das wollen wir auch mit Ihnen zusammen weiter tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Professorin von Welck, danke für das Angebot. Ich sehe nur den praktischen Weg nicht so recht, da Sie gar keine Überweisung an den Ausschuss machen, wo wir genau diese Fragen diskutieren könnten. Sondern Sie oder die Fraktionen, die hier sitzen und noch zögern und sich vielleicht gleich umentscheiden, verhindern genau diese Diskussion, die wir führen wollen.

Ich möchte Sie zweitens darauf hinweisen, dass es nicht nur diese materiellen Dinge waren, sondern der erste Punkt im Petition, das wir vorgeschlagen haben, war genau zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und Angeboten – das ist nicht nur Umsonst-Eintritt – die sozial schwächer Gestellten Personen von Jung bis Alt erreicht werden können. Genau das, was Sie diskutiert haben, ist praktisch in gewisser Weise dort auch schon drin.

Als Drittes ein praktischer Hinweis: Schauen Sie einmal die Beteiligung an der Nacht der Museen an – ich weiß nicht, wer von Ihnen daran beteiligt war –, wie viele Menschen dort mitmachen. Das ist nicht nur eine Frage dessen, dass es nachts besonders schön ist. Sondern es ist auch eine Frage der Möglichkeit, besonders günstig die verschiedenen Museen sich einmal anschauen zu können und nicht so viel Geld ausgeben zu müssen, wie es gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Von daher spricht alles dafür. Geben Sie sich einen Ruck, überweisen Sie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 19/1896 und 19/2046 federführend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss und mitberatend an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen?

(Unmutsäußerungen von der SPD und der LINKEN)

– Bei allen Emotionen: Dieser Überweisungsantrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt in der Sache abstimmen. Zunächst zum gemeinsamen Antrag der GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/2046. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich angenommen.

Wer sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1896 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

– Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe dann auf den Punkt 40 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Sonntagsöffnung von Bibliotheken.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:
Sonntagsöffnung von Bibliotheken
– Drs 19/1906 –]**

Es ist interfraktionell so geregelt worden, dass auf eine Debatte verzichtet wird. Ich komme dann zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksache 19/1906 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden, sodass ich jetzt in der Sache abstimmen lasse.

Wer möchte den gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/1906 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe dann den Punkt 33 der Tagesordnung auf, Antrag der SPD-Fraktion: Herstellung verfassungskonformer Verhältnisse im Maßregelvollzug – Änderung des Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetzes.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Herstellung verfassungskonformer Verhältnisse
im Maßregelvollzug – Änderung des Ham-
burgischen Maßregelvollzugsgesetzes (HmbM-
VollzG)
– Drs 19/1899 –]**

Frau Schiedek, bitte.

Jana Schiedek SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Anlass unserer letzten Debatte am heutigen Tage reizt dann doch zu einem an die CDU gerichteten Zitat als Beginn:

"Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
werd' ich nun nicht los."

Denn Sie können sich sicher sein, meine Damen und Herren von der CDU, Ihr politischer Kardinalfehler aus der letzten Legislaturperiode mit dem Verkauf des LBK holt Sie auch in dieser Legislaturperiode wieder ein.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen von Ihnen, die sich bereits in der letzten Legislaturperiode mit der Privatisierung des Maßregelvollzugs im Rahmen des LBK-Verkaufs inten-

siver auseinandergesetzt haben, überrascht es sicherlich nicht, dass dieses Thema heute auf die Tagesordnung zurückrückt. Damals hatte der CDU-Senat die massiven verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Privatisierung des Maßregelvollzugs im Wege der Beleihung an Asklepios noch lapidar mit dem Verweis auf die Praxis anderer Bundesländer und dem Fehlen entgegenstehender verfassungsrechtlicher Rechtsprechung weggewischt. Nun hat der Niedersächsische Staatsgerichtshof mit Urteil vom 5. Dezember 2008 das niedersächsische Maßregelvollzugsgesetz wegen Verstoßes gegen das Demokratieprinzip insoweit für verfassungswidrig erklärt, als Bedienstete privater Krankenhausträger Grundrechtseingriffe vornehmen dürfen, ohne hierzu durch besondere Bestellung einer staatlichen Behörde legitimiert zu sein.

Die Bedeutung des Urteils wird noch deutlicher, wenn man sich die Begründung des Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetzes anschaut. Niedersachsen nahm insoweit für sich in Anspruch, im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders strenge Maßstäbe für eine Aufgabenübertragung aufzustellen, um den genannten verfassungsrechtlichen Bedenken umfassend Rechnung zu tragen. Der Kernbereich der hoheitlichen Eingriffsbefugnisse im Maßregelvollzug müsse, so die Gesetzesbegründung, stets in staatlicher Hand verbleiben. Dem trägt zum einen ein umfassender Vorbehaltskatalog Rechnung und zum anderen die Verpflichtung, den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung staatlich zu leiten.

Insoweit ist der niedersächsischen Landesregierung zumindest zuzugestehen, dass sie im Gegensatz zu der Hamburger CDU-Regierung die verfassungsrechtliche Brisanz ihres Vorhabens gesehen hat. Schon diesen strengen Voraussetzungen des niedersächsischen Gesetzes genügt das Hamburgische Maßregelvollzugsgesetz nicht und den Anforderungen, die der Niedersächsische Staatsgerichtshof in seinem Urteil nunmehr aufgestellt hat, genügt das Hamburgische Maßregelvollzugsgesetz in keinerlei Hinsicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das Hamburgische Maßregelvollzugsgesetz ist daher erst recht und umso deutlicher verfassungswidrig. Auf unsere Kleine Anfrage im Dezember hat der Senat dann superschlau geantwortet, dass sich das niedersächsische Urteil auf die Rechtslage in Niedersachsen beziehe und keine Auswirkungen auf die Situation in Hamburg habe. Vielen Dank für die Information, aber das Grundgesetz gilt wohl auch in Hamburg. Völlig überraschenderweise hat das Demokratieprinzip auch Eingang in die Hamburgische Verfassung gefunden.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

(Jana Schiedek)

Ich kann nur hoffen, dass der Senat nicht allen Ernstes abwarten will, bis das Hamburgische Verfassungsgericht das hamburgische Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Denn wenn Sie so weitermachen, droht nämlich genau das.

SPD- und auch GAL-Fraktion haben von Beginn an auf die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten hingewiesen und sich strikt gegen die Übertragung massiver Eingriffsrechte auf den privaten Träger Asklepios gewehrt. Dass sich die damalige CDU-Regierung über diese Bedenken hinweggesetzt hat, mag noch nicht besonders verwundern. Auch beim Ignorieren verfassungsrechtlicher Bedenken von Fachleuten hat sich die CDU durchaus als Wiederholungstäter gezeigt, wenn man sich nur an die massiven Bedenken gegen das CDU-Strafvollzugsgesetz erinnert, das nun Gott sei Dank bald der Vergangenheit angehört.

Darüber hinaus hat der CDU-Senat es aber dann auch noch geschafft, sich über die erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken der eigenen, damals noch CDU-geführten Justizbehörde gegen die Privatisierung des Maßregelvollzugs hinwegzusetzen. Auch wenn die Justizbehörde unter der damaligen CDU-Führung oft genug falsch lag, hat sie hier recht behalten.

Wenn man dem Artikel in "Der Welt" vom 29. Dezember 2008 Glauben schenken will, dann sind zumindest den Rechtspolitikern der CDU mittlerweile auch Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Privatisierung des Maßregelvollzugs gekommen. Der einzige, der die Einschlüsse auch weiterhin nicht mitbekommen hat, ist anscheinend Herr Senator Wersich,

(Beifall bei der SPD)

der dann heute auch gleich wieder durch Abwesenheit glänzt. Das wird umso deutlicher, wenn man sich noch die Einlassung seines Pressesprechers in der "Hamburger Morgenpost" vom 8. Dezember zu dem Urteil anschaut, wo Herr Schmidt tatsächlich ausführt:

"Wir werden prüfen. Aber im Moment gibt es keine Tendenz, diese Aufgabe zurückzuholen." Schließlich bestünden keine Sicherheitsprobleme."

Soll heißen: Solange es keine Sicherheitsprobleme gibt, ist es der Sozialbehörde völlig egal, ob gegen die Verfassung verstoßen wird. – Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man kann nur hoffen, dass es den Rechtspolitikern der CDU bald gelingt, Ihren Senator zur Vernunft zu bringen.

– Ah, da kommt er. Magisch angezogen von der Bitte an die CDU-Rechtspolitiker, den Senator zur Vernunft zu bringen, erscheint auch dieser.

Diese Einlassungen der zuständigen Behörde machen aber deutlich, dass offensichtlich alles andere als Einigkeit zwischen den Koalitionspartnern besteht, wie künftig mit dem Maßregelvollzug umzugehen ist. Über dieses Problem kann auch der Koalitionsvertrag nicht hinwegtäuschen, den Frau Heitmann durch das Urteil so freudig bestätigt sah. Denn lassen wir uns den Wortlaut des Koalitionsvertrags insoweit einmal auf der Zunge zergehen. Nicht nur, dass es sich hierbei lediglich um einen Prüfauftrag handelt, dieser lautet auch noch:

"Es wird geprüft, wie der Maßregelvollzug wieder als staatliche Maßnahme wahrgenommen werden kann."

Dort steht nicht: "ob" der Maßregelvollzug wieder verstaatlicht wird, sondern "wie". Wie, das kann ich Ihnen direkt sagen: Durch Gesetz.

Jetzt muss es aber erst einmal darum gehen, die größten verfassungswidrigen Schnitzer des CDU-Gesetzes aus der Welt zu schaffen und schnellstmöglich wieder verfassungskonforme Zustände im Hamburger Maßregelvollzug herzustellen. Und genau das beabsichtigt unser heutiger Antrag. Daher fordere ich Sie an dieser Stelle auf, unserem Antrag zuzustimmen, damit aus Ihrem politischen Kardinalfehler des LBK-Verkaufs beim Maßregelvollzug nicht auch noch ein juristisches Desaster wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Krüger.

Harald Krüger CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die grundsätzliche Frage, wer Eingriffe in die Grundrechte von Patienten des Maßregelvollzugs vornehmen darf, hat in der Tat eine hohe Bedeutung. Sie ist deshalb auch Gegenstand des Koalitionsvertrags von CDU und GAL, den die SPD in ihrem Antrag selbst zitiert – und das übrigens bekanntermaßen im Mai, also lange vor der Entscheidung in Niedersachsen. Von daher kommt mit Verlaub Ihr Antrag wirklich ein bisschen spät.

(Ingo Egloff SPD: Ach das ist schon Gesetz – Ihr Koalitionsvertrag!)

Ob und inwieweit die Entscheidung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs auch in Teilen auf Hamburg Anwendung zu finden hat, ist in der Tat zunächst einmal zu prüfen. Unmittelbare Auswirkungen hat sie nun einmal nicht, denn sie befasst sich mit der niedersächsischen Rechtssituation, die nun einmal anders ist als die Rechtslage in Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Maßregelvollzug durch private Krankenträger ist in anderen Bundesländern verfassungsrechtlich

(Harald Krüger)

in der Tat noch nicht beanstandet worden. Es gibt also offensichtlich durchaus unterschiedliche Auffassungen von Verfassungsgerichten. Und die Beleihung Privater mit hoheitlichen Aufgaben wird auch durch die niedersächsische Entscheidung nicht ausgeschlossen. Das ist also durchaus möglich und von daher sicherlich noch einmal Gegenstand einer sinnvollen Prüfung.

Eingriffe in die Rechte von Patienten durch private oder gemeinnützige Krankenhausträger sind auch ansonsten nichts Ungewöhnliches. Es gibt entsprechende Regelungen im Psychiatrie-Gesetz und psychiatrische Betreuung wäre in der Bundesrepublik sonst gar nicht anders möglich.

Noch etwas, liebe Frau Schiedek: Die Entscheidung aus Niedersachsen ist, Sie haben es selber gesagt, gerade einmal vier bis sechs Wochen alt. Die niedersächsischen Kollegen haben Zeit bis Ende 2010, darauf zu reagieren. Hamburg muss deshalb nicht in vorseilendem Gehorsam die Niedersachsen in ihrer eigenen Entscheidung noch überholen.

Mein Eindruck ist, dass wir es eher mit einer politischen als mit einer juristischen Entscheidung zu tun haben. Die politische Diskussion wollen wir aber mit Ihnen führen. Festzustellen ist in der Tat auch, dass die Belegungszahlen im Maßregelvollzug in ganz Deutschland in allen Bundesländern erheblich steigen. In den letzten 20 Jahren haben sie sich verdoppelt. Das gilt sowohl für die Gründe nach Paragraph 63 als auch für die nach Paragraph 64 StGB und in Hamburg haben wir derzeit in Haus 18 im Klinikum Nord Ochsenzoll und in den anderen Stationen rund 240 Patienten. Das macht deutlich, dass es in der Tat ein Thema ist, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Hamburg hat übrigens 2006, also schon zu Zeiten des privaten Krankenhausträgers, noch einmal erheblich in den Bereich der forensischen Psychiatrie investiert.

Diese Zahlen machen die Relevanz des Themas deutlich, aber auch dass es neben der juristischen Frage und der politischen Diskussion ebenso eine therapeutische und eine Sicherheits-Dimension hat. Tatsache ist, dass bei gestiegenen Patientenzahlen seit der Teilprivatisierung des LBK es nicht zu einem einzigen Ausbruch in Hamburg gekommen ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist für die Frage der Verfassungsrechtlichkeit völlig irrelevant!)

Entweichungen, also zum Beispiel bei Freigängen und Ähnlichem, haben etwa 10 Prozent dessen ausgemacht, was man anhand von Erfahrungswerten anderer Bundesländer hätte vermuten können. Die Sicherheit als gleichrangiges Ziel neben der medizinischen Versorgung im Maßregelvollzug ist also in der heutigen Rechtsform ganz eindeutig gewährt, liebe Kollegin Schiedek.

Auch der letzte Bericht der Aufsichtskommission für den Maßregelvollzug ergibt keinerlei Hinweise darauf, dass es zu Einschränkungen oder Beschränkungen der Patienten gekommen ist durch die jetzige Rechtslage. Private Krankenhausträger im Maßregelvollzug sind in Deutschland nichts Ungewöhnliches mehr. Es gibt mittlerweile solche Konstruktionen in der Hälfte der Bundesländer. 2000 hat Sachsen-Anhalt damit begonnen, dann folgten Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Schleswig-Holstein, 2005 dann erst Hamburg – Brandenburg und Niedersachsen sind gefolgt. Darunter waren und sind SPD-geführte Länder, wenn ich das richtig sehe. Hamburg ist also in prominenter Gesellschaft.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Macht es das besser?)

Auch beim alten Landesbetrieb Krankenhäuser vor der Teilprivatisierung waren es – also zu SPD-Zeiten – keine verbeamteten Krankenschwestern und -pfleger, die dort gearbeitet haben, sondern Mitarbeiter des LBK. Die Frage, wer in die Rechte von Patienten im Maßregelvollzug eingreifen darf, ist also zu SPD-Zeiten offensichtlich ganz anders behandelt worden als heute. Ihr juristisches Gewissen, liebe Frau Schiedek, plagt Sie ein bisschen spät.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein paar andere Tatsachen lenken. Erstens: Die Behandlungsdauer, also die Verweildauer im Maßregelvollzug, die nicht vom Krankenhaus, sondern – wie Sie wissen – von Richtern festgelegt wird, konnte seit der Teilprivatisierung in Hamburg verkürzt werden. Das heißt, die Menschen konnten früher wieder entlassen werden. Die Entlassungen nach Paragraph 63 oder 64 StGB sind häufiger möglich geworden. Mehr Menschen sind aus dem Maßregelvollzug entlassen worden. Auch diese Entscheidungen treffen, wie Sie wissen, nicht das Krankenhaus oder der LBK, sondern die Richter.

Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse, also der besonderen Vorkommnisse im Maßregelvollzug, hat sich seitdem halbiert. Das heißt, ganz offensichtlich ist es so, dass der therapeutische Ansatz bei diesem privaten Krankenhausträger außerordentlich erfolgreich ist und auch weiterhin erfolgreich sein wird. Bei der Gelegenheit würde ich gerne meinen Dank und meine Anerkennung an die Mitarbeiter in dieser wirklich nicht einfachen Arbeitssituation aussprechen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wo wir schon bei Mitarbeitern sind – hören Sie genau zu: Seit wir privatisiert haben, hat die Zahl der Mitarbeiter im Maßregelvollzug um 16 Prozent zugenommen. Das heißt, der private Träger hat 16 Prozent mehr Mitarbeiter eingesetzt und gleichzeitig die Kosten, die von der Stadt Hamburg ge-

(Harald Krüger)

tragen werden, also vom Steuerzahler, reduzieren können.

(Michael Neumann SPD: Super! Weniger Geld und mehr Personal! Mindestlöhne!)

– 16 Prozent mehr, Herr Neumann, hören Sie zu, 16 Prozent mehr Mitarbeiter. Das ist nicht wahr, Herr Neumann, Mindestlohn. Sie wissen: Der LBK zahlt Tariflöhne. Das wird Ihnen Ihr Kollege Rose zwei Reihen hinter Ihnen sicherlich bestätigen.

Der privatisierte Maßregelvollzug bedeutet für Hamburg: Mehr Personal, bessere Betreuung, bessere therapeutische Bedingungen und zudem geringere Kosten.

Aber noch einmal zurück zur juristischen Frage. Das Grundgesetz verbietet in keiner Weise die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf Privatpersonen. Das sagt übrigens auch der Niedersächsische Staatsgerichtshof, lesen Sie das Urteil noch einmal richtig nach. Das sagen zum Beispiel auch die Kollegen aus Schleswig-Holstein im Jahre 2005.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ne, ne, ne! Das stimmt nicht!)

Trotzdem werden CDU und GAL sehr intensiv prüfen – OLG Schleswig 2005, Frau Schneider, lesen Sie es nach –, ob und wie der Maßregelvollzug ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ne! Das "Ob" ist da gerade nicht vorgesehen!)

... und insbesondere der Eingriff in die Rechte der Patienten wieder in staatlicher Zuständigkeit wahrgenommen werden kann. Aber angesichts der offensichtlich sehr hohen Sicherheitsstandards und der ebenso offensichtlich erfolgreichen Therapien in dieser Einrichtung besteht kein Anlass für ungeprüftes hektisches Vorgehen. CDU und GAL werden dieses Thema mit gebotener Gründlichkeit prüfen ...

(Michael Neumann SPD: Ihnen kann man ja auch alles vorlegen!)

... und Ihnen einen Lösungsvorschlag machen, der anschließend gerne in den betroffenen Ausschüssen diskutiert werden kann. Heute wird Ihr Antrag, der wirklich sehr nach Aktionismus klingt, von uns allerdings nicht angenommen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Dann bekommt jetzt Frau Heitmann das Wort, bitte.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe SPD, ich muss zugeben, dass ich die Debatte in diesem Punkt ein bisschen skurril finde. Ich habe bis vor zwei Monaten Politikwissenschaften studiert ...

(Michael Neumann SPD: Ist nicht schlimm, ich auch!)

... und bin eigentlich immer davon ausgegangen, dass sich die Opposition um Alternativen zu der Regierungsarbeit bemüht. Stattdessen erleben wir seit Monaten, dass die SPD sich zum obersten Hüter unseres Koalitionsvertrags aufschwingt, anstatt tragfähige Alternativen zu unserem Regierungsprogramm zu entwickeln.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir freuen uns, dass wir scheinbar in so vielen Punkten mit Ihnen übereinstimmen, dass Sie eigene Standpunkte gar nicht mehr entwickeln müssen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr genau darauf achten, dass unser Koalitionsvertrag auch umgesetzt wird. Denn wir sind es, die sich in drei Jahren wieder vor unseren Wählern dafür verantworten wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Wolfgang Beuß CDU: Wir auch!)

Im vorliegenden Fall haben Sie, Frau Schiedek, es selber zitiert. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich nicht darüber freuen, dass in unserem Koalitionsvertrag steht "wie" und nicht "ob".

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Krüger hat gerade noch einmal das "Ob" zitiert!)

In unserem Koalitionsvertrag steht, um das zu zitieren:

"Es wird geprüft, wie der Maßregelvollzug wieder als staatliche Maßnahme wahrgenommen werden kann."

Der Maßregelvollzug ist ein Bereich, in dem grundlegende Rechte der dortigen Patienten eingeschränkt werden.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Das niedersächsische Verfassungsgericht hat das ausgeführt. Zum Beispiel geht es um die Beschränkung der Verfügung über Taschengeld, um das Vorenthalten von Eigentum, es geht um die Überwachung und Beschränkung von Schriftverkehr und Telefongesprächen, um nur einiges exemplarisch zu nennen. Die entscheidende Frage, mit der sich das Gericht jedoch auseinandergesetzt hat, ist, ob die Beleihung der im Maßregelvollzug anfallenden Aufgaben und Entscheidungen auch auf Beschäftigte eines privaten Trägers mit den Anforderungen des Demokratieprinzips vereinbar ist.

Ich kann heute dem "Hamburger Abendblatt" entnehmen, dass Herr Dressel sich von diesem Urteil verspricht, dass sich in Hamburg die Vorgänge nunmehr beschleunigen würden. Ich frage mich: Haben Sie das Urteil in Niedersachsen eigentlich gelesen? Abgesehen davon, dass – wie Herr Krü-

(Linda Heitmann)

ger schon gesagt hat – es gar nicht feststeht, ob auch das hiesige Gesetz verfassungswidrig ist, hat das niedersächsische Verfassungsgericht – wie Herr Krüger außerdem erwähnt hat – der Landesregierung eine Frist bis Dezember 2010 eingeräumt, um bestimmte leitende Funktionen wieder zu öffentlichen Stellen zu machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: In Niedersachsen haben sie sich zusammengetan!)

– Aber Dezember 2010, Herr Dressel. In Ihrem SPD-Antrag fordern Sie die Umsetzung bis Ende April 2009 und das ist in drei Monaten.

Ich würde sagen, das ist utopisch und kaum angemessen für eine sorgfältige und gewissenhafte Prüfung.

(Zurufe von der SPD)

Unser Koalitionsvertrag ist auf vier Jahre ausgelegt und die darin festgehaltenen Prüfungen und Ziele setzen wir auch um. Aber was das Tempo und die Ausgestaltung angeht, möchten wir uns von Ihnen nichts vorschreiben lassen. Deshalb lehnen wir die Überweisung dieses Antrags heute auch ab.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Das ist erbärmlich, wie Sie mit Verfassungsrecht umgehen! Und das von den Grünen!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir unterstützen den Antrag der SPD, und zwar in dem Sinne, dass wir ihn für eine Minimalanforderung halten. Das will ich im Folgenden ausführen. Artikel 33 Absatz 4 Grundgesetz schreibt vor – ich zitiere:

"Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen."

(Harald Krüger CDU: In der Regel!)

– Ja, ja, darauf kann ich gerne eingehen. Wir können uns gleich einmal unterhalten.

Beim Maßregelvollzug handelt es sich von der Sache her um einen Kernbereich staatlicher Eingriffsverwaltung – keine Mischverwaltung, sondern Eingriffsverwaltung –, in dem der Staat mit Zwang und Befehl tätig wird und in dem sich das staatliche Gewaltmonopol verwirklicht. Wir kennen, jedenfalls im rechtsstaatlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland, keinen stärkeren Eingriff in die Grundrechte als den, Menschen mit Gewalt ihre Freiheit zu nehmen. Da auch die Aufgaben des Maßregelvollzugs zum Teil mit physischer Gewalt erledigt werden – auch werden müssen –, ist die

Privatisierung ein Eingriff in den hoheitlichen Kernbereich des Staats. Für sie gab und gibt es keinen einzigen sachlichen Grund, der eine Abweichung von der Regel des Artikels 33 Absatz 4 Grundgesetz rechtfertigt, beziehungsweise einen Ausnahmefall begründet.

Sie haben das Urteil aus Schleswig-Holstein angeführt.

(Zuruf: Aus Niedersachsen!)

– Nein, aus Schleswig-Holstein.

Das haben Sie fälschlich angeführt. Es gab nämlich 2005 ein Urteil des Amtsgerichts und des Landgerichts in Flensburg, das die Verfassungswidrigkeit festgestellt hat. Das Oberlandesgericht hat lediglich geurteilt, dass das Amtsgericht und das Landgericht nicht befugt sind,

(Glocke)

die Verfassungswidrigkeit festzustellen. Das war das Urteil, von dem Sie reden.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Haben Sie den Ton der Glocke vernommen, Frau Abgeordnete? – Danke.

Ich möchte dafür Sorge tragen, dass dort hinten die Debattierklubs aufgelöst werden. Es liegt noch eine ganze Reihe von weiteren Wortmeldungen vor. Sie können in Ruhe Platz nehmen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: In der Tat!)

– Fahren Sie jetzt bitte fort.

Christiane Schneider (fortfahrend): Das Oberlandesgericht hatte in der Sache überhaupt nicht geurteilt. Doch, obwohl die meisten Experten die Privatisierung des Maßregelvollzugs als verfassungswidrig kritisieren und etwa – ich zitiere jetzt einen Experten, der in der Anhörung in Niedersachsen zu Wort gekommen war – als

"... teilweisen Rückfall in die Institution der Privatstrafe ..."

anprangern, wurde er in der letzten Legislaturperiode auch in Hamburg privatisiert.

Nun gibt es also dieses bedenkenswerte Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 5. Dezember 2008. Dieser hat nicht generell die Übertragung der Aufgabe des Maßregelvollzugs auf private Krankenhäuser auf dem Weg der Beleihung beanstandet. Er hat Teile des niedersächsischen Maßregelvollzugs mit dem verfassungsrechtlichen Demokratieprinzip insoweit für unvereinbar erklärt, als die Bediensteten der beliebigen Krankenhäuser zu grundrechtsbeschränkenden Maßnahmen befugt sind, ohne hierzu von einer staatlichen Behörde bestellt worden zu sein, und bei ihrer Tätig-

(Christiane Schneider)

keit keiner unmittelbar weisungsbefugten Fachaufsicht unterliegen. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof verlangt also einen größeren staatlichen Einfluss auf die einzelnen Beschäftigten der privaten Krankenhäuser sowie eine effektivere Fachaufsicht. Aus dem Urteil lassen sich zweierlei Vorgaben auch für Hamburg entnehmen.

Erstens: Das Demokratieprinzip verlangt eine personelle Legitimation derjenigen Bediensteten, die Grundrechtseingriffe tatsächlich anordnen und durchführen. Die momentane Praxis der Beleihung der Krankenhäuser vermittelt nicht die erforderliche personelle Legitimation der einzelnen Bediensteten, wobei die Voraussetzungen der Bestellung gesetzlich vorgegeben sein müssen. Dadurch soll der staatliche Einfluss auf die Auswahl, die Prüfung der Sachkunde und Zuverlässigkeit sowie die Anleitung dieser Mitarbeiter durch die Fachaufsichtsbehörde sichergestellt werden.

Zweitens: Das Demokratieprinzip verlangt eine sachlich-inhaltliche Legitimation. Diese ist über eine effektive Fachaufsicht sicherzustellen. In einem Bereich wie dem Maßregelvollzug, der mit erheblichen Grundrechtseingriffen für die Betroffenen – die übrigens eine außerordentlich geringe Beschwerdemacht haben – verbunden ist, und in dem den Bediensteten ein Handlungs- und Auswahlermessen eingeräumt ist, ist eine effektive Aufsicht nur dann gewährleistet, wenn die einzelnen Funktionsträger der Beliehenen unmittelbar der staatlichen Fachaufsicht unterworfen sind, zum Beispiel durch eine staatliche weisungsbefugte Vollzugsleitung vor Ort. Soweit der Niedersächsische Staatsgerichtshof.

Wie die SPD in ihrem Antrag richtig darstellt, genügt das Hamburgische Maßregelvollzugsgesetz den Anforderungen, die der Niedersächsische Staatsgerichtshof aus dem Demokratieprinzip ableitet, nicht. Es fehlt sowohl an der personellen Legitimation der Bediensteten, denn sie werden nicht staatlich bestellt, als auch an der sachlich-inhaltlichen Legitimation durch eine effektive Fachaufsicht, denn eine staatliche Vollzugsleitung gibt es nicht. Deshalb ist der Antrag der SPD, das Hamburgische Maßregelvollzugsgesetz entsprechend den Vorgaben des Urteils zu überarbeiten, als Minimalforderung auf jeden Fall sinnvoll. Darüber hinaus ist es nach unserer Auffassung dringend geboten, die Privatisierung des Maßregelvollzugs und hier nur nebenbei des gesamten LBK rückgängig zu machen.

Es ist schon mehrfach angesprochen worden, dass der Koalitionsvertrag auch in dieser Frage einen Prüfauftrag enthält. Ich würde jetzt, außer dass ich die ganze Zeit höre, das gehe so schnell nicht, einmal hören, wie jetzt eigentlich der Stand der Prüfung ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal eines vorweg, um das unstrittig zu stellen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Maßregelvollzug machen einen guten Job. Darum geht es uns in dieser ganzen Frage überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Auch das, was Sie, Herr Krüger, ausgeführt haben zu therapeutischem Erfolg und so weiter, geht in Ordnung. Nur ist das eine andere Baustelle. Es geht um eine grundlegende verfassungsrechtliche Frage. Ihr Beitrag hat gezeigt, dass Sie die ganze verfassungsrechtliche Dimension dieses Themas offensichtlich nicht erkannt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann zum Thema Hüter des Koalitionsvertrags: Ich glaube, Frau Heitmann, Sie können eigentlich an dem Punkt froh sein, dass wir darauf sehr genau achten. Denn, wenn Sie einmal genau zugehört haben, was Herr Krüger gesagt hat, besteht doch immer die Gefahr, dass er Ihnen ausbüxt. Er hat nämlich das Wörtchen "ob" in die Fragestellung sehr wohl wieder hineingeschmuggelt. Wenn Sie alles lesen, was die Sozialbehörde, Herr Wersich und andere zu dem Thema in verschiedenen Zeitungsartikeln gesagt haben, dann ist sehr wohl erkennbar, dass bis hin zur Frage von Reverstaatlichung die Sozialbehörde wirklich überhaupt keine Lust hat und keine Anstalten macht, diese Sache auch umzusetzen. Deshalb braucht es an dieser Stelle eine Opposition, die auf diesen Punkt deutlich hinweist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht auch nicht darum, dass wir Ihnen etwas vorschreiben wollen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Wie gut, dass wir Sie haben, Herr Dressel!)

– Es ist manchmal auch ganz gut, dass es eine Opposition gibt.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Wenn wir einmal eine Opposition hätten!)

– Nebenbei: In der Verfassung, die Sie häufiger lesen sollten, steht auch, dass die Opposition eine wichtige Kontrollaufgabe hat, die Sie offenbar bisher nicht wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht nicht darum, dass wir Ihnen etwas vorschreiben, sondern dass die Verfassung Ihnen etwas vorschreibt. Das scheinen Sie an dem Punkt nicht richtig beachtet zu haben. Die Frage ist, warum Sie auf Zeit spielen. Sie spielen jetzt ein

(Dr. Andreas Dressel)

bisschen mit auf Zeit, Sie sowieso und die Sozialbehörde erst recht.

Man muss noch einmal ein bisschen tiefer in die Frage des LBK-Verkaufs einsteigen. Was steht in den Verträgen? Wir haben nachgefragt im Dezember. Weder im Beleihungsvertrag noch im LBK-Verkaufsvertrag ist eine Vorsorge getroffen worden, falls diese waghalsige juristische Konstruktion einmal juristisch kippt, wie dann mit Rückabwicklungen umgegangen werden soll, wie Schadenersatz geleistet werden kann und so weiter. Dazu steht überhaupt nichts darin. Das scheint der wahre Grund zu sein, warum Sie auf Zeit spielen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird gesagt, dass das niedersächsische Gesetz gar nichts mit Hamburg zu tun hat. Umgekehrt ist die Wahrheit. Das niedersächsische Gesetz ist sogar verfassungsrechtlich vorsichtiger formuliert. Das Hamburger Gesetz hat der Asklepios einen Blankoscheck erteilt. Niedersachsen ist vorsichtiger und deshalb bricht auch dieses Argument in sich zusammen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die absolute Höhe ist dann das, was wir heute früh von einem Sprecher der Sozialbehörde im "Hamburger Abendblatt" lesen konnten – es habe in Hamburg doch noch keiner geklagt. Deswegen kann man sich damit noch ein bisschen Zeit lassen. Mit solch einer Aussage wäre ich an Ihrer Stelle verdammt vorsichtig.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Guter Rat, Herr Dressel!)

Wenn Sie an der Stelle meinen, das über vier Jahre hinziehen zu wollen – und so habe ich Sie verstanden, der Koalitionsvertrag gilt über vier Jahre, abgerechnet wird am Schluss –, wenn Sie meinen, eine solche Frage, bei der es um Grundrechte von Menschen geht, auf vier Jahre hinziehen zu wollen, dann können wir sehr wohl darüber nachdenken, ob Sie mit dieser Art und Weise sehr schnell in ein Normenkontrollverfahren vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht hineinschlittern. Das haben Sie sich dann selber zuzuschreiben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ehe der Kollege Farid Müller jetzt herausgeht: Ich habe noch ein schönes Zitat aus der gestrigen Pressemitteilung von Farid Müller, der immer ein Freund davon ist, mit großem Pathos Debatten zu führen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: So ähnlich wie Sie, Herr Dressel!)

Er hat nämlich gestern gesagt:

"Der Senat setzt auf Bürgerrechte für alle."

Wenn man sich jetzt die heutige Debatte anschaut, dann kann man nur sagen: Die Bürgerrechte der Insassen im Maßregelvollzug können Sie damit nicht gemeint haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 19/1899 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/1899 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 7, das sind die Drucksachen 19/1770 bis 19/1773, Berichte des Eingabenausschusses.

[Gemeinsame Beratung

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1770 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1771 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1772 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/1773 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/1770. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/1771, zunächst Ziffer 1: Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 bis 8 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 19/1772: Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 765/08 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

(Präsident Berndt Röder)

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/1773, zunächst Ziffer 1: Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE zu einem auf der Sammelübersicht stehenden Tagesordnungspunkt gemäß Paragraph 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 27 a, den Gemeinsamen Bericht des Wirtschafts- und des Stadtentwicklungsausschusses aus der Drucksache 19/1973. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Hackbusch hat es.

[Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1636: Verkleinerung der Freizone Hamburg (Senatsmitteilung)]

– Drs 19/1973 –]

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um den in der Sammelübersicht aufgeführten Gemeinsamen Bericht 19/1973 über die Frage der Verkleinerung der Freizone Hamburg.

Mir liegt jetzt ein Schreiben vor aus der Wirtschaftsbehörde. – Vorab vielleicht der Hinweis: Wir sind erstaunt über die übereilte und sehr schnelle Beschäftigung in der Bürgerschaft, aber das nur am Rande.

(Zurufe von der CDU)

Es liegt mir nun ein Schreiben aus der Wirtschaftsbehörde vor, wo der Amtsleiter, Herr Köppen, auf der einen Seite uns ein Schreiben der Bundesfinanzdirektion Nord gibt, zu dem ich gleich etwas sagen werde, und zweitens darauf hinweist, dass die heutige Bürgerschaftsbeschlussfassung nicht infrage steht. Ich möchte feststellen: Es gibt keine Beschlussfassung, sondern es gibt eine Kenntnis-

nahme. Dementsprechend informiert er uns falsch oder geht von falschen Voraussetzungen aus.

Dann möchte ich erstens auf Folgendes hinweisen: Die Bundesfinanzdirektion Nord weist mit einem Schreiben vom 18. Januar 2009 darauf hin, dass sie mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen sagt, dass eine verkleinerte Freizone aus der Sicht der Zollverwaltung nicht zielführend sei.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Das ist doch nicht unbekannt!)

Zweitens: Eine Einbeziehung der Liegenschaft der Abfertigung Windhuk Kai in die vorliegende verkleinerte Freizone kommt nicht in Betracht. Und drittens: Sie werden auch die Zustimmung Hamburg nicht geben, dass dort ein Gebäude im Bereich der kleineren Freizone eingerichtet wird. Viertens: Sie wehren sich vor allen Dingen dagegen, dass der Schuppen 50, das Museum, und der Schuppen 42, Eventlocation – das, was wir als kulturelle Ereignisse in den nächsten Jahren gerne sehen –, Teil der Freihandelszone und dementsprechend Teil von Personenüberprüfung sei. Das sind weitere Hinweise, die in die Beratungen nach meinen Informationen, die ich bekommen habe, nicht einbezogen wurden. Wir stellen fest, dass der Vorgang übereilt geschehen ist.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Sie haben doch zugestimmt!)

Ich finde es deswegen gar keine Schwierigkeit, weil es nur eine Kenntnisnahme gegeben hat. Ich hoffe, dass der Senat auf die Idee kommt, uns zu einer der wichtigsten Fragen des Freihafens und wie er sich weiterentwickelt, mit einer Drucksache zur Beschlussfassung noch beschäftigen lässt. Ich sehe mich in guter Gesellschaft mit dem ehemaligen Bürgermeister Voscherau, der dieses auch einfordert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Norbert Hackbusch, es geht um einen Vorgang, der im Parlament völlig unstrittig ist. Schon seit längerer Zeit wollen eigentlich alle Fraktionen in diesem Hause dieses Thema angehen. Es ist gut, dass das jetzt endlich geschieht. Denn letztendlich geht es doch um eines. Wir wollen im mittleren Freihafen einen Flaschenhals beseitigen im Verkehrsbereich, nämlich die Zolldurchlassstellen, die eigentlich in der heutigen Zeit in der Form nicht mehr notwendig sind aber

* Siehe Anlage, Seite 1137

(Jens Kerstan)

vieles behindern, was dort sinnvollerweise stattfindet.

Wenn Sie jetzt sagen, dass das Ganze übereilt sei, dann will ich Ihnen gerne sagen, warum es einen gewissen Zeitdruck gibt. Das Verfahren wird mehrere Jahre dauern und es muss jetzt auf Bundesebene in Gang kommen, nämlich noch in diesem Jahr. Denn wenn jetzt erst einmal die Bundestagswahl stattgefunden hat, Koalitionsverhandlungen stattfinden, eine neue Regierung gebildet wird, die sich erst einmal ihre Meinung bildet und so weiter,

(Michael Neumann SPD: Rot-Grün macht das!)

dann rückt diese ganze Geschichte noch weiter nach hinten. Wir alle wissen, dass die GAL in der letzten Legislatur wegen der Dringlichkeit der Verkehrsprobleme schon versucht hatte, einen Interfraktionellen Antrag zu stellen, damit wir das noch vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg in die Wege leiten können. Denn letztendlich werden wir die Verkehrsprobleme – auch wenn sie in diesem Jahr vielleicht nicht mehr ganz so dringend sein werden –, da die Globalisierung mit Sicherheit nicht gestoppt wird durch die Konjunkturkrise, die es dort gegeben hat, sehr schnell wieder bekommen. Insofern ist es sehr sinnvoll und auch sehr notwendig, schnell diesen Antrag im Bund zu stellen, deshalb das schnelle Verfahren in der Bürgerschaft. Ich würde mich wundern, wenn wir alle, die wir das einstimmig wollen, dieses Verfahren deshalb kritisieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich stelle nunmehr fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung unter D an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 19/1291, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Personalsituation an den Polizeikommissariaten.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Personalsituation an den Polizeikommissariaten – Drs 19/1291 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9, Drucksache 19/1474, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Kohlekraftwerk Moorburg – Was bedeutet die Genehmigungsentscheidung für Hamburg?

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Kohlekraftwerk Moorburg – Was bedeutet die Genehmigungsentscheidung für Hamburg? – Drs 19/1474 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 16, Drucksache 19/1753, Senatsmitteilung: Berichterstattung über die Organisationsuntersuchung der Hamburg Port Authority, Anstalt des öffentlichen Rechts.

[Senatsmitteilung: Berichterstattung über die Organisationsuntersuchung der Hamburg Port Authority, Anstalt des öffentlichen Rechts (HPA) – Drs 19/1753 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

(Präsident Berndt Röder)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 19/1816, Senatsmitteilung: Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

[Senatsmitteilung:

Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-WRRL) – Drs 19/1816 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/1681, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 102. Änderung des Flächennutzungsplans und 87. Änderung des Landschaftsprogramms (Erweiterung von Grünanlagen – Golfplatz – nordwestlich der Straße Poppenbütteler Berg).

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1093:

a) 102. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Erweiterung von Grünanlagen – Golfplatz – nordwestlich der Straße Poppenbütteler Berg in Poppenbüttel)

b) 87. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Erweiterung von Grünanlagen – Golfplatz – nordwestlich der Straße Poppenbütteler Berg in Poppenbüttel) (Senatsantrag)

– Drs 19/1681 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23 a, Drucksache 19/1912, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Entwurf Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/1751:

Entwurf Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/1912 –]

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen an und möchte das Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes aus Drucksache 19/1751 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den gibt es nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 19/1894, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts

– Drs 19/1894 –]

Hierzu teile ich Ihnen mit, dass die antragstellende Fraktion den Antrag zurückgezogen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 19/1895 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Hamburger Bundesratsinitiativen für einen Mindestlohn und rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Hamburger Bundesratsinitiativen für einen Mindestlohn und rechtliche Erleichterung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

– Drs 19/1895 Neufassung –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer sehr großen Anzahl von Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/1898, Antrag der Fraktion DIE LINKE:

(Präsident Berndt Röder)

Der internationale Frauentag am 8. März wird in Hamburg ein gesetzlicher Feiertag.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Der internationale Frauentag am 8. März wird in
Hamburg ein gesetzlicher Feiertag
– Drs 19/1898 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss und die Fraktion DIE LINKE an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überwiesen.

Zunächst zum Überweisungsbegehren der SPD-Fraktion. Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen und die Drucksache 19/1898 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache 19/1898 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer sehr großen Anzahl von Stimmenthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 19/1900 in der Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger
– Drs 19/1900 Neufassung –]**

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 19/1903 in der Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Aktenvorlage Elbphilharmonie.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Aktenvorlage Elbphilharmonie
– Drs 19/1903 Neufassung –]**

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 19/1908, Antrag der CDU-Fraktion: Rechnungsprüfung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Rechnungsprüfung der Freien und Hansestadt
Hamburg
– Drs 19/1908 –]**

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Sitzung ist beendet.

Ende: 20.30 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Olaf Böttger, Dr. Natalie Hochheim, Martina Koppen, Frank Schira, Hjalmar Stemmann und Carola Thimm

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 21. und 22. Januar 2009****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
19	1848	Unterrichtung über den Beitritt Hamburgs zum Verein „Baltic Sea Forum“
21	1800	Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ hier: Finanzierung von Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen der Flussschifferkirche
21 a	1936	Volksinitiative „Für faire und verbindliche Volksentscheide“
26	1840	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
27	1858	Bericht des Europaausschusses
27 a	1973	Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
10	1475	Umsetzung des persönlichen Budgets in Hamburg	SPD	Sozial- und Gleichstellungsausschuss
11	1595	Hamburgs Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum	SPD	Europaausschuss
13	1635	Haushaltsjahr 2008 Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarfe für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zur Erledigung des lang-jährigen Gerichtsprozesses um den erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleich für die Hafenerweiterung in Altenwerder	SPD	Umweltausschuss
15	1693	Anhebung der Wasserpreise der Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW)	SPD	Haushaltsausschuss (f.) und Umweltausschuss
18	1817	Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative hier: Volksinitiative „Wir wollen lernen!“	interfraktionell	Schulausschuss
20	1719	Jugend im Parlament 2008	interfraktionell	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (f.) und Wirtschaftsausschuss, Wissenschaftsausschuss, Schulausschuss, Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss, Sozial- und Gleichstellungsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Innenausschuss und Umweltausschuss
43	1909	Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und des Entschädigungsleistungsgesetzes	SPD	Verfassungsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
25	1857	Haushaltsausschuss	Einführung eines Digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Sicherheitsbehörden (BOS-Digitalfunk)

D. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
12	1675	Sanierungsbedarfe an den Gebäuden der Hamburger Hochschulen